

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Schon an der Formulierung des Themas sehen Sie, daß der Bergedorfer Kreis nicht gerade ängstlich oder auch nur allzu vorsichtig an die Probleme unserer Gesellschaft herangeht. Wir sollten in diesem kleinen und von öffentlichen Rücksichten freien Kreis auch gar nicht um die Schwierigkeiten wie um einen Berg herumlaufen und auf ein "Sesam öffne Dich" warten, sondern dem Problem mutig auf den Fuß treten. Wir stehen dabei vor einem ganzen Knäuel verschlungener Einzelfragen.

Wenn Sie mir als Unternehmer ein Wort über die jetzt so oft geforderte Begrenzung des wirtschaftlichen Wachstums gestatten, so gestehe ich gern, daß auch ich kein Wachstumsfetischist bin. Aber wir sollten uns bei aller Kulturkritik an der heutigen industriellen Gesellschaft auch klarmachen, daß vom wirtschaftlichen Wachstum auf Dauer gesehen die Garantie -der sozialen Sicherheit abhängt. Darüber hinaus ist unsere gesamte Finanzpolitik - denkt man zum Beispiel nur an den Umfang der geplanten Bildungspolitik - nicht nur auf wachsende Staatsausgaben, sondern auch auf das Wachstum des Bruttosozialproduktes angewiesen. Und schließlich weiß ich nicht, wie wir erfolgreich Entwicklungshilfe betreiben wollen, wenn wir unser wirtschaftliches Wachstum für längere Zeit zum Stillstand bringen.

Dieses alles meine ich mehr fragend denn als Antwort, und ich stelle damit selbstverständlich nur einen Teil der Fragen, denen wir hier nachgehen müssen. Ich bin mir darüber im klaren, daß wir die Probleme, die wir heute anschneiden werden, nicht einmal methodisch bewältigen können, von der Fülle der einzelnen Daten ganz zu schweigen. Aber diese Schwierigkeit beweist auch, wie notwendig solche Gespräche sind. Es muß sich zunächst einmal ein Problembewußtsein entwickeln und zum Element der öffentlichen Meinung werden. Wenn uns dazu heute einige praktikable Beiträge gelingen, wird dies eine wertvolle Tagung werden.

Weil es mir besonders auf die Praktikabilität der Vorschläge und Anregungen ankommt, freue ich mich, daß wir Bundesminister Dr. Vogel und Dr. Thiemann als Referenten unter uns haben. Herr Vogel bringt für dieses politische Thema als ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt München eine Fülle eigener Erfahrungen mit, und er ist ja auch der dafür zuständige Minister, wenn nicht für alle Sachfragen, so doch für die Problematik im Grundsätzlichen. Und auch Herr Thiemann kommt als Direktor des renommierten BattelleInstituts in Genf von einer Institution, in der es weniger um theoretische Erörterungen, dafür um so mehr um für die Praxis verwendbares Wissen geht. Daß die theoretischen Grundlagen nicht vernachlässigt werden, dafür dürfte Herr Bombach als Leiter unseres Gespräches hinreichend Sorge tragen, der überdies im Bergedorfer Gesprächskreis kein Unbekannter ist.

Vogel

Ich habe die Arbeit dieses Kreises seit Jahren verfolgt und freue mich, daß ich heute einmal unmittelbar daran teilnehmen kann. Ich bedaure, daß ich etwas unter Zeitdruck stehe*; aber Herr Breschnew hat seine Dispositionen darüber, wen er heute abend zu sehen wünscht, relativ kurzfristig getroffen.

I.

Das Thema "Umsteuerung der Industriegesellschaft?" gibt zunächst zu zwei Fragen und Feststellungen Anlaß.

Übergang zur nachindustriellen Gesellschaft

Erstens: Wird mit dem Terminus "Industriegesellschaft" die ökonomische und gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik überhaupt noch treffend gekennzeichnet?

Wie sehen die Fakten aus? Der Beitrag des Sektors "Waren produzierendes Gewerbe" zum Bruttosozialprodukt ist von 45% Jahre 1950 über 53% in 1960 auf 58% Jahre 1970 gestiegen. Auch die Zahl der Beschäftigten in diesem Sektor hat bis 1970 - allerdings mit flacher werdender Kurve - zugenommen. Der entsprechende Anteil an den Gesamtbeschäftigten stieg von 1950 42% über 1960 48% auf 49% im Jahre 1970.

Anders verlief die Entwicklung des tertiären Sektors. Faßt man "Handel, Verkehr, Dienstleistungsunternehmen, Staat und private Organisationen ohne Erwerbscharakter" zum tertiären Sektor zusammen, so lauten die entsprechenden Zahlen hier

- für den Beitrag zum Sozialprodukt: 1950 46%, 1960 41% und 1970 38%, also stetige Abnahme;
- und für die Beschäftigtenanteile: 1950 33%, 1960 37% und 1970 42%, also stetige Zunahme.

Das Waren produzierende Gewerbe mit seinem industriellen Kern ist also nach wie vor der wichtigste Motor für Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritte. Der tertiäre Bereich hingegen beschäftigt eine zunehmende Anzahl von Menschen und bestimmt deren Erwerbs- und Lebenssituation.

Nach vorliegenden Prognosen wird der Beschäftigtenanteil des Dienstleistungssektors bis 1985 weiter leicht zunehmen, der Beitrag zum Bruttosozialprodukt jedoch erheblich sinken. Das Waren produzierende Gewerbe wird seinen Beitrag zum Sozialprodukt noch stark ausbauen, beim Beschäftigtenanteil jedoch stagnieren, eher sogar zurückgehen. Daraus muß man die Folgerung ziehen: Unsere Gesellschaft befindet sich im langfristigen Übergang hin zur nachindustriellen Gesellschaft.

Rohstoffverknappung, Umweltbelastung, steigender Bedarf an öffentlichen Diensten

Zweitens könnte man versucht sein, auf diesen offenbaren Entwicklungstrend zu bauen und bestimmte Probleme nicht mehr so ernst zu nehmen. Ist nicht tatsächlich ein Umsteuerungsprozeß in unserer Gesellschaft bereits in vollem Gange? Genügt es nicht, das Fragezeichen hinter unserem Thema einfach durch ein Ausrufungszeichen zu ersetzen?

Geht es vielleicht nur darum, diese Selbststeuerungstendenzen zu unterstützen, krisenhafte Strukturumbrüche in einzelnen Branchen - zunächst in der Landwirtschaft, dann aber auch in anderen - zu heilen, im übrigen aber der Entwicklung ihren Lauf zu lassen, weil die Richtung insgesamt stimmt und die Selbstheilungskräfte ausreichen?

Gegen eine solche Haltung sprechen meines Erachtens vor allem folgende Tatsachen:

Die vorhandenen, zumindest aber die uns bekannten Ressourcen an Rohstoffen und Energien sind nicht unerschöpflich, sondern in einem schon für unsere Planungen relevanten und fühlbaren Maß beschränkt.

Die Umweltbelastungen durch

- den rapide voranschreitenden Verstädterungsprozeß - viele Prognosen stimmen darin überein, daß im Jahre 2000 vier von sechs Milliarden Menschen der Erdbevölkerung in Städten leben werden;-
- einzelne Produktionsverfahren,
- einzelne Konsum- und Lebensgewohnheiten, wie etwa die Obermotorisierung und die ständig zunehmende Verwendung von Wegwerfprodukten haben in bestimmten Gebieten - vor allem in den

Verdichtungsräumen - eine kritische Grenze erreicht, ja überschritten. Dadurch ist das ökologische System der Gefahr von zunächst punktuellen Zusammenbrüchen schon jetzt ausgesetzt und die Gefahr breiter Zusammenbrüche des ökologischen Systems erscheint in diesen Ballungsgebieten durchaus real. Offenbar wächst die Umweltbelastung mit dem weiteren Wachstum des Sozialprodukts nach den bisherigen Erfahrungen eher in geometrischer als in arithmetischer Progression.

Der Anstieg des Volkseinkommens je Einwohner von DM 1640 im Jahre 1950 über DM 4252 in 1960 auf DM 10287 im letzten Jahr hat dazu geführt, daß das Engeische Gesetz wirksam wurde. Der Anteil der privaten Ausgaben für den lebensnotwendigen Grundbedarf sank prozentual bei der Einkommensverwendung, und der Ausgabenanteil für höherwertige Güter, insbesondere für Dienstleistungen, nahm zu. Damit hängt aber eine tendenzielle Verlagerung in der Bedürfnisstruktur unserer Bevölkerung vom privaten Konsum zu Leistungen hin zusammen, die nur von öffentlichen Institutionen erbracht werden können. Um diesen Bedarf zu befriedigen, muß ein größer werdender Anteil des Sozialproduktzuwachses in den Bereich der öffentlichen Investitionen geleitet werden. Ich nenne nur die Stichworte: Bildung, Wiederherstellung und Erhaltung der Gesundheit und die Infrastruktur insgesamt.

II.

Neue Steuerungsmechanismen und Leitvorstellungen

Rohstoffverknappung, Umweltbelastung und steigender Bedarf an öffentlichen Diensten zwingen uns dazu, über die Selbstheilungskräfte der Entwicklung hinaus nach neuen Steuerungsmechanismen und vielleicht nach neuen Leitvorstellungen Ausschau zu halten. Welche können das sein? Zunächst in der Frage des Wachstums.

Übergang zum Nullwachstum?

Die eine, sehr radikale Alternative empfiehlt - insbesondere im Anschluß an die MIT-Studie - den allmählichen Übergang zum Nullwachstum, das heißt, zur Festschreibung des Sozialproduktvolumens. Manche meinen sogar, es sei an der Zeit, in Anpassung an den Naturkreislauf zu bäuerlichen und handwerklichen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen zurückzukehren.

Ich möchte dieser Alternative eine klare Absage erteilen. Nullwachstum bedeutet, daß die Mittel für den notwendigen Ausbau der Gemeinschaftseinrichtungen und die Verbesserung der materiellen Lage der Unterprivilegierten - dazu gehören ja auch Milliarden von Menschen in den Entwicklungsländern - nur durch Umverteilung gewonnen werden könnten. Das wäre aber wohl nur auf gewaltsamem, auf revolutionärem Wege möglich. Außerdem: Globales Nullwachstum schließt nicht aus, daß etwa die Waschmittelproduktion expandiert, der Aufwand für die Gesundheitspflege oder den Umweltschutz aber schrumpft und sich beide Bewegungen zu Null saldieren. Dann wäre ein Weniger an Lebensqualität die Folge.

Politik des differenzierten und politisch gesteuerten Wachstums

Die andere Alternative empfiehlt eine Richtung, die sich zwischen der Scylla der ökonomischen Selbststeuerung und der Charybdis des Nullwachstums für eine Politik des differenzierten und politisch gesteuerten Wachstums entscheidet. Danach ist eine Maßnahme nicht schon allein deswegen gerechtfertigt, weil sie das Bruttosozialprodukt steigert. Wir müssen lernen, zwischen schädlichem und erwünschtem Wachstum zu unterscheiden. Schädliches Wachstum vergrößert zwar die Summe der verfügbaren Güter, diese Mehrung ist aber mit einer weiteren Erschöpfung unserer Rohstoffvorräte, der Gefährdung und Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und vor allem mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen in unseren Städten erkauft. Dieses Wachstum muß künftig selbst dann unterbleiben, wenn es ökonomisch betrachtet für einzelne oder auch für Gruppen relative, ja sogar erhebliche Vorteile mit sich bringt.

Umgekehrt muß das Wachstum dort gesteigert werden, wo das Angebot an Gütern und Diensten bisher hinter dem Maß dessen zurückbleibt, was für ein qualitativ befriedigendes Leben erforderlich ist. Ich nenne hier als Beispiel nur die Entwicklung des Individualverkehrs, des Automobils, auf der einen Seite und die technologische und qualitative Entwicklung des Massenverkehrs auf der anderen Seite. Einer der Faktoren, die dem wünschenswerten Wachstum zuzuordnen sind, ist sicher auch die Leistung der hochentwickelten Völker für die Entwicklungshilfe.

Thiemann

Ich bin in einem Forschungsinstitut tätig, das die vordringliche Aufgabe hat, die Wissenschaft nicht nur zu pflegen, sondern sie auf die Lösung wesentlicher Probleme hin anzuwenden. Alle Forschungsund

Entwicklungsprojekte brauchen von der ersten Idee bis zur praktischen Durchführung viel Zeit. Zehn, selbst zwanzig Jahre sind heute keine Seltenheit. Es ist wichtig, sich dieser Tatsache bewußt zu sein; denn es wird vielfach behauptet, durch die moderne Wissenschaft und Technologie werde die Zeitspanne zwischen Idee und praktischer Durchführung immer kleiner.

Es fehlt an Mut, die wesentlichen Zukunftsaufgaben anzufassen. Statt dessen beobachten wir die Tendenz, die kritischen Situationen der letzten Monate und Jahre durch kurzfristige Verbesserungen zu bewältigen, während man die grundlegenden Veränderungen, die nötig sind, beiseite schiebt.

Krise der Industriegesellschaft

Wir stellen heute in allen Industriegesellschaften einen Krankheitszustand fest, der an verschiedenen Symptomen sichtbar wird. Die Industriegesellschaft hat die Philosophie hervorgebracht, daß man die Natur vollständig beherrschen könne. Heute sieht es so aus, als ob sich die Probleme nur durch Wachstum lösen lassen. Die jüngsten Erfahrungen mit der Inflation, der Wirtschafts- und Währungs- und Vertrauenskrise zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern haben uns gezeigt, daß man überall nach festem Boden sucht. Je mehr man sich aber bemüht, desto tiefer sinkt man ein. Viele Grundsätze, die man lange Zeit als selbstverständlich hingenommen hat, erweisen sich plötzlich als unhaltbar.

Situation der Wissenschaft

Kann die Wissenschaft diese Probleme lösen? Die Statistik weist eine enorme Produktion an wissenschaftlichen Arbeiten nach. Die Zahl der Publikationen verdoppelt sich alle zwölf Jahre. Für die vielen wissenschaftlichen Zeitungen gibt es heute abstract Journals, und man verlangt jetzt auch nach super abstract journals, um überhaupt noch durch die Papierfülle zu kommen. Obwohl die Wissenschaft sich in dieser Weise entwickelt, fehlt es an Lösungen für die immer schwieriger werdenden Probleme. In den USA hat regelrecht ein "anti-science-movement" eingesetzt, das auch auf Europa überzugreifen beginnt.

Hier sehe ich ein fundamentales Problem. Lassen Sie mich folgendes Beispiel geben: Irgend jemand möchte untersuchen, warum die Wespe gelb ist. Wenn diese Frage vor 20 Jahren aufgeworfen worden wäre, hätte sich ein Professor mit einigen Studenten vielleicht sein Leben lang mit der Sache beschäftigt. Heute sagt der Professor, er habe keine Zeit, er sei administrativ überlastet. Deshalb wird er Assistenzprofessoren anstellen, die wiederum Assistenten und Doktoranden hinzuziehen. Es dauert gar nicht lange, dann bearbeitet ein Dutzend Leute das Problem. Ein Mann kostet heute mit allem Drum und Dran mindestens 100.000 DM pro Jahr, zehn Leute also eine Million DM. Das erste Jahr benötigt man, um das Problem zu definieren. Nach zehn Jahren arbeiten vielleicht zwanzig Leute daran. Wir sehen, für die Untersuchung der Frage, warum die Wespe gelb ist, werden wir 40-50 Millionen Deutsche Mark ausgeben.

Wohin geht die Wissenschaft? Löst sie wirklich die wesentlichen Probleme? Haben wir es hier nicht mit einem Kreis zu tun, der sich eigentlich selbst befriedigt? Man könnte auch von einer Art wissenschaftlicher Mafia sprechen.

Verbreitung der technischen Errungenschaften als Massenphänomen

Ein wesentliches Problem stellt heute das Massenphänomen dar. Die moderne Technologie hat dazu geführt, daß Erfindungen, zum Beispiel Industrieprodukte, sofort zu einem Privileg für eine große Zahl von Menschen werden. Vor 200 Jahren hatten nur wenige Leute das Privileg, durch Europa, also über große Distanzen zu reisen. Heute ist das Privileg des Reisens auf eine große Masse ausgedehnt worden.

Nehmen Sie ein anderes Beispiel: In den weniger entwickelten Ländern haben die meisten Menschen ein niedriges Einkommen. Es gibt also nur wenige reiche Leute im Gegensatz zu der großen Masse der Armen. Ein ganz anderes Bild zeigen die entwickelten Industriestaaten. So gibt es in den USA genauso viele reiche wie arme Leute.

Eine Ursache für das Massenphänomen sehe ich im modernen Marketing. In dieser Technik liegt eine der Infektionsquellen für die heutigen Krankheitssymptome. Man hat alle Informationsmittel eingesetzt, um die Verbreitung möglichst schnell durchzuführen. Die modernen Unternehmer der Industrie, die diese Entwicklung vorantreiben, sind die Helden unseres Zeitalters geworden.

Dieses Massenphänomen ist die Ursache für die Hauptprobleme, mit denen wir heute konfrontiert werden: Abbau der Rohstoffe; Umweltverschmutzung in der ganzen Welt; Entstehung soziologischer Probleme durch den Drang zu den Großstädten; Verarmung der Landgebiete. Präzise Messungen zeigen, daß diese Masse Menschen mit ihrem Konsum die Biosphäre als Ganzes angreift. So nimmt

der CO₂ Gehalt in der Luft infolge des ständig steigenden Energieverbrauchs (Verbrennung) auf der ganzen Erde zu.

Wechselwirkungen der Faktoren

Eine weitere Konsequenz des Massenphänomens ist das Systemverhalten. Die Probleme können nicht mehr isoliert behandelt werden, sondern müssen in einem Gesamtzusammenhang gesehen und zu lösen versucht werden. Es geht darum, die Wechselwirkungen der einzelnen Faktoren aufzuzeigen. So sind heute in den unterentwickelten Ländern verschiedene Organisationen unabhängig voneinander tätig, die FAO zum Beispiel für die Ernährung und die World Health Organization für die Gesundheit. Wenn wir aber die medizinischen Probleme lösen, hat das Rückwirkungen für die Ernährungsseite.

Autoindustrie als Beispiel umweltgefährdenden Wachstums

Als typisches Beispiel erwähne ich die Autoindustrie, der Welt stärkste Industrie mit 150 Milliarden Dollar Umsatz pro Jahr, die mit allem, was damit zusammenhängt, in manchen Ländern fast 20 Prozent des Volkseinkommens erzeugt. Diese Industrie wird heute angeklagt, weil sie das System, in dem sie sich befindet, mißachtet hat. An der Technik des Automobils hat sich seit seiner Entstehung kaum etwas verändert. Dadurch aber, daß so ungeheuer viele Autos hergestellt werden, genügen sie den heutigen Bedingungen nicht mehr. Die Autoindustrie hat sich darum jedoch nicht gekümmert. Damit verbunden ist die Umweltverschmutzung durch Abgase, Lärm, Unfälle und so weiter.

Als wir vor etwa 12 Jahren an viele Autofirmen mit dem Vorschlag herantraten, Abgaskatalysatoren zu bauen und neue Antriebe zu entwickeln, die keinen Lärm verursachen, haben wir von den meisten großen Firmen die ironische Antwort erhalten: "Es ist schon interessant, was sie uns vorschlagen, aber Luftverschmutzung und Lärm sind nicht unsere Probleme. Wenden Sie sich an Organisationen, die sich dafür interessieren." Heute haben wir in Amerika folgende Situation: Bevor die Vorschriften zur Begrenzung der Luftverschmutzung von der Regierung erlassen wurden, reichte ein gallon Benzin für etwa 15 bis 16 miles. Das Auto des Jahres 1973 mit all den Zusätzen, die es schwerer und komplizierter machen, verbraucht 50 Prozent mehr an Brennstoff, das heißt, man fährt pro gallon nur noch 8 bis 9 miles. Gleichzeitig weiß man nicht mehr, wie man mit der Energiekrise fertig werden soll.

Ähnliche Angriffe richten sich gegen die chemische Industrie. Wenn hundert oder auch tausend Tonnen Chemikalien auf den Markt gebracht werden, passiert gar nichts. Wenn man aber eine Million Tonnen herstellt, ist das eine Größenordnung, die in dem System nicht mehr ohne weiteres verarbeitet werden kann.

Bedingungen der MIT-Studie

Der Club of Rome hat sich dieser allgemeinen Krankheitssymptome angenommen. Wir stellten zunächst fest, daß in allen Industrieländern sich die führenden Leute Gedanken über diese Entwicklung machten. Daraufhin wurde die erste Studie beim MIT in Auftrag gegeben. Wir stellten drei Bedingungen: Erstens sollte es sich um eine weltweite Systembetrachtung handeln; denn die rasche Entwicklung der Menschheit greift die Biosphäre als Ganzes an. Zweitens sollten die Wechselwirkungen einiger Faktoren untersucht werden, um über die Größenordnung einzelner Maßnahmen, die eventuell möglich sind, Auskunft zu erhalten. Die dritte Bedingung war, das System dynamisch darzustellen, damit man sich ein Bild von der Geschwindigkeit der Veränderungen machen kann.

Die Studie hat, wie Sie wissen, eine enorme Reaktion in der Welt hervorgerufen, das heißt, sie ist zum richtigen Zeitpunkt erschienen. Dabei haben sich zwei Gruppen gebildet: Das eine sind die Pessimisten, wie Sicco Mansholt, die eine drastische Begrenzung des Wachstums für notwendig halten und sogar das Nullwachstum fordern. Die Energiekrise und andere Ereignisse der jüngsten Zeit scheinen diesen Pessimisten recht zu geben. Auf der anderen Seite stehen die Optimisten, die nicht an solche Grenzen des Wachstums glauben. Nach den Prognosen von Herman Kahn zum Beispiel wird das nächste Jahrhundert das goldene Zeitalter der Industrie sein, wo jedermann über ein Einkommen von über 20000 Dollar im Jahr verfügt und die Weltbevölkerung auf 20 bis 30 Milliarden Menschen anwachsen wird.

Bevölkerungswachstum als kritische Größe

Als nächsten Punkt erwähne ich die unterentwickelten Länder. Die Weltbevölkerung verdoppelt sich heute in etwa 30 Jahren. Nach Diskussionen mit den besten Demographen gibt es keine Möglichkeit, dieses Bevölkerungswachstum kurzfristig zu bremsen. In den unterentwickelten Ländern leben heute circa dreiviertel der Weltbevölkerung, also 2,7 Milliarden Menschen, und in den Industrieländern 25 Prozent, also 0,9 Milliarden, wobei Rußland zu den Industrieländern gerechnet wird. Wie wird das Bild

in 30 Jahren aussehen? Es ist ziemlich sicher, daß sich die Bevölkerung in den Industrieländern einigermaßen stabilisieren wird, das heißt Todesrate und Geburtenrate werden sich wahrscheinlich schon bald ausgleichen. In den unterentwickelten Ländern ist das aber nicht der Fall. Die Folge wird sein, daß im Jahre 2000 sechs Milliarden Menschen in der unterentwickelten Welt und vielleicht eine Milliarde oder etwas mehr Menschen in der entwickelten Welt leben werden.

Konsequenzen weltweiten industriellen Wachstums

Wenn wir uns diese Entwicklung vor Augen halten, müssen wir feststellen, daß wir erst am Beginn der Industrialisierung in der Welt stehen. Die unterentwickelten Länder, wie immer sie organisiert sind, versuchen, sich so schnell wie möglich zu industrialisieren. Die Industrie ist das Symbol des Wohlstandes, das Symbol der Macht geworden. Mit dem Reichtum des einzelnen nimmt der Verbrauch an Bodenschätzen zu. Die Statistik zeigt, daß der Verbrauch in den entwickelten Ländern, wie in Amerika und in einigen europäischen Ländern, nicht mehr wesentlich steigt, selbst wenn wir das Einkommen noch erhöhen. Im Weltdurchschnitt aber liegt der Verbrauch unter 10 Prozent im Vergleich zu den meisten entwickelten Ländern. Wenn also die unterentwickelte Welt die gleiche Industrialisierungsphase durchläuft wie wir, wird der Verbrauch an Energie und Bodenschätzen um das Zwanzig- bis Fünfzigfache zunehmen.

Was sou man angesichts dieser Situation tun? Soll man das Wachstum begrenzen? Sind andere Verhaltensweisen notwendig? Ist die Industriegesellschaft als solche unmoralisch vorgegangen? Ich meine, es ist unrealistisch anzunehmen, daß sich der Mensch in Anbetracht solcher Zukunftsschwierigkeiten einfach einschränken wird. Die menschlichen Bedürfnisse liegen viel tiefer; das sehen wir am Automobil. Das Bedürfnis der Mobilität ist so stark, daß es fast alles andere zurückdrängt. Das gleiche gilt für das Flugzeug. Deshalb dürfte in naher Zukunft die Lösung der Probleme nicht nur in einer Beschränkung zu finden sein.

Systemkonforme Lösungen

Ich würde daher eine mehr pragmatische Haltung einnehmen. Wie sich die Zukunft entwickeln wird, ist schwer vorauszusagen. Aber wie hoch das zukünftige Niveau auch immer liegen wird, sicher ist, daß wir Industrieprodukte und Produktionsverfahren finden müssen, bei denen der Aufwand an Rohstoffen, Energie, Wasser, Luft und so weiter wesentlich geringer ist als heute. Hinzukommt die Forderung nach Systemkonformität; ich erwähnte das Beispiel Automobil. Es geht nicht mehr um irgendeine technisch mögliche Lösung allein. Vielmehr ist jeweils zu überlegen, welche Auswirkungen es hat, wenn das betreffende Produkt in Millionen von Exemplaren oder die bestimmte Substanz in Millionen von Tonnen hergestellt wird. Dann liegt ein neues Problem vor, das sich in Randbedingungen und Begrenzungen ausdrückt.

Es müssen also bei unseren Industrieprodukten erhebliche Veränderungen vorgenommen werden. Als Beispiel führe ich die Kernergie an. Wenn wir heute einen Kernreaktor bauen wollen, befinden wir uns in der unangenehmen Situation, ein Reaktorsystem kaufen zu müssen, das in Amerika für die Unterseeboote entwickelt worden ist. Nun ist es ein Witz, wenn sich ein kleines Land wie die Schweiz ein Unterseeboot kauft. Aber genau das ist heute der Fall. Alle vernünftigen Bemühungen in Europa sind aus kurzfristigen Kostenüberlegungen unterminiert worden, so daß einzig der Unterseebootreaktor zur Verfügung steht.

Bombach

Beide Referenten haben zu dem Problem der "Grenzen des Wachstums" eine gedämpft optimistische Position bezogen. Wir gehen somit davon aus, daß das Wachstum andauern wird; dem werden aber nicht alle Gesprächsteilnehmer zustimmen.

Herr Vogel unterscheidet drei heute anzutreffende Richtungen. Die erste befürwortet Nullwachstum schon in naher Zukunft: Stoppt das Wachstum heute und sofort (Club of Rome). Zu diskutieren wäre die Frage, wie eine Nullwachstums-wirtschaft aussehen könnte. Sollen alle Strukturen "eingefroren" werden, oder sollen sich weiterhin Strukturwandlungen vollziehen? Wie wird sich die Einkommensverteilung entwickeln? Sollen die Armen arm und die Reichen reich bleiben? In einer Nullwachstums-wirtschaft erzwingt ja jede Einkommenserhöhung an einer Stelle eine Einkommensschmälerung an anderer Stelle.

Schon die Klassiker der Nationalökonomie wußten, daß in der stagnierenden Wirtschaft politische Spannungen schnell zunehmen. Die Demokratie funktioniert gut, wenn allen, die fordern, etwas gegeben werden kann. Auch der inflationäre Druck wird dann geringer sein. Beim "Nullsummenspiel" der stationären Wirtschaft aber kann einer nur gewinnen, wenn der andere verliert; dies wird eine sehr

viel härtere Welt sein als die jetzige. Und vergessen wir nicht: Auch die heute noch armen Länder können nur reicher werden, wenn wir auf Wohlstand verzichten.

Die andere Extremposition ist mit dem gekennzeichnet, was W. Beckerman in seiner scharfen Kritik an der MIT-Studie als "weiterwursteln" bezeichnet hat. Immer hat es in der Geschichte der Menschheit Untergangsprophetie gegeben, aber stets ist die Entwicklung weitergelaufen, haben sich die Dinge wieder arrangiert. Warum soll es also nicht auch in Zukunft funktionieren? Die Menschen handeln ja doch erst, wenn Katastrophen kurz bevorstehen, das heißt wirklich abzusehen sind, und bislang sind sie immer damit fertig geworden. Niemals haben sie sich durch Drohungen der Wissenschaft aufrütteln lassen, wenn diese einen Zusammenbruch in fernerer Jahrhunderten vorhersagte.

Die mittlere Position, die offenbar beide Referenten beziehen, lautet: Wachstum ja, aber politisch gestaltetes Wachstum, das heute mit dem noch etwas schillernden Begriff "Qualität des Wachstums" bezeichnet wird. Wie es scheint, würde Herr Vogel qualitativ besseres Wachstum auch bevorzugen, wenn dadurch die statistisch gemessene Wachstumsrate etwas abnimmt. Ein vernünftig zusammengesetztes Sozialprodukt bei drei Prozent Wachstum ist uns lieber als das bisherige Wachstum von vier oder fünf Prozent.

Es ist notwendig, den vorerst etwas vagen Begriff "Lebensqualität" zu operationalisieren. Anderenfalls lassen sich wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele nicht formulieren. Mit einer bloßen Maximierung oder Optimierung der statistischen Zuwachsraten geben wir uns nicht mehr zufrieden. Es hätte wohl auch wenig Zweck, einen Abzug für Soziale Kosten von der Wachstumsrate des Sozialproduktes vorzunehmen, wie es etwa Forscher in den USA vorgeschlagen haben (J. Tobin), also beispielsweise mit 4,4 Prozent statt mit 4,7 Prozent realen Zuwachs zu rechnen. Dies sagt niemandem etwas. Wir müssen ganz neue Maße entwickeln und die Ziele in diesen neuen Kategorien formulieren.

Wie läßt sich das Wachstum strukturell in den Griff bekommen? Herr Vogel geht von den Strukturwandlungen aus, die sich heute bereits vollziehen: die Entwicklung zur "nachindustriellen" Gesellschaft. Während im Güter produzierenden Bereich praktisch unbegrenzte Produktivitätssteigerungen möglich zu sein scheinen - mit stationärer Arbeitskraft wird heute noch immer kräftiges Wachstum erreicht;- ist der Produktivitätsfortschritt im tertiären Bereich sehr gering. Wir meinen damit nicht nur den staatlichen Sektor, sondern Dienstleistungen ganz allgemein, alles, was man als "soft ware" bezeichnen könnte. Als Folge davon expandiert - gemessen an den Beschäftigten - der Dienstleistungssektor, und zugleich werden Dienste relativ immer teurer, weil die Löhne allerwärts ungefähr gleichmäßig steigen.

Wenn wir qualitatives Wachstum wünschen, so sollen aber gerade diese teurer werdenden Dienste auf Kosten der Güterproduktion strukturell vordringen. Dies ist nur möglich, wenn der hochproduktive produzierende Sektor immer stärker besteuert wird, weil er den weniger produktiven Dienstleistungssektor mittragen muß. Dies kann über Steuern im engeren Sinne oder auch über das Preissystem erfolgen.

Dieses Problem muß zugleich in einem weiteren Rahmen gesehen werden. Es geht nicht nur um Verlagerungen der Arbeitsteilung innerhalb der Bundesrepublik, sondern um neue Formen internationaler Arbeitsteilung. Herr Vogel hat darauf hingewiesen. Es lohnt, darüber nachzudenken, inwieweit höhere Lebensqualität dadurch zu erreichen ist, daß umweltfeindliche Produktion in Regionen verlagert wird, die dünn besiedelt sind. Herr Thiemann brachte mit der Atomenergie ein wichtiges Beispiel. Wir entwickeln uns in Richtung einer Gesellschaft, die immer mehr "know how" produziert und exportiert anstelle von umweltschädigenden Produkten.

Zur Lebensqualität gehört auch das Gastarbeiterproblem. Sollen weiterhin Millionen von Gastarbeitern nach Mitteleuropa einwandern, oder wäre es nicht besser, die Industrien in die Randgebiete mit überschüssiger Arbeitskraft zu verlagern? Es geht hier sowohl um die eigene Lebensqualität als auch um diejenige der ausländischen Arbeiter. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft besteht heute Freizügigkeit. Bislang folgten aber die Arbeitskräfte noch immer dem Arbeitsangebot, das heißt, sie drängten in die Wachstumsregionen. Man darf die Gefahr nicht unterschätzen, daß sie eines Tages allein durch bessere Sozialsysteme und so weiter angelockt werden, also auch noch zuströmen, wenn Arbeitsplätze gar nicht mehr frei sind ("Kalkutta-Effekt").

Es scheint zweckmäßig, die Diskussion mit der Frage zu beginnen, wie sich der Begriff Lebensqualität operativ gestalten läßt. Es sind Diskussionen im Gange, die Messung des Sozialproduktes zu verbessern, zugleich aber neben dem Sozialprodukt als Globalgröße weitere Indikatoren einzuführen. Herr Vogel hat die Vorschläge der OECD aufgeführt.

Die Wissenschaft steht heute vor der Frage, ob es möglich und zweckmäßig ist, die einzelnen Sozialindikatoren am Ende wieder zu mittein, also wieder nach einer einzigen Maßzahl zu streben, die nun einmal in der Tagesdiskussion so beliebt ist. Persönlich sehe ich die Gefahr, daß wir dann so klug sind wie zuvor und auch ebenso unzufrieden. Wir werden uns wohl daran gewöhnen müssen, mehrdimensional zu denken. Wie sollten Gesundheitswesen und Glück am Arbeitsplatz gegeneinander abgewogen, wie die Gewichte verteilt werden? Auch internationale Vergleiche wird man künftig nicht mehr an der einzigen Kennzahl Sozialprodukt je Einwohner aufziehen können, sondern wird eine ganze Serie von Indikatoren heranziehen müssen, wobei jegliche Globalaussage notwendigerweise ein Werturteil enthält.

Sozialindikatoren sind unerlässlich für den öffentlichen Sektor, aber nicht nur für diesen. Während unser Sozialprodukt für den gesamten privaten Bereich ein Maß für den Output ist, also für die für den Endverbrauch zur Verfügung gestellten Güter und Dienste, werden beim öffentlichen Sektor die Inputs gemessen: vom Staat gekaufte Güter und Dienste und die eingesetzte Arbeitskraft. Interessiert sind wir aber an Leistungen, nicht an Kosten.

Jochimsen

Auch ich verstehe die Bildung von Sozialindikatoren weniger als Alternative zur Messung des Sozialprodukts, sondern eher als Forderung an die Ökonomen, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung weiterzuentwickeln. Es ist natürlich ein skandalöser Zustand, daß ein immer größerer Teil des Sozialprodukts mit einem Maßstab gemessen wird, der sich an dem ständig kleiner werdenden Teil orientiert, nämlich an den über den Markt gehenden Leistungen. Das ist deshalb prekär, weil daraus die gleichen politischen Schlußfolgerungen gezogen werden, wie wenn sich das Bruttosozialprodukt ausschließlich auf die Messung von marktmäßigen Vorgängen bezöge. Wie fragwürdig eine solche Rechnung ist, läßt sich an einem einfachen Beispiel zeigen: Eine Erhöhung der Beamtenbesoldung steigert das Sozialprodukt, ohne daß sich sonst irgend etwas verändern muß.

Siebker

Der Zuwachs des Sozialproduktes wird häufig als eine Art Erfolgsbild für eine Nation angesehen. Dafür ist das Bruttosozialprodukt nicht erfunden worden. Wie absurd eine solche Berechnung sein kann, zeigt auch folgendes Beispiel: Wenn sich in einer Volkswirtschaft die Zahl der Autounfälle verzehnfacht, steigt das Bruttosozialprodukt erheblich an, weil Autos repariert oder neue gekauft werden müssen; es sind Kranke zu versorgen und so weiter. Das alles geht in das Sozialprodukt mit ein.

Jochimsen

Können wir überhaupt statistische Begriffe zu Zielwerten erheben, deren Kontrolle allenfalls begrenzt in den Händen des Staates liegt und liegen soll? Mit anderen Worten: Können wir den Irrweg dadurch vermeiden, daß wir diese Methode auf weitere Bereiche übertragen? Das war von den Statistikern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sicherlich nicht gewollt, liegt aber deshalb nahe, weil diese Zahlen nun einmal zur Verfügung stehen.

Nach Ihren Darlegungen, Herr Bombach, müßten wir - ketzerisch gesagt - auf den Begriff des materiellen Nettoprodukts der östlichen Gesamtrechnung übergehen; dort bleiben die Dienstleistungen unberücksichtigt. Man rechnet nur mit den physischen Produkten und stellt einzelne Bilanzen auf: Rohstoff-, Energie- und Warenbilanzen.

Das Sozialprodukt ist gewissermaßen ein statistisches Konglomerat, das, für die Konjunkturpolitik, also für die kurzfristige Wirtschaftssteuerung benutzt wird. Dieses Konzept kann keinesfalls auf langfristige Vorgänge - über 10 bis 15 Jahre - übertragen werden. Das war nicht der Zweck dieser Statistik, und damit wird sie überinterpretiert. Wir müssen die volkswirtschaftlichen Gesamtrechner dringend auffordern, hier eine Revision einzuleiten. Der statistische Apparat wird aber inzwischen so in die gesellschaftliche Zieldiskussion, in die Parteiprogrammatik einbezogen, daß auch die kleinste Revision politische Konsequenzen haben wird.

Ich möchte aber, wie Herr Bombach, davor warnen, bei den Sozialindikatoren nun mit Hilfe eines Saldobegriffs irgendeine Gesamtsumme über sehr differenzierte und unterschiedlich zu bewertende Bereiche des menschlichen Lebens zu ziehen. Aus den bisherigen Erfahrungen mit Sozialindikatoren darf allerdings auch nicht geschlossen werden, daß damit isolierte Kennziffern freigegeben werden könnten.

Bombach

Ich stimme Ihnen zu, Herr Jochimsen, daß sich das, was uns vorschwebt, an östliche Sozialproduktberechnungen angleicht, das heißt, das Sozialprodukt wird für den materiellen Teil konzipiert und dann durch eine Reihe weiterer Informationen ergänzt. Wir sind uns auch einig, daß es nicht darum gehen kann, die sozialen Indikatoren zu mitteln und daraus einen Saldo zu errechnen.

Mestmäcker

Herr Jochimsen hat gezeigt, wie eine zu rein methodischen Zwecken entwickelte wissenschaftliche Kategorie sich verselbständigt und zu einem Maßstab politischen Handelns wird, ohne daß die Autoren dieses Begriffs es eigentlich gewollt haben. Wenn wir hier die Probleme der modernen Industriegesellschaft diskutieren, dann müssen wir uns fragen, ob die Kategorien, mit denen wir die Gesellschaft analysieren, geeignet sind, mit den neuen Erfahrungen fertig zu werden.

Insofern geht es bei der Gegenüberstellung der quantifizierenden Maßstäbe, die man mit dem Sozialprodukt verknüpft, einerseits und der Qualität des Lebens andererseits auch um Methodenfragen, obwohl der Begriff der Qualität des Lebens von vornherein mit der politischen Verheißung verbunden war, die Periode der bloßen ökonomischen Quantität zu überwinden.

von Kortzfleisch

Es gibt sicher gewichtige Gründe, von einer operationalen Quantifizierung der Qualität des Lebens Abstand zu nehmen und von vornherein zu sagen, das Bruttosozialprodukt ist zwar in seiner Zusammensetzung und in der Art, wie es errechnet wird, höchst dubios, aber immerhin besser als gar nichts. Wenn wir auf die Qualität des Lebens ausweichen, könne es eigentlich nur noch schlimmer werden. Das hieße aber Herrn Beckermann recht geben und so "weiterwursteln" wie bisher. Diese Ansicht teile ich ganz und gar nicht, sondern ich meine, wir sollten uns in der Tat bemühen, die Qualität des Lebens operational zu machen.

Ich bin als Systemanalytiker tätig. Wir entwickeln heute für größere Unternehmungen mit Hilfe von Systemanalysen Investitionsprogramme, Forschungs- und Entwicklungsplanungen. Dabei versuchen wir, die Qualität des Lebens in irgendeiner Form zu quantifizieren. Vielleicht gelingt uns das etwas besser als Forrester in seinem Buch "World Dynamics", das ja der Studie "Grenzen des Wachstums" von Meadows zugrunde liegt.

Sie sprechen davon, Herr Bombach, daß man die Attribute, die die Qualität des Lebens ausmachen, gewissermaßen als Elemente eines Vektors auffassen könnte. Mit einem solchen Vektor lassen sich jedoch nur Operationen ausführen, die die Vektoralgebra erlaubt. Damit haben Sie aber für die politische Diskussion nicht viel gewonnen. Denn die Zielvorstellung "Qualität des Lebens" muß ja den Kommunen, den politischen Entscheidungsträgern überhaupt, aber auch den Unternehmungen klar vorgegeben werden.

So bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, die Attribute mit Hilfe von Sozialindikatoren zu erfassen. Der Ansatz der OECD ist hier sicher interessant, wenn sich die darin genannten Elemente auch zum Teil widersprechen oder ineinander aufgehen. Wenn man hier einen Konsens herbeiführen will, muß die Basis der Qualität des Lebens so einfach sein, daß zumindest bei den Elementen kein Zweifel darüber besteht, ob sie dazu gehören oder nicht.

So wird niemand daran zweifeln, daß Gesundheit zur Qualität des Lebens beiträgt. Das gleiche gilt - möglicherweise bereits eingeschränkt - für Freiheit; das heißt, ein gewisses Maß an persönlicher Freiheit gehört unstrittig zur Qualität des Lebens. Die Welt, wie sie Orwell schildert, in der die Freiheit völlig abgetötet ist, ist für jeden von uns ein Alptraum. Ebenso gehört die Sicherheit zur Qualität des Lebens, und zwar im weitesten Sinne: persönliche Sicherheit gegen Gesundheitsschäden; Sicherheit des Arbeitsplatzes; Sicherheit, gewisse Planungen nicht nur für das eigene Leben, sondern auch für die nachfolgende Generation durchführen zu können. Daß der Mensch soziale Bindungen und Kommunikation braucht, ist ebenfalls nicht zu bestreiten. In Anlehnung an amerikanische Untersuchungen habe ich schließlich noch das Erfolgserlebnis hinzugenommen.

Für die genannten Elemente gibt es nun Indikatoren. So kann man die Sicherheit des Arbeitsplatzes etwa daran messen, wieviele Leute im Laufe ihres Lebens den Beruf wechseln müssen. Ein Indikator für die Freiheit ist zum Beispiel die Möglichkeit zu reisen.

Diese Indikatoren findet man vor allem in den Bereichen der Wirtschaft, der Technik und auch der Bildung. Der nächste Schritt ist, eine Relevanzmatrix aufzustellen, indem man fragt, welche der genannten Indikatoren in welchem Bereich relevant sind. Das läßt sich mit Hilfe allgemein zugänglicher Statistiken jeweils feststellen. Auch der Weg der Befragung ist möglich, in diesem Falle aber nicht so erfolversprechend; denn einige Fragen sind von den Betroffenen nur schwer zu

beantworten. Zum Beispiel: Was ist jemandem seine Gesundheit oder seine Freiheit wert? Aussagefähiger dürfte es sein, den Grad der Freiheit an bestimmten Handlungsweisen zu messen, also an Indizien, die dafür sprechen, daß Freiheit, daß Sicherheit und dergleichen bestehen.

Bei dem Schema, das ich entwickle, kommt man um eine Bewertung, um eine Gewichtung nicht herum. Die Indikatoren drücken durchweg Relationen aus; zum Beispiel Arbeitstage im Verhältnis zu Krankheitstagen. Wir erhalten also keine absoluten Zahlen. Diese Relationen werden mit dimensionslosen Faktoren gewichtet. Statt einer kardinalen Quantifizierung, wie man sie beispielsweise beim Bruttosozialprodukt hat, wo alles in DM ausgedrückt wird, erhält man dann eine ordinale Quantifizierung. Wie bei einer Wertanalyse müssen die einzelnen Qualitätsattribute bewertet werden, um Wichtiges und Unwichtiges zu trennen.

Bombach

Damit es kein Mißverständnis gibt: Das Sozialprodukt soll als Maß nicht aufgegeben, sondern in Zukunft auf den Bereich beschränkt werden, der quantifizierbar ist. Dieser Bereich wird aber immer kleiner. Für jenen Teil des Sozialprodukts, den ich als "soft ware" bezeichnete, ist es für den Statistiker von jeher schwierig gewesen, die Nominalgrößen in Preise und Mengen aufzulösen, also zu entscheiden, ob der staatliche Sektor gewachsen oder ob der Staat lediglich teurer geworden ist.

Wir werden somit weiterhin das Quantitative messen und es auch Sozialprodukt nennen, wir werden es aber durch andere Maßstäbe ergänzen.

Bei der Gewichtung, Herr von Kortzfleisch, sollten wir zwei Dinge nicht verwechseln: zum einen die Statistik und zum anderen die politischen Ziele. Wenn wir politische Ziele verfolgen, müssen wir Prioritäten setzen. Das impliziert gewisse Gewichte. Die Frage ist nur, ob der Statistiker die Indikatoren wiederum mitteln und eine Durchschnittsgröße erstellen soll.

von Kortzfleisch

Wenn ein Mengen- und ein Wertvektor zu einem skalaren Produkt zusammengefügt werden, sind die Gewichte ja darin eingegangen.

Bombach

Nein, ich habe dann einzelne getrennte Reihen: eine für das Gesundheitswesen, eine für das Bildungswesen und so weiter. Ich biete also, wie Sie es ausdrücken würden, dem Bürger einen Vektor an.

Haseloff

Es ist ein psychologisch und soziologisch interessantes Problem, daß die Arbeiten von Meadows und Forrester ein so starkes Echo gefunden haben. Dabei arbeitet ihr Simulationsmodell zum Teil mit Trendfortschreibungen und Bestandsschätzungen, die relativ unsicher sind. Auch ist die Zahl der Parameter, die in dieses Modell eingehen, sehr klein. So bleiben vor allem das menschliche Verhalten und seine Optionsmöglichkeiten völlig unberücksichtigt. Weiter sind die Verknüpfungsregeln für die Parameter problematisch; sie können auch anders sein, und dann erhalten wir ganz andere Ergebnisse.

Die bereitwillige Rezeption dieses Weltszenariums ist auf eine pessimistische Zeitströmung zurückzuführen. Zweifellos ist der Versuch, das Zusammenwirken unterschiedlicher Entwicklungslinien einmal systemanalytisch zu untersuchen und zu prognostizieren, nützlich und notwendig. Es wird aber noch ein erheblicher Aufwand an Scharfsinn erforderlich sein, um durch eine größere Anzahl auch neuer Parameter ein realistischeres Modell zu entwickeln, das vor allem die Probleme des menschlichen Verhaltens mitembezieht. So fehlt in diesem Modell beispielsweise die adäquate Berücksichtigung der Geburtenregelung. Auch werden Innovationen nicht berücksichtigt. Vielmehr wird im Sinne der Konstanzhypothese vorausgesetzt, daß sich alles so weiterentwickelt, wie es heute läuft.

von Kortzfleisch

Weder in dem Buch von Forrester noch in der Studie von Meadows werden Prognosen gestellt, Herr Haseloff. Auch halte ich gerade die kleine Zahl von Parametern für sinnvoll; denn das wirklich Wichtige ist im Grunde immer einfach. In dieser Studie ist es gelungen, die wirklich wichtigen Dinge zusammenzufassen.

Die Verknüpfungen können natürlich andere sein, aber auch sie sind so einfach, daß es um die Funktionen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen kaum eine Diskussion geben kann. Ebenso hat man den technischen Fortschritt durchaus berücksichtigt, indem man etwa das recycling, die Bewältigung der Umweltverschmutzung und dergleichen mehr in die Berechnungen miteinbezog. Das gleiche gilt für die Geburtenkontrolle.

Dagegen fehlt in der Tat die Veränderung des menschlichen Verhaltens. Das konnte man in einem Ansatz nicht bewältigen. Man mußte zunächst einmal die rein materiellen Dinge zusammenstellen.

Haseloff

Betrachtet man die Entwicklung einmal außerhalb der üblichen Fächeraufteilung von Nationalökonomie, Soziologie, Verhaltensforschung und so weiter, so gelangt man zu folgender Einsicht: Hier wird dem "materiellen" Wachstum als dramatischer Gegenbegriff der Galbraith'sche Slogan von der "Qualität des Lebens" gegenübergestellt. Quantitatives Wachstum der Wirtschaft ist jedoch die unverzichtbare Voraussetzung für alles, was sinnvollerweise Zuwachs an Lebensqualität genannt werden kann.

Vor allem sollte man nicht vergessen, daß Wirtschaft kein abgegrenzter Seinsbereich ist, in dem nur Güter und Werte einer bestimmten minderen Art produziert werden. Vielmehr haben sämtliche menschlichen Verhaltensweisen - selbst das einsame Denken - wirtschaftliche Aspekte. Alle menschlichen Bedürfnisse spielen daher im wirtschaftlichen Geschehen ihre jeweils spezifische Rolle. Bisher haben die Wirtschaftswissenschaften allerdings nur die funktionalen Bedingungen und Gesetze der Befriedigung derjenigen Bedürfnisse beachtet, die in einer Knappheitsgesellschaft wichtig waren.

Analysieren wir die materiellen Wünsche und Ziele der Menschen genauer, klären wir genauer, was eigentlich durch materielle Ziele wie Auto oder Eigenheim jeweils instrumenten verwirklicht werden soll, so stellen wir fest, daß diese Zielwerte den unter dem Begriff Qualität, des Lebens subsummierten Wünschbarkeiten außerordentlich ähnlich sind.

Und noch etwas: Zur Befriedigung materieller Wünsche gehört Geld. Dabei ist der Wert des Geldes ausschließlich darin begründet, daß es sich beliebig in ganz individuelle Bedürfnisbefriedigung umsetzen läßt. Geld selbst kann man ja nicht essen oder sich als Schmuck anhängen. Das materielle Interesse an Einkommen ist in seinem instrumentellen Nutzen begründet, also in seiner Fähigkeit, persönliche Bedürfnisbefriedigung zu ermöglichen.

Genau gleiches gilt für Gesundheit: Auch Gesundheit als solche ist kein direkt konsumierbares Gut. Sie stellt vielmehr eine der Bedingungen der Befriedigung aller anderen Bedürfnisse dar. Wenn man sehr krank ist, kann man sich keinerlei Bedürfnis mehr befriedigen.

Ebenso ist Sicherheit ein instrumentelles und kein substantielles Bedürfnis. Sicherheit vermittelt eine hinreichende Erwartung, daß ich Bedürfnisse, die mir heute wichtig sind, auch künftig unbehindert, also mit freier Wahl des Zeitpunktes und des Modus werde befriedigen können.

Gleiches gilt natürlich und vor allem für Freiheit. Freiheit kann verstanden werden als eine Situation, die mit sozialen Garantien für einen persönlichen Optionsraum ausgestattet ist, in dem ich meine Bedürfnisse nach den von mir bevorzugten Zeitordnungen und Modi befriedigen kann, ohne dabei von anderen kontrolliert und reglementiert zu werden.

Das Wort "Qualität des Lebens" haben die Amerikaner in einer Situation des Mißbehagens rezipiert. Diese Situation ist durch die allmählich wachsende Erkenntnis belastet, daß die amerikanische Lebensphilosophie in vielen Bereichen nicht mehr funktioniert. Dabei ist die Resonanz dieses Begriffs in seiner Unbestimmtheit und semantischen Leere begründet, so daß mittels des in ihm liegenden emotionalethischen Appells alles und das Gegenteil gleich gut bewiesen werden können.

Die Wirksamkeit dieser Slogans beruht darauf, daß man kaum spontan gegen Qualität sein kann. Wir haben schon früh gelernt, daß Qualität besser ist als Quantität. Qualität ist schon an sich etwas Gutes. Und "Qualität des Lebens" mutet an als ethisch sanktioniertes Versprechen schlechthin allumfassender Befriedigung auf gehobenem Niveau, die nicht mehr durch individuelle Risiken und Leistungen erkämpft, die vielmehr weitgehend leistungsunabhängig "gesellschaftlich" garantiert wird. Wer möchte hier nein sagen.

Unvermeidlich ergibt sich bei konkretem Sprechen über Lebensqualität die Verlegenheit der Indikatoren. Zum Beispiel soll die Zahl der Krankenhausbetten ein Indikator für Qualität des Lebens in einer Gesellschaft sein. Wie sieht es aber damit aus, wenn die Zahl der Krankbetten wächst, sich jedoch gleichzeitig die Dienstleistung des Pflegepersonals so verschlechtert, daß die Kranken in

modernen Kliniken immer weniger betreut werden? Die Zahl der Krankbetten dürfte also kaum ein geeigneter Indikator für die Qualität des Lebens sein.

Oder ist die Zahl der bereitgestellten Studienplätze ein Indikator für Qualität des Lebens? Auch hier handelt es sich - wie bei allen Indikatoren - um quantitative Meßwerte. Bisher hat jedenfalls die Optimierung quantitativer Aspekte stets zu einer gefährlichen Qualitätsreduktion in dem betreffenden Bereich geführt. Im Falle der Universitätsreform wäre an Leistung, intellektuelles Niveau und Problemlösungskapazität sowohl der Studenten als auch der gewaltig gewachsenen Zahl akademischer Lehrer zu denken.

Sicher wird heute und in Zukunft ein größerer Teil des Sozialprodukts für die Entwicklung und Erweiterung sozialer Institutionen aufzuwenden sein, die die Modernisierung der Gesellschaft ermöglichen. Diese Modernisierung scheint sich mir in zweierlei zu manifestieren: einmal in der Erweiterung des persönlichen Optionsraumes des einzelnen und zum anderen im Ausgleich des intrakulturellen Zwiespalts zwischen den Institutionsbereichen, die Fortschritt zeigen, also Wirtschaft, Erfahrungswissenschaften und Technologie, und den Institutionen, deren Aufgabe Konfliktregelung und Verhaltenssteuerung ist, also Recht, Erziehung, Verwaltung und Politik.

Dabei werden zweifellos Indikatoren zur Messung der hier zu erzielenden oder anzustrebenden Fortschritte benötigt. Könnten solche Indikatoren vielleicht sein: der Umfang der Freizeit, der Beginn der Berentung oder die Höhe der Altersrenten? Und wie steht es mit der Lebensdauer als Indikator? Gewiß, die Menschen werden älter - aber wie werden sie älter? Wie finden wir also Indikatoren, die wirklich Validität haben für Lebensqualität?

In diesem Zusammenhang wurde sogar auf Begriffe wie Glück und Selbstverwirklichung verwiesen. Neuerdings wird auch wieder gern mit dem alten Begriff Entfremdung operiert. Danach soll Qualität des Lebens daran gemessen werden, daß eine Gesellschaftsordnung dem Menschen alle die Möglichkeiten anbietet oder gar kostenfrei und mühelos verschafft, durch die er das wird, was und wie er werden möchte.

Eine Gesellschaft, die derartiges im Ernst verspricht, müßte entweder sehr reich oder völlig steuerungslos sein, oder sie hätte durch geeignete Institutionen und Eliten zu definieren und durchzusetzen, was die "wahren", die "echten" Qualitäten des Lebens sind.

Tatsächlich befindet sich unsere Gesellschaft in einer krisenhaften Situation. Hier ist etwa an die Drogensucht der Heranwachsenden zu denken. Oder an die wachsende Neigung zu Gewalttätigkeiten, an das stetige Ansteigen des Krankenstandes und den Hang zum "drop out" aus persönlichen Bindungen und Verpflichtungen. Zu denken ist auch an zunehmenden Opportunismus von Entscheidungsträgern und an wachsende Nachgiebigkeit gegenüber den Machtansprüchen radikaler Gruppen sowie an Apathie und Gedankenlosigkeit bei den Majoritäten.

Alles dies hängt mit den Zielwerten der "fun-society" zusammen, in der das Leben ohne Folgeorientierung, in passiv-rezeptiver Haltung genußvoll konsumiert werden soll. Dabei sollten wir uns daran erinnern, daß der Aufstieg von Kulturen durch die Dominanz stoischer und asketischer Haltungen gekennzeichnet ist, während Abstiegsphasen bisher stets der Philosophie eines uneingeschränkten Hedonismus gefolgt sind. Unabweisbar aber ist: Je höhere Ansprüche und Übererwartungen geweckt werden, desto unzufriedener und aggressiver werden die Menschen mit der Qualität ihres Lebens.

Wollen wir jedoch nicht in eine Rebarbarisierung, in eine wachsende Primitivisierung und Gewalttätigkeit zurückfallen, so werden wir uns ernsthaft zu fragen haben, wieviele Ansprüche und Bedürfnisse die Gesellschaft eigentlich befriedigen kann. Wächst die Begehrlichkeit nicht bereits weit schneller als die gesellschaftlich vermittelten Möglichkeiten ihrer Befriedigung? Wird nicht auch mit Hilfe von Begriffen wie Qualität des Lebens diese Begehrlichkeit stimuliert? Wird damit nicht die Illusion geweckt, die Gesellschaft könne allen alle Befriedigung bieten?

Stellen wir uns diesen Fragen, so wird deutlich, daß durch das unbedenkliche Anheizen von Ansprüchen immer mehr Probleme und Konfliktpotentiale geschaffen werden, die die Problemlösungskapazität unserer Gesellschaft bei weitem überschreiten. Daß die substantielle Rationalität und Folgeorientiertheit des Verhaltens besonders jüngerer Menschen immer geringer wird, ist nur ein Teilaspekt einer allgemeinen Neigung zu solchem Wunschdenken.

Ausdruck einer mangelnden Folgeorientierung ist es auch, wenn politische Kräfte unserer Demokratie fast automatisch Zustimmung und Anhänger dadurch suchen, daß sie sich gegenseitig in Versprechungen überbieten. Je mehr aber versucht wird, Akzeptanz für bestimmte politische Konzepte durch ein illusionistisches Riesenangebot von Bedürfnisbefriedigungen zu erreichen, um so

mehr wachsen Frustrationen, die in der Folge entweder in Nostalgie und Apathie oder aber in Gewalttätigkeit übergehen.

Angesichts dieser Entwicklung gilt es, soziale Strategien zu entwerfen. Hierzu ist zunächst zu fragen, wo eigentlich die Leistungsgrenzen unserer Gesellschaft gegenwärtig liegen. Läßt sich das, was der Bundeskanzler mit dem Begriff Qualität des Lebens gemeint hat, vom Staat überhaupt herstellen und liefern? Geht es dabei nicht vielmehr darum, die Entfaltung eines Lebensklimas zu begünstigen, in dem sich ein spirituelleres Dasein entfalten kann? Sind die Bedingungen, die wir schaffen, überhaupt günstig für das, was der Bundeskanzler als Qualität des Lebens beschrieben hat, nämlich für die "Durchdringung des Lebens mit geistigen Werten" - was immer das konkret sein mag?

Graf Lambsdorff

Die grenzenlose Begehrlichkeit wird nicht nur geweckt, sondern sie soll auch möglichst heute noch befriedigt werden. Dieser Zeitfaktor fehlt in Ihren Ausführungen, Herr Vogel.

Vogel

Natürlich handelt es sich hier um einen Korrekturprozeß, der sich über eine geraume Zeit erstrecken wird. Infolgedessen ist der Zeitfaktor immanent und nicht genau bestimmbar. Sie können nicht sagen, wir wollen das in zwei, drei oder sieben Jahren verwirklichen. Allerdings ist die Dringlichkeit der steuernden Maßnahmen unterschiedlich groß. Bei der regionalen Steuerung beispielsweise fragen heute die gleichen Leute, die das noch vor fünf Jahren für reinen Kommunismus gehalten hätten, wann sie denn endlich ernsthaft verwirklicht wird.

Sie sprechen von der Weckung grenzenloser Bedürfnisse, Herr Haseloff. Das ist nicht das Problem. Bei der Qualität des Lebens geht es doch um die Schaffung eines vernünftigen und sinnvollen Lebens. Die Frage, ob unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen ein solches Leben ermöglichen oder ob es Bereiche gibt, in denen diese Mechanismen das erschweren, kann doch nicht mit grenzenloser Begehrlichkeit gleichgesetzt werden.

Wenn man die unverkennbaren Schäden, die Sie heute in jeder Großstadt besichtigen können und die sicher mit dem ökonomischen Mechanismus zusammenhängen, beseitigen will, dann hat dies jedenfalls in meinen Augen nichts mit dem Erwecken grenzenloser Begehrlichkeit zu tun. Ich habe auch die Wünsche und Proteste der Bürger nie in dieser Richtung verstanden, ohne daß ich unsinnigen Übertreibungen, die es zweifellos gibt, das Wort rede.

Graf Lambsdorff

Dazu gehören auch Versprechungen der Politiker.

Vogel

Wenn es die nicht gebe, Herr Kollege, würde die Politik wahrscheinlich in allen drei Parteien etwas langweiliger werden.

von Kortzfleisch

Außer den ökonomischen gibt es auch technische, gesellschaftliche, ethische und weltanschauliche Werte. Es wird sicher möglich sein, mit Hilfe von noch zu entwickelnden Forschungsmethoden die Dynamik in diesen Werten zumindest zu erkennen und dann möglicherweise auch sinnvoll zu beeinflussen. Die ökonomischen Werte, also die Wunschvorstellungen, das, was Herr Haseloff grenzenloses Begehren genannt hat, sind eine Resultante aus dem, was gesellschaftlich, ethisch und auch weltanschaulich als wert und unwert gilt. Diese Maßstäbe verändern sich von einer Generation zur anderen, im Augenblick sogar sehr schnell.

Bombach

Es- ist selbstverständlich, Herr von Kortzfleisch, daß die Werte sich verändern. Wenn die Menschen am Existenzminimum leben, ist materieller Wohlstand die vordringliche Zielsetzung. Dann werden gewisse Umweltschäden akzeptiert. Wenn der Lebensstandard sehr hoch ist, ändern sich die ökonomischen Konstellationen.

Siebker

Herr Vogel hat davon gesprochen, daß eine Umverteilung nur auf revolutionärem Wege zu erreichen sei.

Vogel

Bei Nullwachstum!

Siebker

Selbst bei Nullwachstum halte ich das nicht für zwingend. Man könnte zum Beispiel das Vererben materieller Güter ausschließen, ohne aber das Privateigentum aufzuheben. Dann würde eine ständige Umverteilung nach Leistung auch ohne Revolution stattfinden. Ich glaube sogar, daß die Menschen sich dabei nicht unglücklicher fühlen würden. Denn das Erfolgserlebnis, das Herr von Kortzfleisch erwähnte, ist wichtiger als die Freude am materiellen Besitz.

Ich habe in beiden Referaten irgendwelche Leitvorstellungen vermißt. Wenn man etwa die Leitvorstellung des christlichen Abendlandes, so wie sie sich heute zeigt, in eine konkrete Symbolik fassen wollte, dann ist es nicht das Lamm, das angebetet wird, sondern der Haifisch. Hier bedarf es einer neuen Leitvorstellung, die sich vor allem im Erziehungswesen und in der Publizistik niederschlagen müßte.

Blum

Bei der Frage der Zielformulierung geht es um unsere Vorstellung vom gesunden Menschen. Dabei dürfen wir den Begriff Gesundheit nicht auf das körperliche Befinden beschränken, sondern müssen auch psychologische Faktoren mitberücksichtigen.

Ein Beispiel zum Begriff Sicherheit kann ich aus meinen Untersuchungen in einer englischen Firma anführen. Dort hatte man die Sicherheitsbedingungen für die Arbeiter erhöht. Diese reagierten darauf unterschiedlich. Die eine Gruppe kompensierte dabei die Unzufriedenheit mit ihrem ganzen Leben. Das waren Menschen, die gewissermaßen psychologisch erstarrt sind. Eine andere Gruppe dagegen nutzte die neue Sicherheit, um sich weiterzuentwickeln und damit die persönliche Freiheit und Mitgestaltung, aber auch die Zufriedenheit und Selbsterfüllung zu erhöhen. Man braucht also weitere Kriterien, um diese Begriffe für die Zielsetzung der Qualität des Lebens näher zu bestimmen.

Die Wissenschaft ist heute in der Lage, eine Vorstellung des gesunden Menschen zu erarbeiten, die universale Geltung hat. Das setzt aber voraus, daß man einen Begriff wie Erfolg kritisch untersucht. Das, was heute einen Durchschnittsamerikaner als Erfolg befriedigt, ist weit entfernt von Erfolg im Sinne wahrer Selbsterfüllung. Das hat Konsequenzen für die Formulierung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen.

Herr Haseloff sagt, die substantielle Rationalität - und um die handelt es sich, wenn wir von Gesundheit sprechen - sei bei den jungen Menschen heute sehr niedrig. Ich bestreite das nicht; aber um objektiv zu sein, muß man sagen, daß das eine Reaktion ist auf den Mangel an substantieller Rationalität bei der älteren Generation. Wenn wir diesen Zusammenhang nicht sehen, können wir den jungen Menschen nicht helfen, sich zu einer wahren Selbsterfüllung durchzukämpfen, statt nur den gegenwärtigen Zustand kompensatorisch zu verneinen.

Mestmäcker

Sie sagen, Herr Blum, es sei heute möglich, eine Vorstellung des gesunden Menschen als Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu entwickeln. Dazu möchte ich nur zwei Hinweise geben: In der frühen Aufklärung waren viele berühmt gewordene Sozialwissenschaftler von Haus aus Mediziner. Das ist kein Zufall. Die Vorstellung vom gesunden Menschen und von der gesunden Gesellschaft als Ziel der Befreiung des Menschen hat die erste Aufklärung bis in die Einzelheiten hinein bestimmt. Ich will unsere Diskussion jetzt nicht in den Kategorien des 18. Jahrhunderts auffächern. Dann würde sich zeigen, daß wir dabei sind, viele der Probleme der politischen Ökonomie zu reproduzieren, nur mit einer anderen Terminologie.

Eine englische Anthropologin - das ist der zweite Hinweis;- , die sich speziell mit Umweltschutzfragen beschäftigt, hat sich im Kongo bei zwei Stämmen, die zu beiden Seiten eines Flusses lebten, jeweils für ein Jahr aufgehalten. Bei dem einen Stamm galten drei bestimmte Monate des Jahres als gesundheitsgefährdend für harte Arbeit. Bei dem anderen Stamm wurden dieselben drei Monate als die Zeit angesehen, in der man arbeiten mußte. Obwohl diese Stämme nur wenige Kilometer voneinander entfernt wohnten, wurde auf der einen Seite das Nichtarbeiten, auf der anderen Seite das Arbeiten zur selben Zeit mit Hilfe von Tabus erzwungen. Die Vorstellung von Gesundheit in einer

Gesellschaft ist immer zugleich ein gesellschaftliches Werturteil, Herr Blum. So wenig sich bestimmte wirtschaftspolitische Ziele als von der Natur vorherbestimmt erweisen lassen, so wenig lassen sich die Qualität des Lebens oder die Gesundheit als "natürliche" Ziele einer Gesellschaftspolitik begründen.

Narjes

Ich bin nicht davon überzeugt, daß die Gründe, die Herr Vogel vorgetragen hat, ausreichen, um den Selbststeuerungsprozeß der Wirtschaft generell für ungeeignet zu erklären, die Probleme, die sich heute zeigen, zu lösen. Es lassen sich dafür auch systemkonforme Lösungen finden.

Weiter frage ich mich, ob die Steuerung ethischer Wertvorstellungen Aufgabe des Staates sein kann. Hier besteht eine klare Grenze, die auch dadurch nicht umgangen werden sollte, daß der Staat vorgeblich nur das sogenannte Zeitbewußtsein steuert. Damit billigt man ihm indirekt eine Rolle zu, die ihm nicht zusteht.

Stehen bei der Erörterung über den Inhalt der unbestimmten Lebensqualität die Grundrechte überhaupt zur Diskussion? Sind nicht vielmehr intakte rechtsstaatlich abgesicherte Grundrechte die Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat, wie ihn auch Herr Vogel als Vorbedingung für die Verwirklichung seiner Maßnahmen genannt hat?

Schließlich: Wird die Chance der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Bürgers nicht dadurch vermindert, daß wir immer mehr Entscheidungen politisieren? Das heißt, wir verlagern Zuständigkeiten vom Bürger auf die Gemeinschaft und weisen dem Staat alles mögliche an Ressourcen zu, damit er diese Entscheidungen treffen kann. Befindet sich derjenige, der eine ständig stärkere Rolle des Staates fordert, nicht im Widerspruch mit seinem eigenen Ziel der Selbstverwirklichung des Menschen?

Bombach

Sie stellen die Gretchenfrage, Herr Narjes: Sollen wir den Standpunkt der neoklassischen Theorie beziehen und sagen, die Menschen werden mit einer bestimmten Präferenzfunktion geboren, und es ist Aufgabe des Wirtschaftsprozesses, innerhalb dieser Funktion das Optimum zu finden? Oder ist es die Aufgabe des Staates, die Menschen zu einer vernünftigen Präferenzfunktion zu erziehen?

Jochimsen

Wir wissen, Herr Bombach, daß die individuellen Präferenzen im gesellschaftlichen Prozess beeinflusst, wenn nicht sogar produziert und reproduziert werden. Es gibt Verantwortlichkeiten, die an Ethische grenzen; das wird man nicht leugnen können, Herr Narjes. Daraus kann man allerdings nicht im Umkehrschluß folgern, daß dieses nun staatliche Verantwortung ist und positiv gesetzt und gestaltet wird. Das scheint mir eine Konsequenz aus unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu sein.

Bei der Grundrechtsproblematik, die Sie ansprechen, geht es ja nicht nur um das subjektive öffentliche Recht des einzelnen, von Eingriffen des Staates frei zu sein. Vielmehr verbirgt sich dahinter nach der heutigen politischen und verfassungsrechtlichen Einsicht das Recht der Leistungsverbürgung. Wir kennen das etwa aus dem Numerus-clausus-Urteil in bezug auf Artikel 12 des Grundgesetzes: Freiheit der Berufswahl, Freiheit der Ausbildungsstätten. Dort wird gerade verlangt, daß der Staat bestimmte Leistungen zu erbringen hat, wozu er in die Lage versetzt sein muß.

Mestmäcker

Die Indikatoren der Qualität des Lebens, wie Freiheit, Sicherheit und Gesundheit, waren ursprünglich individuelle Freiheitsrechte. In diesem Zusammenhang stellt sich meiner Meinung nach die entscheidende Frage: Wenn wir jedem einzelnen das Recht zubilligen, unterschiedliche Vorstellungen davon zu haben, was die Qualität seines Lebens ausmacht, wie können wir dann das gesellschaftliche Minimum gewährleisten, das allen ein begrenztes Maß an Verwirklichung persönlicher Vorstellungen gestattet?

Die elementarste Voraussetzung dafür ist immer noch die etwa von Kant entwickelte Idee des Rechtsstaates. Es gibt keine andere Möglichkeit, Bedingungen zu gewährleisten, unter denen die Vorstellungen jedes einzelnen von der vernünftigen, richtigen, gesunden Lebensweise mit denen der anderen Menschen vereinbar gemacht werden können, als allgemeine Regeln zu entwickeln, unter denen erwartet werden kann, daß ein Höchstmaß an Kompatibilität erreicht wird, ohne daß von der Gesellschaft aus positive Ziele vorgegeben werden.

Das kann aber nur der Ausgangspunkt sein. Wenn etwa festgestellt wird, daß ein bestimmter Grad an Motorisierung in der Frankfurter Innenstadt bei Säuglingen Vergiftungserscheinungen hervorruft, wenn sie dort 50 Zentimeter über dem Boden gefahren werden, dann betrifft das offenbar in elementarer Weise die Unversehrtheit der Gesundheit. Damit ist aber die Frage nicht beantwortet, wie dieses Problem zu lösen ist. Wie können wir Bedingungen schaffen, unter denen die alle betreffenden Probleme des Umweltschutzes gelöst werden, ohne die individuellen Freiheitsrechte aufzuheben?

Jochimsen

Herr Haseloff hat auf die Zahl der Krankenhausbetten je 1000 Einwohner hingewiesen und in Frage gestellt, daß damit ohne weiteres eine Verbesserung der Qualität des Lebens im Sinne der Steigerung des Gesundheitszustand es verbunden ist.

Zur Zeit haben wir zweifelsohne noch eine Krankenhaus-Unterversorgung. Wir dürfen aber über den Ausbau des Krankenhauswesens die Fragen einer Reform des Krankenversicherungssystems, der Ärzteausbildung und des Systems der ärztlichen Honorierung nicht vernachlässigen.

Der Anteil des realen Sozialprodukts, der sich auf Gesundheitsleistungen bezieht, steigt innerhalb der nächsten 15 Jahre von 3,5 Prozent auf über 6 Prozent, wenn die institutioneilen Bedingungen, unter denen Gesundheitsleistungen verkauft werden, unverändert bleiben. Diese institutionellen Voraussetzungen in der Bundesrepublik - denken Sie etwa an die sehr lange Verweildauer in den Krankenhäusern, die doppelt so hoch wie in den USA ist - zwingen dazu, weiter Krankenhäuser zu bauen. Dabei muß man sich fragen, ob nicht Überlegungen in einer ganz anderen Richtung anzustellen wären.

Dies ist keine Frage einfacher Rezepte. Es bedeutet nur, daß die Isolierung einzelner, sehr wirkungsvoller Kennziffern die Zieldiskussion enorm beflügelt zumal der internationale Vergleich rasch bei der Hand ist; es gibt immer jemanden, der noch weiter vorn liegt.

Ich arbeite jetzt in einem Bereich, in dem um eine ähnliche Kennziffer genauso hart gerungen wird, nämlich um die Schüler-Lehrer-Relation. Das ist eine statistische Größe, die sich ex post feststellen läßt, indem man die Zahl der Schüler durch die Zahl der Lehrer teilt. Ob das aber eine relevante Planungsgröße über 5, 10, 15 Jahre ist, muß ich nachdrücklich in Frage stellen. Wird es zum Beispiel in Zukunft überhaupt noch Klassen geben? Wie steht es um die Lerndeputate? Wieweit müssen die Lehrer sich fortbilden? Wie verhält es sich mit den Arbeitszeitverkürzungen für Lehrer? Dabei spielen auch die Bildungstechnologie, also die Innovationsmöglichkeiten und weitere Größen eine Rolle.

Mit isolierten Kennziffern kommen wir also nicht weiter. Vielmehr muß man versuchen, für die einzelnen Bereiche ein Netz zusammenhängender, der wissenschaftlichen Erklärung zugänglicher Größen aufzustellen, ohne dabei in den Fehler zu verfallen, diese Größen wiederum starr und flexibel zu handhaben. Bei der Ausdehnung der Planungshorizonte würde das zu einer Zementierung führen, wie wir sie beispielsweise gerade bei den Zielsetzungen des Autobahnbaus schmerzlich erleben. Wenn die Pläne infolge neuer gesellschaftlicher Zielsetzungen revidiert werden müssen, dann führt das - auch aus anderen Gründen - zu einer Verlängerung der Ausbaueiten. Wäre hier nicht eine sektorale Planung sinnvoller, die von der Erreichbarkeit eines Autobahnanschlusses in X km Wohnungsdistanz ausgeht?

Es besteht heute die Aufgabe, das Sozialprodukt stärker in seine strukturellen Komponenten - Bruttobilanzen, Nettobilanzen - zu zerlegen und einen differenzierteren Apparat zu schaffen, als wir ihn bisher zur Verfügung haben. Das erhöht auch die Anforderungen an die Politiker. Denn der Rückgriff auf einfache Zielgrößen, für die ein Konsens immer verhältnismäßig leicht erzielt werden kann, ist dann nicht mehr möglich. Auf der anderen Seite haben wir es mit einer Bevölkerung zu tun, deren Problembewußtsein viel aufgeschlossener ist, so daß wir nicht auf die einfachen Rezepte zurückzufallen brauchen.

Bombach

Zweifellos ist jeder Indikator ein Problem für sich, Herr Jochimsen. Da stellt sich meine Frage erneut: Sollen wir den Input oder den Output messen? Wir messen meist nur die Inputs, zum Beispiel Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner. Das ist aber weder für die Statistik noch für die Planung eine sinnvolle Meßgröße.

Die Ökonomen kennen das Saysche Gesetz, nach dem sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schafft. Das gilt insbesondere für Hospitalbetten. Ob Sie große oder kleine Krankenhäuser bauen: Die sind immer gerade besetzt; denn die Ärzte passen die Verweildauer an. Lassen Sie mich ein anderes Beispiel aus den Vereinigten Staaten anführen: Der eine Staat bezahlt die Chirurgen nach der Zahl

der Operationen und der Nachbarstaat mit einer flat rate. Da, wo die Zahl der Operationen als Grundlage dient, wird viel mehr operiert, obwohl der Gesundheitszustand der Bevölkerung in beiden Staaten genau gleich ist.

Heigert

Da gibt es weitere Beispiele. Wir haben in München eine Überkapazität an Krankenhausbetten für Kinder. Da die Kinderkrankheiten zurückgegangen sind, können die Ärzte die Aufenthaltsdauer verlängern soviel sie wollen: Es gibt immer zu viele Kinderbetten.

Bombach

Das gleiche Problem stellt sich im Bildungswesen: Sollen wir messen, wer auf einer Universität anwesend ist, oder wer etwas lernt? Wie sie wissen, weicht das zum Teil voneinander ab.

Jochimsen

Ich würde meine Position so präzisieren: Wir müssen die Inputmessung ausdehnen, schon wegen der rationellen Kontrolle der Mittel, die im staatlichen Bereich eingesetzt werden, und wir müssen gleichzeitig die Outputmessung ausbauen. Ich sehe da keine Alternative.

Altmann

Alle Fragen der Qualität des Lebens betreffen im Grunde den materiellen Wohlstand. Wird damit nicht eine weitere Leistungssteigerung der Gesellschaft vorausgesetzt; denn die materiellen Mittel, die eingesetzt werden müssen, um die höhere Qualität des Lebens zu erreichen, erfordern einen erheblich stärkeren Wachstumsprozeß. Ich frage mich auch, ob die Maßnahmen, die Herr Vogel andeutet, nicht eine noch straffere Organisation der Gesellschaft und noch mehr Manipulation verlangen. Damit verringert sich die Transparenz der Politik weiter. Das stellt sicher unsere Auffassung von gesellschaftlicher Ordnung in Frage. Diese Konsequenzen sollte man nicht verschweigen; sonst besteht die Gefahr, daß die Menschen frustriert und enttäuscht werden, wie Herr Haseloff sagte.

Verbirgt sich hinter den politischen Zielsetzungen nicht allmählich die mangelnde Neigung, sie auch zu realisieren - so eine Art konkrete Utopie, die man nicht zu verwirklichen braucht, sondern nur setzt, und die als schwebend unwirksamer Ballon die Menschen fasziniert? Dann wäre Qualität des Lebens nur ein Alibi dafür, daß die Gesellschaft kaum noch in der Lage ist, sich ihre Ziele zu setzen. Diese Frage stellt sich heute generell an jede Regierung. Ist sie überhaupt noch in der Lage, eine Zielprojektion aufzustellen, die geplant, finanzpolitisch kalkuliert und politisch durchsetzbar ist? Ich erinnere daran, daß die Bildungsreform noch immer nicht finanzpolitisch verbindlich kalkuliert werden konnte, Herr Jochimsen.

Ich habe den Eindruck, daß die Politik immer kurzatmiger wird, statt langfristiger zu planen.

Graf Lambsdorff

Sie sagen, Herr Altmann, Qualität des Lebens sei zu einer Formel geworden, hinter der wir verstecken, daß wir eigentlich gar nichts tun wollen. Dieser Interpretation kann ich nicht zustimmen; denn dahinter stehen zweifellos zum Teil durchaus realistische politische Zielsetzungen. Was davon im Wege des Kompromisses durchgesetzt werden kann, müssen wir abwarten.

Recht haben Sie mit Ihrer Kritik an der kurzatmigen Politik, die wir betreiben. Wo man in diesem Getriebe überhaupt noch die Zeit und die Gelegenheit finden soll, über den Tag hinaus zu denken, weiß ich nicht. Herr Vogel hat immerhin noch persönliche Referenten, Stab, Sekretärin und Fahrer. Sehen Sie sich dagegen den einfachen Bundestagsabgeordneten an. Wie wir zu arbeiten haben, ist in meinen Augen schlicht ein Skandal. Wenn man aber dem Bund der Steuerzahler erzählt, es würden 300 Millionen DM gebraucht, um das zu ändern, dann ist das Geschrei groß. Das ist also in der Öffentlichkeit gar nicht durchzusetzen.

Daher rührt ein Teil dessen, was Sie kurzatmige Politik nennen. Eine strategische Linie ist darin nicht mehr zu finden. Es besteht keine Möglichkeit, auch nur den Zeitraum einer Legislaturperiode zu überblicken. Was danach kommt, hat kein Mensch mehr im Auge.

Binder

Richtig, Graf Lambsdorff. Wir müssen deshalb nach vorne fragen: Was kann die Marktwirtschaft für die Steigerung der Lebensqualität leisten und was nicht? Wir wissen heute, daß unkontrolliertes wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlicher Fortschritt durchaus nicht immer zusammenfallen. Ungehemmtes und unkontrolliertes wirtschaftliches Wachstum steigert zwar den Konsum und weitet die Produktionskapazitäten und Absatzmärkte aus, bewirkt aber nicht ohne weiteres auch einen sozialen Fortschritt, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, bessere Lebens- oder Arbeitsbedingungen, eine sauberere Umwelt.

Wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlicher Fortschritt können unter Umständen sogar im Widerstreit liegen. Das wird deutlich bei der Problematik, ob der Autoverkehr in den Innenstädten noch forciert oder zurückgedrängt werden soll. Wenn jedoch Politiker nach der Realisierung von Prioritäten rufen oder nach Steuerungsmechanismen fragen, die solche Prioritäten bewirken können, dann wird das sofort als Anschlag auf die unternehmerische Freiheit oder als Mißachtung ökonomischer Sachzwänge oder sogar als Angriff auf das Eigentum schlechthin ausgelegt.

Wir müssen daher fragen, was das ökonomische Prinzip nicht zu leisten vermag. Dann freilich werden wir schnell auf die Rolle der Politik zurückkommen.

Haseloff

Die Diskussion um den vieldeutigen Begriff der Lebensqualität hat zumindest den Vorteil, daß die Wirtschaftswissenschaften jetzt aufgefordert sind, ernsthaft die Sphäre des menschlichen Verhaltens mit ihren Zielhorizonten und Motivbündelungen in ihre Fragestellungen und Modellkonstruktionen miteinzubeziehen. Damit stellen sich Probleme, die manche Verlegenheit schaffen, weil sich die Nationalökonomie bisher nur sehr hypothetisch und oft naiv mit diesen Fragen auseinandergesetzt hat. Eine solche Auseinandersetzung mit den Problemen des menschlichen Verhaltens schließt Motive, Werte, Entscheidung und Konflikt ein.

Auch die Verhaltensmodelle, die dem politischen Denken und Entscheiden zugrunde liegen, sind kaum realistischer. Diese Kritik gilt sowohl für viele Verteidiger der parlamentarischen Demokratie als auch für Systemveränderer, vor allem für die politischen Utopisten, die ihre gesellschaftlichen Visionen aus Idealmodellen menschlicher Motivation ableiten und daher mit Menschen rechnen, wie sie ihrer Meinung nach sein sollten.

Allgemein kann gesagt werden: Politik und Wirtschaftstheorie werden sich mit den Fragen der menschlichen Motive und mit den Zielwerten menschlichen Verhaltens ernsthafter als bisher und unter Einbeziehung psychologischer und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse auseinanderzusetzen haben. Das ist auch für die sachgerechte Behandlung der Probleme des materiellen Wachstums wichtig. Denn bei allen Maßnahmen zur Begrenzung des materiellen Wachstums geht es um eine neue Hierarchisierung der Bedürfnisse.

Auch die Übertragung von Analogiebegriffen wie Gesundheit auf soziale und politische Fragestellungen, die vorzugsweise aufgrund ihres Stimuluswertes, ihrer emotional positiv anmutenden Gehalte empfohlen wird, bringt keine Lösungen. Schon ein Medizinstudent lernt, daß man den Begriff Gesundheit kaum semantisch präzisieren kann. Krankheit dagegen läßt sich wissenschaftlich präzisieren.

Es geht also um Operationalisierung der für die Analyse gesellschaftlicher Zustände und für die Formulierung gesellschaftlicher und politischer Ziele verwendeten Begriffe. Diese Forderung hat direkten Zusammenhang und unmittelbare Bedeutung auch für die Auswahl von Sozialindikatoren.

Diese Auswahl stellt gegenwärtig mehr eine Leistung vom Charakter willentlicher Entscheidung als eine Leistung vom Charakter des Entdeckens oder des Erkennens dar. Diese Tatsache ist deshalb problematisch, weil der Auswahl von Sozialindikatoren eine erhebliche gesellschaftspolitische Bedeutung zukommt. Nur an ihnen und mit ihrer Hilfe lassen sich diejenigen Nutzenfunktionen formulieren, die die Leistungen eines Staates für die Gesellschaft und für ihre Menschen meßbar und auch vergleichbar machen. Sie ermöglichen einen rationalen Vergleich unterschiedlicher politischer Ordnungen, Programme und Zielsetzungen.

Dabei sollte man sich aber zugleich auch über den Konfliktgehalt dieses Verfahrens klarwerden. Hier stellt sich nämlich das Problem, wer die mit der Auswahl und Gewichtung von Sozialindikatoren zugleich postulierte Hierarchisierung der Bedürfnisse, Ziele und Werte festlegt. Die modernen Verhaltenswissenschaften können dabei entscheidende Hilfen geben. Bisher ist ja die Festlegung, was die "wahren", "menschenwesentlichen", "grundlegenden" Bedürfnisse und Ziele seien, weitgehend willkürlich. Solche Entscheidungen über die Natur der menschlichen Bedürfnisse liegen im

übrigen nicht nur der modischen Systemkritik, sondern auch der appellativen Vision von der quality of life zugrunde.

Wenn es jedoch um die Durchsetzung solcher Bedürfnis- und Zielhierarchien geht, ist Macht im Spiel. Dabei kann die Realisierung von Zielfunktionen durch staatliche Maßnahmen und Programme, die sich aus der Hierarchisierung von Bedürfnissen ableiten, nicht ohne einen Konsens der Betroffenen gelingen. Es müssen genügend Menschen bereit sein, ihre persönlichen Ziele und dann auch ihr Verhalten zu ändern.

Friedrichs

Auch ich hätte große Bedenken, die Bestimmung sozialer Indikatoren den Wissenschaftlern allein zu überlassen. Vielmehr müssen jene Bevölkerungsgruppen, deren Lebensqualität durch Indikatoren beschrieben werden soll, die Möglichkeit haben, ihre Vorstellungen und Wünsche darzulegen. Indikatoren sind nur dann brauchbar, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung verstanden und akzeptiert werden. Sie müssen von Wissenschaftlern entwickelt, aber in letzter Instanz von Politikern entschieden werden.

Siebker

Herr Haseloff sagte, daß die Definition der Sozialindikatoren eine Frage des Bestimmens, ein Willensakt und keine Entdeckung sei. Das ist nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Was auch hier fehlt, ist die Transparenz. Welche Motivation bringt die Menschen dazu, gewisse Bedürfnisse zu äußern und wachsende materielle Ansprüche zu stellen?

Dabei sollte man zwischen elementaren und künstlich hervorgerufenen Bedürfnissen unterscheiden. Daß Geld und auch Gesundheit nur instrumental sind, Herr Haseloff, bestreite ich. Geld und jede Art von Besitzanhäufung haben eine irrationale Wurzel, nämlich den Wunsch nach Selbstbestätigung. Es kommt darauf an, eine andere Form der Selbstbestätigung als die heute vorherrschende zu finden. Man kann nicht von vornherein aus dem, wie die Dinge sich heute zeigen, Schlußfolgerungen für die Zukunft ziehen. Der Mensch muß nicht immer so sein, wie er heute ist.

Rieger

Unsere Debatte hier ist ein Spiegelbild der Diskussion, die wir in der Öffentlichkeit seit längerem beobachten können. Dabei sieht es so aus, als gäbe es eine Liebeshochzeit zwischen Wissenschaft und Politik. Jeder möchte dem Kind, das daraus entsteht, seine Eigenschaften mitgeben, um sie für seine Zwecke nutzen oder mißbrauchen zu können. Das Kind dieser Liebesheirat ist offensichtlich der Sozialindikator. Man sucht nach Meßwerten und -instrumenten, mit denen gesellschaftliche Probleme zunächst quantifiziert und dann auch gelöst werden können.

Der Wissenschaftler findet hier erstmals in größerem Umfang einen Zugang zur Macht, und der Politiker sieht in seiner Ratlosigkeit einen Weg, sich zu rechtfertigen, wenn er auf die wissenschaftlichen Instrumente zurückgreift. Aber beide verhalten sich systemimmanent. Die Grundwerte, auf die man sich dabei bezieht, sind sicher nicht so neu. Es gibt keinen archimedischen Punkt außerhalb der Gesellschaft, an dem man die Sozialindikatoren orientieren kann.

Ich sehe nun die Gefahr, daß durch die Sozialindikatoren einige Konflikte in der Gesellschaft verschleiert werden. Bei dem Versuch, qualitative Tatbestände zu quantifizieren, sollte man das dahinterstehende politische Problem deutlicher machen. Der erste Konflikt besteht in dem Anspruch der späten Aufklärer des Rationalismus, durch das Aufstellen solcher Sozialindikatoren die Angst zu vertreiben. Das kann ins Auge gehen. In dem OECD-Bericht "Science, Growth, and the Society", dem HarveyBrooks-Report, ist an einer Stelle die Rede davon: Wenn die Wissenschaft auf diesem Wege weitergeht, schlägt ihr der Pöbel ins Gesicht. Dann kommen die Bilderstürmer in die Kathedralen der Wissenschaft. Sie entziehen den Wissenschaftlern den Boden, weil sie das Gefühl haben, die verschlimmerten unser Leben noch. Der Versuch der Rationalisierung kann also genau ins Gegenteil umschlagen.

Dieser Konflikt wird durch zu universale Denkansätze verdeckt. Solange man Einzelprobleme in Dollars quantifiziert und daraus eine bestimmte Entwicklung ableitet, mag das ein brauchbares Instrument sein. Wenn man aber alles zusammenpackt, dann wird daraus ein technokratisches Modell, das nur eine andere Form von Konservatismus ist, der in dieser Weise wohl nicht mehr existenzfähig ist.

Unabhängig davon könnte natürlich das konservative Denken als solches eine Möglichkeit der Selbsterhaltung sein.

Für noch gefährlicher halte ich die Verschleierung des Konflikts um die Ausübung von Macht. Die Ergebnisse solcher Berechnungen werden von Personen angewendet, die Machtfunktionen ausüben. Dabei geht es um die Situation, in der Entscheidungen getroffen werden, um die Frage der checks and balances, das heißt der Kontrollen in unserem Regierungssystem, und schließlich um die Interpretation der Probleme.

Dabei stellt sich erstens die Frage: Wer setzt die Forschungsprioritäten? Innerhalb der Wissenschaft bestehen zum Teil große Vorbehalte, eine Ehe mit der Politik einzugehen. Prof. Speer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat kürzlich gesagt: "Wir sind dazu gar nicht so bereit."

Wie lassen sich zweitens die wissenschaftlichen Ergebnisse in politische Willensbildung, in parteipolitische Entscheidungen umsetzen? Auch hier gibt es einen Kampf um die Macht. Wer verwendet die Sozialindikatoren in der politischen Auseinandersetzung?

Schießlich stellt sich im Bereich der Presse, der Medien-, Meinungs- und Informationsträger die Frage, ob mit bestimmten Sozialindikatoren, die ein scheinbar widerspruchsfreies Weltmodell darstellen, nicht verschleiert wird, daß wir hierbei nur auf Krücken in eine viel größere Unwirklichkeit hineingehen.

Blum

Es wurde gesagt, alle Werturteile seien gesellschaftlich bedingt; es gäbe keinen archimedischen Punkt außerhalb der Gesellschaft. Dann würde es auch keine Entwicklungsgesetze des menschlichen Bewußtseins geben. Das bestreite ich; denn in vielen Forschungen werden solche Entwicklungsgesetze in ihren Grundsätzen dargelegt.

Von einem wahren Menschenbild und von Selbsterfüllung kann man nur sprechen, wenn es etwas Wahres gibt, das über eine bestimmte Gesellschaft oder einen Teil der Gesellschaft hinaus gültig ist. Die relativistische Einstellung zu den Werten hat auch zur Folge, daß sich Unternehmer, Gewerkschafter oder Arbeitnehmer jeweils in ihrer eigenen Welt mit gutem Gewissen bewegen. Über diesen beschränkten Standpunkt müssen wir heute hinausgehen und uns weiterentwickeln, um ein größeres Verständnis füreinander zu erlangen.

Von der Position eines reinen Wertrelativismus läßt sich auch nichts über die Beziehung von Politik und Ethik aussagen. Herr Haseloff hat behauptet, man könne nur Krankheit wissenschaftlich untersuchen, nicht aber Gesundheit. Eine solche Wissenschaft enthält das Werturteil, daß Gesundheit mit der Abwesenheit von Krankheit gleichzusetzen ist. Es wurde jedoch in vielen Untersuchungen nachgewiesen, daß dem nicht so ist.

Bei der Frage: Wer bestimmt über die Werte? stehe ich allerdings auf der Seite derjenigen, die sich gegen einen universal-absoluten Anspruch stellen. Denn das impliziert immer, wir wüßten, was absolut wahr ist, und seien deshalb berechtigt, es als universal und absolut Gültiges anderen Menschen aufzuzwingen.

Wenn ich jedoch von einem wahren Menschenbild spreche, dann handelt es sich nicht darum, daß einer die Wahrheit für sich in Beschlag nimmt und etwas als universal ausgibt, sondern es geht darum, daß man durch Tiefenforschungen das den Menschen Allgemeine und in diesem Sinne Universale findet. Das kann man dann mit bestimmten geschichtlichen und gesellschaftlich bedingten Lagen in Beziehung setzen und dadurch sich selbst und seine eigene gesellschaftliche Situation besser verstehen. Dadurch kann die Verbindung zum Allgemeinmenschlichen hergestellt werden. Das schafft meiner Ansicht nach die dynamische Kraft, die wir benötigen, um aus der Sackgasse, in der wir uns heute befinden, herauszukommen.

Meyer-Abich

Herr Vogel hat gefordert, daß der Begriff der Lebensqualität operationalisiert werden müsse, wenn man ihn zum Inhalt konkreter Politik machen wolle.

Dazu habe die Wissenschaft bisher nicht viel beigetragen.

Einen Grund für dieses Mißverhältnis von Wissenschaft und Politik sehe ich darin, daß die Struktur der Wissenschaften an den Universitäten nicht den tatsächlichen Problemen in der Realität entspricht. Die meisten Probleme sind interdisziplinär und nicht rein physikalisch oder rein ökonomisch. Das zeigt sich bei sämtlichen Sozialindikatoren, die Herr Vogel genannt hat. So ist zum Beispiel Gesundheit nicht nur ein Problem für die Mediziner, wie Herr Blum sagte.

Meine Frage an Herrn Vogel: Was wollen Sie von der Wissenschaft eigentlich wissen? Nehmen wir die Gesundheit. Es ist offenbar nicht viel damit getan, wenn jemand auf irgendeine Weise begründet,

wieviele Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner vorhanden sein sollten; denn die Vermehrung der Krankenhausbetten ist nur ein Kurieren am Symptom. Dem entsprechen im Bereich des Umweltschutzes die Kläranlagen oder die Filter an Schornsteinen.

Die eigentlichen Probleme sind sozialmedizinischer Natur, sie liegen im Bereich der Vorsorge. So treten gewisse Krebsarten vor allem in Oberschichten auf, andere häufiger in den Unterschichten. Solche Fragen sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Wie sollen die Antworten lauten, mit denen Sie etwas anfangen können?

Wir sollten noch auf die Kosten zu sprechen kommen, die mit der Forderung nach höherer Lebensqualität verbunden sind. Wir wollen also ein qualitativ höheres Wachstum erreichen als bisher. Selbstverständlich entstehen dadurch in gewissen Bereichen Kosten. Aber dieses Argument darf man nicht überziehen. So liegen beispielsweise Verteuerungen für umweltgerechte Produkte nach Untersuchungen im allgemeinen zwischen zwei und acht, höchstens zehn Prozent.

Jochimsen

Teilweise werden die Produkte sogar billiger.

Meyer-Abich

Das sind allerdings die seltenen Glücksfälle. Jedenfalls können wir oft davon ausgehen, daß die Kosten für die Vermeidung von Umweltbelastungen erheblich weniger spürbar sein werden als zum Beispiel die derzeitige Geldentwertung.

Für die Entwicklung umweltgerechter Technik sind bisher jedoch keine incentives vorhanden. Wenn erst einmal das Interesse an diesen Dingen wach wird und neue technische Möglichkeiten in Erwartung einer Umweltschutzgesetzgebung auch wirtschaftlich interessant werden, dann werden auf einmal alle möglichen Erfindungen gemacht, siehe den Spaltvergaser von Siemens.

Graf Lambsdorff

Was wir Politiker bisher von der Wissenschaft an Hilfe bekommen, Herr Meyer-Abich, ist nach meiner Erfahrung bescheiden. So heißt es in einer Empfehlung des Rheinisch-Westfälischen Konjunkturforschungsinstitutes in der letzten Woche, wir sollten die DM aufwerten. Von Außenpolitik, von Vertrag einhalten haben die offensichtlich noch nie etwas gehört. Wir bekommen oft genug Anregungen dieser Art, mit denen wir nichts anfangen können.

Ich habe gerade der Klausurtagung des Bundesfinanzministers mit einigen Mitgliedern des Sachverständigenrates beigewohnt. Es war erstaunlich, wie dort argumentiert wurde. Die Voraussetzungen, unter denen wir Politiker zu arbeiten haben, werden einfach nicht zur Kenntnis genommen, weil man die Verbindung zwischen der wissenschaftlichen Erkenntnis und dem, was praktisch möglich ist, entweder nicht sehen will oder nicht sehen kann.

Herr Rieger sagte, ein Teil der Wissenschaftler lehne die Ehe mit der Politik ab. Das ist ein Standpunkt. Dann bleibe ich im Elfenbeinturm und produziere aus demselben. Wenn ich aber dort herauskommen will, muß die Bereitschaft vorhanden sein, auch auf die andere Seite einzugehen. Das gilt natürlich genauso für uns Politiker.

Vogel

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß ich nicht als Wissenschaftler zu Ihnen gekommen bin, sondern als ein Praktiker, der seine Erfahrungen zwölf Jahre lang in einer Großstadt gesammelt hat und jetzt vor der Notwendigkeit steht, in einem Teilsektor des Bundes zu handeln. Das ist mein Zugang zu diesem Thema.

Gibt es heute für die tägliche Wohlfahrt der Menschen in den entwickelten Industrienationen und vor allem in der Bundesrepublik ernsthafte Schäden und drohende Gefahren? In keinem Diskussionsbeitrag wurde diese Frage verneint. Es ist auch deutlich geworden, daß die Gefahren und Schäden in einigen Bereichen bereits erheblich über ein landläufiges Maß hinausgehen.

Ich nenne noch einmal die Stichworte: Zersiedlung der Landschaft, Überlastung der Natur und der Naturreserven, Übermotorisierung vor allem in den Innenbereichen der Städte, Verödung ganzer Landstriche auf der einen Seite und Überverdichtung auf der anderen Seite. Das ist ein unvollständiger, aber doch die wesentlichen Punkte umfassender Katalog. Wie sich die Dinge in Zukunft gestalten werden, wenn wir sie einfach laufen lassen, das zeigen uns vor allem die großen Verdichtungsgebiete in den Vereinigten Staaten.

Ist für diese Schäden der gegenwärtige ökonomische Mechanismus ursächlich, insbesondere das überall praktizierte System der Zuwachsratenmaximierung, bei der diejenigen Zuwachsraten den Vorrang erhalten, die den höchsten Ertrag liefern? Ist also für diese Mängel ein System verantwortlich, das die Ressourcen - Kapital, Arbeit und auch Grundstücke - in erster Linie auf jene Produktion und Tätigkeiten lenkt, bei denen der höchste Zuwachs mit dem geringsten Aufwand zu erwarten ist? Auch das wurde in der Diskussion nicht ernsthaft bestritten.

Zweifellos stellt die Entwicklung des Bruttosozialproduktes heute immer noch die Meßlatte für den Erfolg eines Landes dar. In diesem Punkt unterscheiden sich die Parteien kaum, wenn sie ihre Erfolgsbilanzen vor den Wahlen vorlegen. Ein besonders drastisches Beispiel dafür zeigte der letzte Wahlkampf in Frankreich, wo die Regierungskoalition die Zuwachsrate des Sozialproduktes geradezu als eine magische Zahl gebrauchte.

Ich habe auch keinen Widerspruch dagegen gehört, daß wir folgerichtig zu einer Differenzierung des Wachstums kommen müssen. Dabei sagt niemand, der ernstgenommen werden will, es dürfe überhaupt kein Wachstum mehr geben. Manche Aktivitäten setzen ein vernünftiges, manchmal sogar ein forciertes Wachstum voraus. Auf die Gefahr hin, bald als eine Art Missionar oder Apostel zu erscheinen: Ich bin der Meinung, daß bei vernünftigen öffentlichen Prioritäten das Wachstum im Bereich der Nahverkehrsmittel wesentlich forciert werden sollte. Es geht darum, unerwünschtes Wachstum zu dämmen und erwünschtes zu fördern.

Bei Herrn Narjes klang durch, ob sich das nicht alles von selber reguliere. Wenn nur die Mißstände groß genug werden, würden die Selbstheilungskräfte einsetzen.

Narjes

So habe ich es nicht gemeint; aber können die Maßnahmen nicht auch systemkonform sein?

Vogel

Das scheint mir ein Adjektivfetischismus zu sein.

Wir können heute nicht mehr warten, bis die Herausforderungen die Unerträglichkeiten so weit steigern, daß dann ein Zwang zum Handeln notwendig wird. Das war vielleicht im 19. Jahrhundert möglich. Heute sind die Reizschwellen so niedrig, daß ein Vertrauen auf diesen Automatismus wahrscheinlich chaotische Folgen hätte. Ich gebe nur ein Beispiel: Die Zahl der Arbeitslosen, die diese Gesellschaft über eine geraume Zeit verkraften könnte, liegt sicherlich deutlich unter der Zahl, mit der die Weimarer Republik über drei oder vier Jahre fertig geworden ist.

Wir brauchen also eine Steuerung, um die vorhandenen Instrumente effektiver anzuwenden, aber auch um weitere Instrumente zu scharfen. Das kann im Grunde nur die Gemeinschaft, und zwar weithin der Staat tun.

Nun sagen Sie, Herr Narjes, das laufe auf eine übermäßige Einschaltung des Staates hinaus. Ich darf mich hier auf einen unverdächtigen Zeugen berufen und Ihnen das folgende Zitat vorlesen:

"Einer der typischen Züge, die unsere Zeit kennzeichnet, ist die Vergesellschaftung der Beziehungen im Zusammenleben, die verschiedene Lebenserscheinungen und Organisationen und Unternehmungen begleitet, und ihre rechtliche Institutionalisierung. Die Tatsache hat ihre nährenden Quellen in vielerlei Faktoren, die geschichtlich sind. Zu rechnen sind dazu zum Beispiel der wissenschaftliche und technische Fortschritt, die gesteigerte wirtschaftliche Ergiebigkeit, ein höherer Lebensstandard der Bürger.

Die Vergesellschaftung ist zugleich Widerschein und Ursache für das zunehmende Eingreifen der staatlichen Gewalt auch in intimste Bereiche, zum Beispiel die der Gesundheitspflege, des Unterrichts und der Erziehung der jungen Generation, die Berufsberatung, die Methoden der Heilung und Wiedereingliederung der Behinderten. Aber sie ist auch Ergebnis und Ausdruck eines fast unwiderstehlichen natürlichen Strebens der Menschenwesen, des Strebens, sich zusammenzuschließen zur Erreichung von Zielen, die die Möglichkeiten und die Mittel übersteigen, über die die einzelnen Individuen verfügen können. Ein solches Streben hat vor allem in diesem letzten Jahrzehnt eine reiche Vielfalt von Gruppen, Bewegungen, Vereinigungen, Einrichtungen ins Leben gerufen.

Es ist einleuchtend, daß die Vergesellschaftung, so verstanden, viele Vorteile bringt. Sie ermöglicht in der Tat die Befriedigung vielfacher Rechte der Personen, besonders der sogenannten wirtschaftlich sozialen, zum Beispiel des Rechtes auf die für den menschlichen Unterhalt unentbehrlichen Mittel, auf Gesundheitspflege, auf höheren Grundunterricht, auf eine angemessene Ausbildung, auf Wohnung,

auf Arbeit, auf Freizeit, auf Erholung. Außerdem ist durch die immer vollkommenere Organisation der modernen Nachrichtenmittel den einzelnen Personen die Möglichkeit gegeben, an dem, was auf Weltebene im menschlichen Leben geschieht, teilzunehmen".

Das ist wohl eine klassische Formulierung des Vorgangs der Vergesellschaftung. Ihr Urheber ist Papst Johannes XXIII. Der Text entstammt der Sozialenzyklika Mater et Magistra. Es gibt keinen unverfänglichen Zeugen dafür, daß die vorgenannten Probleme, Gefahren und Schäden nur von der Gemeinschaft gelöst werden können. Das wirft selbstverständlich Fragen der Machtkontrolle und auch das Problem auf, inwieweit sich diese Dinge auf subsidiäre Gemeinschaften delegieren lassen.

Narjes

Das ist keine systemkonforme Lösung.

Vogel

Ich sehe keinen Nutzen darin, Herr Narjes, wenn wir uns über die Grenzen der politischen Parteien hinweg dauernd mit diesem Adjektiv bombardieren. Es kommt doch darauf an, das Nützliche und Notwendige zu tun. Die Frage, welches Adjektiv die nützliche und notwendige Maßnahme dann bekommt, ist eine cura posterior.

Narjes

Wo liegen die Grenzen?

Vogel

Ich halte den Streit darüber, ob das, was Johannes XXIII. gesagt hat, systemkonform oder systemsprengend ist, für müßig. Im Jahre 1958 würde man einem Sozialdemokraten, der dies geschrieben hätte, wahrscheinlich entgegengehalten haben, er sei ein böser Systemsprenger. Heute wird man sagen, das ist vernünftig und liegt durchaus innerhalb des Systems. Das System ist auch unter diesen Aspekten in erheblichem Maße wandlungs- und entwicklungsfähig.

Graf Lambsdorff

Darüber gibt es keinen Streit, Herr Vogel. Aber wer entscheidet, was notwendig ist? Lassen Sie mich es boshaft formulieren: Ist das der Unterbezirksparteitag in Frankfurt?

Vogel

Die Gruppen und Gremien, die darüber zu entscheiden haben, sind in einer parlamentarischen Demokratie die vom Volke legitimierten. Wie man Ereignisse wie die in Frankfurt verhindert, wäre ein Thema, zu dem Herr Körber vielleicht andere Beteiligte und Sachverständige einladen sollte.

Bombach

Sie haben in der Bundesrepublik eine parlamentarische Demokratie. Was geschieht, wenn in einer Referendumdemokratie wie in der Schweiz viele der Möglichkeiten, die Ihnen vorschweben, sofort unterbunden werden? So wurde gestern in Zürich der Bau einer U-Bahn abgelehnt.

Vogel

Ebenso wie das Parlament kann auch das Volk bei solchen Entscheidungen irren, Herr Bombach. Ob bei den wichtigen Entscheidungen die Irrtumsquote beim Volk oder beim Parlament größer ist, dürfte eine durchaus offene Frage sein. Die Volksentscheidung hat jedenfalls für sich, daß in diesem Fall eine oberste Instanz - Sie sagen in der Schweiz "der Souverän" - entschieden hat. Das hat auch einen politischen Effekt; denn damit ist ein letztes Wort gesprochen worden.

Günthardt

Hat das Volk richtig oder falsch entschieden, und wer entscheidet, ob das richtig ist?

Vogel

Sie werden in einer Demokratie immer fragen müssen: Wer soll die Entscheidung treffen, und bei wem ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine vernünftige, von der Allgemeinheit getragene Entscheidung richtig

getroffen wird, am größten? Eine Verfassungsform, bei der Sie nur absolut richtige Entscheidungen bekommen, kenne ich nicht, selbst wenn Sie die Lösung der Probleme der Wissenschaft und den Computern anvertrauen. Dann würden meine Sorgen eher wachsen, als geringer werden.

Ich stehe in meinem Bereich täglich vor der Frage, nach welcher Leitlinie, nach welcher Orientierungslinie, nach welcher Skala von Sozialindikatoren soll entschieden werden? Im Bundesraumordnungsgesetz, das der Bundestag im Jahre 1965 verabschiedet hat, ist der Satz enthalten, das Ziel der Bundesraumordnung bestehe darin, in allen Regionen der Bundesrepublik gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Anfangs hat man als selbstverständlich unterstellt, daß diese Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen aus dem Bruttosozialprodukt pro Einwohner beziehungsweise aus dem Einkommen pro Erwerbstätigen abgelesen werden könne.

Dieser Maßstab reicht aber offenbar nicht aus. Wenn ich danach vorgehen würde, müßten gewisse Verdichtungen noch weitergetrieben werden, während man anderswo ganze Provinzen absiedeln und wieder der Natur und dem Urwald überlassen müßte. Ich benötige deshalb für das Raumordnungsprogramm eine Orientierungslinie; die braucht auch jeder Bürgermeister, wenn er einen Stadtentwicklungsplan aufstellt.

Wenn der bisher fast unangefochtene Maßstab des quantitativen Mehr nicht mehr zu vernünftigen, sondern sogar zu schädlichen Ergebnissen führt, wenn eine Erfahrungsregel sagt, daß von einem bestimmten Punkt an die Steigerung des Sozialprodukts und des Konsums die Lebensbedingungen für die Menschen meßbar und sichtbar verschlechtert - siehe New York;-, dann brauchen wir einen anderen Maßstab.

Ich bin hier nicht mit einer Patentlösung angereizt. Das, was unter Lebensqualität auch in dieser Diskussion fragend hin und her gewendet wird, liefert immerhin eine brauchbare Arbeitshypothese. Jedenfalls ist mir keine einleuchtendere deutlich gemacht worden, die umfassender als nur nach dem Bruttosozialprodukt fragt.

Es hat mich beeindruckt, was hier gegen eine zusammenfassende Quantifizierung der Sozialindikatoren gesagt wurde. Es gibt dazu einige Versuche bei den Amerikanern. Dort werden Rasenflächen mit Zuchthausjahren und die Verweildauer in Krankenhäusern mit der Wiederwahl von Parlamentariern zusammengerechnet, also ganz merkwürdige Indikatoren und Gewichtungen benutzt. Dabei kommt sicher nichts Vernünftiges heraus. Aber die Indikatoren als solche, ganz gleich, Herr Haseloff, ob man sie nun instrumental oder substantiell nennt, sind meiner Ansicht nach konstruktiv und fruchtbar.

Was wir von der Wissenschaft am dringendsten brauchen, ohne mit ihr eine Ehe einzugehen, sind für die hier aufgezählten Bereiche Grenzwerte nach unten. Solche Grenzwerte nach unten haben wir noch nicht einmal für den Sektor Umweltschutz, Herr MeyerAbich. Die Wissenschaft ist nicht in der Lage zu erklären, welche Luftbelastung mit welchen Schadstoffen tatsächlich eine Gefahr für die Gesundheit darstellt. Beim Wasser ist es ein wenig besser, aber bei der Vergiftung des Bodens im landwirtschaftlichen Bereich tappen wir wieder vollständig im Dunkeln.

Außerdem benötigen wir wissenschaftliche Untersuchungen über gewisse Bedürfnispyramiden. Da stimme ich Herrn Haseloff zu. Denn es geht darum, was wir mit unseren knappen Ressourcen zuerst und was wir später befriedigen sollen. Das kann niemals eine Totalsteuerung im Wege der Zuteilung sein. Aber es muß eine Festlegung sein, die Schäden verhindert. Dabei stört es mich nicht, daß die Summe der Bedürfnisse immer größer sein wird als das, was wir leisten können.

Wenn hier von den Kosten die Rede war, so ging es aus der Warte des Oberbürgermeisters von München darum, daß wir bisher unsere Ressourcen fehlgeleitet haben. Wir haben Dinge im Oberfluß produziert, die für ein normales tägliches Leben nicht notwendig gewesen wären, ja, die Situation für die Menschen sogar verschlechterten.

Standke

Können Sie ein Beispiel nennen?

Vogel

Wir wissen alle, daß die Verkehrsprobleme einer Großstadt nur durch den zügigen Ausbau eines Schienenverkehrsmittels gelöst werden können. Das Auto kann innerhalb kürzester Zeit das Leben einer Stadt, insbesondere in den Innenstädten, lahmlegen. Dennoch hat die Stadt München innerhalb von sieben Jahren für den Ausbau des Schienenverkehrssystems nur etwa 500 Millionen DM aufgebracht, während für die Anschaffung neuer Automobile 3,5 Milliarden DM ausgegeben wurden.

Wenn nur 10 Prozent - 350 Millionen - vom Autokonto auf das Konto Schienenverkehr umgebucht worden wären, hätte keiner auf sein Auto verzichten müssen, er würde nur dessen Lebenszeit entsprechend verlängert haben. Wir hätten aber mindestens 15 km mehr Schienenschnellverkehrswege bauen können, mit der Folge, daß eine beträchtliche Zahl von Menschen noch am Leben, nicht verstümmelt oder verletzt wäre. Hinzu kommt die durch Verkehrsstauungen verpulverte Zeit.

Ich weiß nicht, ob wir uns auf die Dauer mit einem Blutzoll von 19000 Toten, mit 500000 Verletzten und Verstümmelten schweigend abfinden wollen. Das ist zwar nur ein Teilaspekt, aber er macht deutlich, wohin die Fragen nach der Lebensqualität zielen. In diesem Volk wird Tag für Tag gegen das eine und für das andere protestiert - lange Litaneien. Aber diesen Blutzoll entrichten wir mit einer Selbstverständlichkeit, die bestürzend ist. Man kann ihn gewiss nicht auf Null senken. Wenn wir aber unsere Verkehrsprobleme in den Städten durch Umverteilung der Dringlichkeiten rechtzeitig in Angriff genommen-hätten, könnten von den 19000 Verkehrstoten des Jahres 1972 mindestens noch 5-6000 Menschen am Leben sein.

Im Grunde ist das System der Indikatoren für die Lebensqualität in unserem Grundgesetz enthalten, nämlich in den Grundrechten und Grundpflichten. Es wäre die Aufgabe, das zu verfeinern und praktikabel zu machen.

Sie fragen, Herr Haseloff, wer entscheidet? Natürlich entscheidet nicht die Wissenschaft. Entscheiden müssen diejenigen, die nach der Verfassung dazu berufen sind, und das ist auf Bundesebene der Bundestag. Damit komme ich allerdings an einen wunden Punkt, den Graf Lambsdorff eben schon angesprochen hat.

Gestatten Sie einem Parlamentsneuling eine ketzerische Bemerkung. Ich mache das jetzt ein halbes Jahr mit: Wenn man sieht und hört, womit 522 von der Verfassung mit einer hohen Verantwortung ausgestattete Männer und Frauen ihre Zeit zubringen, was dort verabschiedet und behandelt wird, welche Flut von Papier jedes vernünftige Arbeiten unmöglich macht, wenn man auf der anderen Seite erlebt, daß Fragen von dieser Bedeutung in einem solchen Kreise, wie hier, Herr Körber, viel breiter und ausführlicher besprochen werden als in irgendeinem Bundestagsausschuß, dann muß man auch diesen Punkt in die Reformüberlegungen miteinbeziehen.

Körber

Wenn Sie darauf hinweisen, Herr Vogel, daß das System der Indikatoren für die Lebensqualität in unserem Grundgesetz enthalten ist, so gehört dazu natürlich ebenso der Bereich der individuellen Freiheit, zum Beispiel auch für das Rauchen. Da der Rauchgenuß für den, der daran gewöhnt ist, ein erhöhtes Lebensgefühl vermittelt, empfindet es der Raucher leider als einen Bestandteil seiner momentanen Lebensqualität.

Wenn man bedenkt, daß einerseits die tabakverarbeitende Industrie circa 7 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes an Steuern einbringt, andererseits das Rauchen aber der Gesundheit schadet und darüber hinaus die Umwelt verpestet, dann kann man die Schwierigkeit der Aufgabe ermessen, die ein Minister hier zu lösen hat, wenn er dabei noch berücksichtigen muß, daß nach der Statistik 80 Prozent aller Selbstmörder Nichtraucher sind.

Vogel

Vielleicht sollte man den potentiellen Selbstmördern Steuerfreiheit für das Rauchen gewähren, Herr Körber.

Friedrichs

Es gibt in der Bundesrepublik zwei unterschiedliche Diskussionsansätze zur Qualität des Lebens.

Der eine wurde durch die MIT-Studie ausgelöst.

Herr Bombach hat bei anderer Gelegenheit nach den Motiven jener gefragt, die diese Studie veranlaßt haben. Der Club of Rome wurde ja von Leuten gegründet, die sehr unternehmerorientiert sind. Herr Thiemann hat auf die Befürchtung hingewiesen, daß die Rohstoffe nicht mehr ausreichen oder zu teuer werden, wenn sich auch die Entwicklungsländer Industrialisieren.

Es ist aber auch eine andere Antwort denkbar. Erstaunlicherweise war es immer selbstverständlich, daß die Arbeiter unter den übelsten Umweltbedingungen arbeiten und leben mußten. Die Diskussion über den Umweltschutz begann erst in dem Augenblick, als die Mittel- und Oberschichten erkannten, daß auch ihre Umwelt gefährdet ist. Nicht jeder Villenbesitzer kann es sich noch leisten, in

Wohngebiete auszuweichen, die sowohl verkehrsgünstig und naturschön wie auch lärmfrei und schmutzarm sind.

Eine andere Diskussion über die Qualität des Lebens begann im April 1972, als die Industriegewerkschaft Metall auf einem Internationalen Kongreß die Verbesserung der Lebensqualität zur gewerkschaftlichen Forderung erhob. Damals entwickelten Erhard Eppler, Olof Palme, Wedgewood Benn und viele andere ein sehr unterschiedliches Konzept. Es war vor allem verteilungsorientiert. Die SPD hat es später aufgegriffen.

Qualität des Lebens ist auch für die Gewerkschafter ein zugkräftiger Slogan, aber keine Leerformel. Wir haben versucht, den Begriff zu konkretisieren, indem wir ihn auf die Probleme der Bildung, des Verkehrs, der Gesundheit, der Umwelt, der regionalen Entwicklung, des qualitativen Wachstums und der Demokratisierung bezogen.

Verteilungsorientierte Qualität des Lebens erwartet vom Staat ein Mehr an öffentlichen Dienstleistungen im Sinne einer Verbesserung der Lebensqualität und der Lebenschancen für alle. Dabei soll jenen geholfen werden, die sich weder private Swimmingpools, Privatjets oder Nachhilfeunterricht für ihre Kinder leisten, noch beim Arzt dem überfüllten Wartezimmer ausweichen können.

Herr Vogel hat an einigen interessanten Beispielen gezeigt, wie er das steuern will. Dabei hat er aber ein Problem nicht erwähnt, das mir Sorgen bereitet, obwohl ich seine Thesen akzeptiere. Es ist kein Zufall, daß die Veranstaltung der IG Metall über die Qualität des Lebens als Vorläufer drei internationale Automationstagungen hatte. Damals ging es um die arbeitssparenden Wirkungen des technischen Wandels. Dabei wurde erkannt, daß sich die Einsparungseffekte nur durch hohe Wachstumsraten kompensieren lassen.

Während wir uns ursprünglich mit rein quantitativem Wachstum begnügten, betrachten wir das heute als technokratisches Konzept. Daß die Wirtschaft wachsen muß, bleibt unumstritten. Die Frage lautet jedoch: Wohin soll die Wirtschaft wachsen? Deshalb sprechen wir auch vom qualitativen Wachstum.

Damit erhalten wir eine zweite wirtschaftliche Strukturkomponente. Die erste ist technischer Wandel, den wir bisher mit rein quantitativem Wachstum einigermaßen, aber keineswegs gezielt steuern konnten. Die zweite und neue Strukturkomponente des qualitativen Wachstums erfordert, daß wir, wie Herr Vogel sagte, branchenmäßig gezielt steuern, gegebenenfalls sogar verbieten. Damit stellt sich aber auch die Frage nach den betroffenen Arbeitnehmern.

Herr Vogel hat sich heute gegenüber dem Automobil sehr viel zurückhaltender geäußert als anderswo. Gehen wir einmal davon aus, es gelänge, die Lebensdauer des Automobils erheblich zu erhöhen, was ich für wünschenswert halten würde. Schließlich ist nicht einzusehen, warum Flugzeuge für 40000, Autos aber nur für etwa 3 000 Betriebsstunden konstruiert werden. Es darf aber nicht übersehen werden, daß durch ein konsumentenfreundliches Auto ein Arbeitsmarktproblem entstehen würde.

Graf Lambsdorff

Natürlich, Herr Friedrichs, alles hat seine zwei Seiten. Wenn Sie das Automobil abschaffen, zeigen sich Arbeitsmarktprobleme. Wenn Sie die Mitbestimmung einführen, stimmen Sie der Vereinigung von Thyssen und Rheinstahl zu. Es ist alles nicht so einfach. Vielleicht ist es aber manchmal erträglicher, daß sich chemisch reine Lösungen in der Wirklichkeit nicht durchsetzen lassen. Das ist unser politisches Alltagsgeschäft.

Heigert

Ein Problem, das sich mir bei allen Diskussionspunkten stellt, ist das der politischen Machbarkeit. Wir können zum Beispiel theoretisch erkennen, daß die Automobilindustrie als Schlüsselindustrie zurückgedrängt werden muß. Darin hat sich der Vertreter der IG Metall hier durchaus solidarisch mit den Unternehmensleitungen gezeigt.

Auf welche Weise sollen aber theoretisch schlüssige Erkenntnisse in die politische Praxis umgesetzt werden? Das, was wir von unseren Parlamentariern dazu eben gehört haben, ist nicht gerade ermutigend. Das heißt, die Probleme wachsen schneller als die Kompetenzen und die Handlungsfähigkeit unserer politischen Instanzen. Schon die nationalen Instanzen kommen nicht mehr mit, weil sie lauter Papier produzieren beziehungsweise konsumieren müssen, wie Herr Vogel sagte. Und die europäischen Instanzen sind noch nicht so weit, daß sie entscheiden können. Nehmen Sie zum Beispiel die Frage: Soll man 5000 Volkswagenarbeiter, IG Metallangehörige, nach Kalabrien

verpflanzen, weil es dort besser ist, Volkswagen zu bauen, als in Wolfsburg? Instanzen, die das entscheiden können, haben wir nicht. Wir haben sie nicht einmal im nationalen, geschweige denn im europäischen Bereich, von Weltinstanzen oder -Institutionen gar nicht zu reden.

Mein Pessimismus beruht auf der Vermutung, daß wir in den nächsten dreißig Jahren nicht mehr imstande sein werden, das, was wir theoretisch erkennen, in die Praxis umzusetzen. Es ist nicht nur ein technisches, sondern auch ein sozialpolitisches Problem. Ich fürchte, daß unser Wachstum, wenn es in den nächsten Jahren immer kleiner wird, von den Mächtigen der Industriegesellschaft, den Unternehmungen und den Gewerkschaften, okkupiert wird. Da wir aber immer mehr Arbeitnehmer im Dienstleistungs- und im staatlichen Bereich und immer weniger im primären Bereich der Güterproduktion haben werden, wird die Manövriermasse der öffentlichen Hand zunehmend kleiner.

Der ehemalige Stadtentwicklungsreferent von München, Herr Abreß, hat präzise errechnet, daß die Stadt München in acht Jahren nicht einen Pfennig Manövriermasse mehr haben wird, weil alles, was der Stadt an Steuereinnahmen zuwächst, durch Verpflichtungen, die vertraglicher oder tariflicher Art sind, in Anspruch genommen wird.

Man wird dann zwar die vorhandenen Schulen, Krankenhäuser, Gaswerke und was es so gibt, noch weiterbetreiben, aber nicht einen einzigen Schulraum zusätzlich bauen können. Unsere sozialökonomische Entwicklung geht also dahin, daß wir uns selber auffressen.

von Kortzfleisch

Aber das Geld geht doch über die Steuern wieder in den Umverteilungsprozeß ein.

Heigert

Es stellt keine Manövriermasse dar, sondern fließt in immer neue Kassen, die wiederum durch gesellschaftliche Kräfte aufgeteilt werden.

Schmidt

Die Erfahrung zeigt, daß das staatliche Handlungspotential zum Umstrukturieren von öffentlichen Aufgaben in der Tat zu schwach ist. Die erwähnte Prognose von Herrn Abreß beruht auf einer Status-quo-Analyse. Das heißt, es wird unterstellt, daß die jetzigen Aufgaben unverändert fortbestehen und in jedem Bereich möglichst noch etwas besser als in der Vergangenheit erfüllt werden. Daß dann für neu auftauchende Probleme keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, ist eigentlich selbstverständlich.

Wie kann die öffentliche Hand gegen den Widerstand allgegenwärtiger partikularer Interessen neue Aufgaben durchsetzen? Das führt uns auf das Thema Lebensqualität und soziale Indikatoren zurück. Die Sozialindikatoren sollen zu einem Informationssystem mit bestimmten aggregierten Größen führen, die weder zu detailliert noch zu abstrakt sind, und mit deren Hilfe man im politischen Prozeß rationaler argumentieren und handeln kann.

Nun fragt Herr Rieger zu Recht: Wird nicht ein neues Herrschaftswissen erzeugt, wenn den Statistikern und den Wissenschaftlern, die die Sozialindikatoren erarbeiten, ein Monopol verliehen wird? Sollen - wie es in einer überregionalen Tageszeitung vor kurzem hieß - Experten bestimmen, was Lebensqualität ist? Oder soll das Parlament darüber befinden, welche sozialen Indikatoren aus der Vielzahl der sozialen Kennziffern ausgewählt werden? Dazu wäre das Parlament in seiner heutigen Struktur gar nicht in der Lage. Kann so etwas durch die Konzertierte Aktion oder durch Volksbefragung geschehen? Alle diese Möglichkeiten werden Sie sicher skeptisch beurteilen.

Einen Lösungsansatz sehe ich allerdings in der Unterscheidung von Ziel- und Inputindikatoren. Es sollte den Statistikern und Verwaltern unbenommen bleiben, Schüler-Lehrer-Relationen, Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner, also typische Inputkategorien zu definieren. Daß darin auch politische Implikationen enthalten sind, ist klar. Ich halte es aber nicht für so problematisch, die Einsatzrelationen des staatlichen Handelns zunächst von der Verwaltung autonom bestimmen zu lassen. Schwerwiegender ist es schon, Zielindikatoren zu benennen. Im Gesundheitswesen könnte zum Beispiel eine Output-Größe die Abnahme in der Zahl von Krebskranken sein. Diese statistische Meßzahl wäre von Interesse; Indikatoren sollen ja Bestandsänderungen angeben. Der zweite Schritt bestünde dann darin, die Verminderung der Krebskranken auf Aktivitäten des Gesundheitssystems zurückzurechnen.

Das ist die technische Ebene, die dem einzelnen Bürger das gesellschaftliche Geschehen und seine Veränderungen transparenter macht. Mit Hilfe von Sozialindikatoren kann der Informationsstand der

Bevölkerung gehoben werden. Umgekehrt bewirkt das stärkere Interesse der Bevölkerung am gesamten Spektrum der Gesellschaftspolitik eine Verbesserung der Information.

Sozialindikatoren werden bisher ex post erhoben, das heißt, es sind Bestandsaufnahmen, die Vergangenheitswerte möglichst an den jetzigen Zeitpunkt heranführen. Wenn sich nun relevante Sozialindikatoren ändern, ist das ein Anzeichen dafür, daß neue gesellschaftspolitische Probleme auftauchen.

Ich fasse zusammen: Sozialindikatoren bieten eine Möglichkeit, den Informationsstand hinsichtlich des Begründungs- und Argumentationszusammenhanges von Staat und Gesellschaft bei breiten Bevölkerungsschichten anzuheben. Ich sehe wohl die Gefahr, daß dadurch das Herrschaftswissen einer bestimmten Expertenschicht anwachsen kann. Dem steht aber die Chance gegenüber, daß mehr Transparenz über gesellschaftliche Prozesse hergestellt wird. Ich halte es für unbedenklich, wenn auf der Seite der Inputindikatoren durch die Statistiker, die Wissenschaftler, die Verwaltung eine Vorleistung erfolgt. Ich bin mir aber der Problematik bewußt, daß auf der Ebene der Zielindikatoren ein gesellschaftlicher Konsensbildungsprozeß herbeigeführt werden muß. Wo allerdings die Möglichkeiten liegen, die Bevölkerung und die gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen, ist mir noch unklar.

Bombach

Was wir messen und wie, das ist ein Problem der Experten. Die andere Frage ist: Wie bewerten wir es, und welche Ziele formulieren wir? Dafür ist ein politischer Konsens nötig. Diese Frage kann nicht der Wissenschaftler entscheiden.

Es ist an der Zeit, den Problemkomplex Messung und Zielformulierung abzuschließen. Wir sind uns einig, daß das Sozialprodukt als Maßstab nicht mehr ausreicht, um das wirtschaftliche und soziale Geschehen statistisch zu erfassen. Erst recht ist dieser Maßstab nicht geeignet, Ziele vernünftig zu formulieren. Dazu bedarf es zusätzlicher Indikatoren, deren Konzeption nicht Aufgabe der Wissenschaft allein sein kann. Vielmehr sollten Wissenschaftler und Politiker von vornherein zusammenarbeiten.

Man würde jedoch das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man auf das aggregative Maß "Sozialprodukt" ganz verzichten. Dann würde man dort wieder anlangen, wo man vor dem ersten Weltkrieg und in vielen Ländern sogar später noch stand: bei dem Versuch, den Wirtschaftsprozess durch eine chaotische Vielzahl von Einzelreihen abzubilden.

Herr Haseloff hat mit seiner Bemerkung recht, daß unter den heute allgemein akzeptierten sechs oder sieben wirtschaftspolitischen Zielen ultimative und instrumentelle Ziele vermischt sind. Gerechte Einkommensverteilung ist ein ultimatives, Preisstabilität ein instrumentelles Ziel. Mit der Einführung von Sozialindikatoren wird die Verwirrung noch zunehmen, indem Input- und Output-Indikatoren nebeneinander stehen. Wegen der Messungsschwierigkeiten ist dies unvermeidlich, aber man sollte sich dessen wenigstens bewußt sein.

Einigkeit besteht weitgehend wohl auch darin, daß sich Kategorien wie Glück, Befriedigung durch Eigentum, Macht, Zwang statistisch niemals sinnvoll erfassen lassen. Gleiches gilt für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz, etwa durch den Übergang von der Fließbandfertigung zu mehr archaischen Produktionsmethoden. Sicher können wir die Sozialproduktstatistik verbessern, indem wir Reparaturkosten für verunfallte Automobile nicht mehr als Wachstum messen. Aber dies ist ein Bagatelldatensatz verglichen mit 19 000 Verkehrstoten, die wir nicht kapitalisieren können.

Der nächste Punkt leitet zu den Grenzen des Wachstums über. Arbeitskraft wurde immer teurer, Rohstoffe hingegen waren bis jetzt billig. Dies hat dazu geführt, daß Rohstoffe verschwendet wurden und die Wegwerfprodukte und die Einwegverpackung vordrängen. Auch die Lebensdauer der industriellen Anlagen hat sich ständig verkürzt. Während in östlichen Ländern die Maschinen genutzt werden, bis sie zusammenbrechen, wird bei uns die Diskrepanz zwischen ökonomischer und technischer Lebensdauer immer größer. Offensichtlich funktionieren in beiden Systemen die Steuerungsmechanismen nicht befriedigend, beide liegen jenseits des Optimums.

Läßt sich der Trend zu den kurzlebigen Produkten angesichts der Grenzen des Wachstums nicht umkehren? Werden wir zu höherwertigen, langlebigen Produkten - Gebrauchsgegenständen wie Maschinen - zurückkehren? Um zu übertreiben: Wenn wir eines Tages alle Rolls-Royce fahren, werden wir nicht wesentlich mehr Materialinput benötigen, aber sehr viel mehr Arbeitskraft. Die Automobile würden lange laufen und auch umweltfreundlich sein.

Wie werden die Statistiker die Erhöhung der Qualität im Sozialprodukt messen? Werden die Wachstumsraten mit der Umstellung abnehmen oder nicht? Dies hängt offenbar eindeutig davon ab,

wie man die Äquivalenzziffer zwischen einem Volkswagen und einem Rolls-Royce ansetzt. In welchem Ausmaß nehmen die Wachstumsraten ab, wenn wir von der Wegwerf- zur Rücknahmeverpackung übergehen? Wie läßt sich Arbeitslosigkeit - global oder strukturell - als Folge der Umstellungsprozesse vermeiden?

Grenzen des Wachstums werden heute auch in anderer Hinsicht gesehen. Es wird behauptet, die Menschen seien im Grunde an zunehmendem materiellen Wohlstand gar nicht mehr interessiert, sie stünden nur unter Konsumzwang als Folge überbordender Reklame. In Wirklichkeit würden sie heute mehr Freizeit höher einschätzen als mehr Konsumgüter. Trifft dies zu? Wir wollen uns bei der Diskussion der Wachstumsgrenzen auf Europa beschränken, wo die Bevölkerungsexplosion nicht mehr das Hauptproblem ist, zum Teil eher schon die stagnierende Bevölkerung. Die zwei wesentlichen Begrenzungen liegen in der Rohstoffverknappung einschließlich des Energieengpasses und in den exponentiell zunehmenden Umweltschäden. Bei der Energiefrage stoßen wir auf zwei ganz unterschiedliche, pessimistische Varianten. Auf der einen Seite sieht man eine Begrenzung des Angebotes, auf der anderen die thermische Verschmutzung, das heißt die steigende Durchschnittstemperatur der Erde.

Unsere weitere Diskussion sollte um die Frage kreisen, wie wir das Wachstum in den Griff bekommen. Sollen wir mehr auf direkte, administrative Kontrollen vertrauen, auf Verbote, Normen und Lizenzen, oder sollte das Preissystem spielen können? Man kann beobachten, daß Technologen mehr auf Verbote und Bürokratie setzen, während Ökonomen eine gewisse Präferenz für den Preismechanismus haben. Die meisten Schwierigkeiten sind ja nicht etwa deshalb eingetreten, weil das Preissystem versagt hat, sondern weil es gar nicht erst mit ihm versucht, oder weil es sogar bewußt außer Kraft gesetzt wurde. Mit Herrn Mestmäckers Votum läßt sich die Frage formulieren: Welches von beiden Systemen macht es

möglich, mit den Problemen so fertig zu werden, daß ein Höchstmaß an menschlicher Freiheit gewahrt bleibt?

Standke

Selbst wenn man die Qualität des Lebens messen könnte, wäre dieser Maßstab allenfalls auf die Industrieländer, sagen wir die OECD- und einen großen Teil der COMECON-Länder anwendbar. Selbst das halte ich schon für problematisch. Denken Sie nur daran, wie unterschiedlich die Begriffe Freiheit oder Erfolg in den einzelnen Ländern verwendet werden.

Herr Thiemann hat betont, daß alle "jungen" Länder den Ehrgeiz haben, ihre Entwicklung an den Industrieländern zu orientieren. Es beginnt in der Regel mit der Gründung einer eigenen Fluggesellschaft. Nimmt man den höchsten Lebensstandard als ein Kriterium, dann ist trotz zahlreicher punktueller Zusammenbrüche des ökologischen Systems und anderer Diskrepanzen der Lebensstandard der USA der höchste auf der Erde. Wenn die Gesamtheit der Weltbevölkerung den amerikanischen Lebensstandard erreichen wollte, könnte die Erde schon heute nur eine Milliarde anstatt der jetzigen 3,7 Milliarden Menschen ernähren. In der Energieversorgung ist dieses Mißverhältnis noch viel größer; das gleiche gilt für zahlreiche Rohstoffe.

Ich meine daher, daß wir schon heute nicht mehr wie in unserem Thema fragen dürfen: Sollen Technik, Wirtschaft und Politik die wachsenden Ansprüche weiter befriedigen? Die Frage muß doch vielmehr lauten: Können wir dies überhaupt? Denn eine freiwillige Selbstbeschränkung der Industrieländer und eine weltweite Umverteilung ist nicht zu erwarten. Welche Superinstanz könnte das bewirken? Ist eine solche Superinstanz überhaupt vorstellbar gegenüber der Dritten Welt, in der bald 6 Milliarden Menschen leben werden? Das Steuerungsinstrumentarium, das Herr Vogel nannte, gilt doch wohl nur für die Bundesrepublik oder ein vergleichbares Land und nicht für alle die Länder, mit denen wir im gleichen Boot sitzen.

von Waldthausen

Als ich den Begriff Lebensqualität im letzten Jahr zum ersten Male hörte, fand ich ihn als Zugpferd sehr gut. Nur haben wir hier etwas in die Welt gesetzt, ohne vorher den Auftrag des Bürgers zu erfragen. Die Leute, die diesen Begriff geprägt haben, glaubten offenbar, sie müßten mal wieder etwas Neues bringen. Wohlstand ist vorhanden, es kann sich nur noch um die jährlichen Lohnrunden drehen, auch das Eigentum ist schon recht weit gestreut.

Es ist interessant, welche Ansichten der sogenannte Arbeitnehmer von der Lebensqualität hat. Zunächst ist das Betriebsklima für ihn wichtig; außer hellen Räumen wünscht er sich nette Kollegen und einen verständnisvollen Meister. Hinzu kommt die Anerkennung seiner Leistung, die er natürlich

auch in barem Geld honoriert sehen möchte. Er möchte darüber hinaus sicher sein, daß Frau und Kinder versorgt sind, wenn ihm persönlich etwas zustößt. Die letzte Stufe seines Wohlstandes ist dann, sich ein Eigenheim zu schaffen. Das ist die häufig zitierte Lebensqualität der Arbeitnehmer.

Verzeihen Sie das harte Wort: Es sind doch Flausen, über die wir hier diskutieren. Ich kann mir unter Qualität des Lebens nicht viel vorstellen. Das Wort Glück ist hier völlig fehl am Platz. Glück ist etwas sehr Intimes und gehört nicht in den Arbeitsbereich hinein. Die Umwelt gibt sicher zu vielerlei Ärger Anlaß: die verstopften Straßen in der rush hour zwischen 7 und 9 Uhr morgens und abends auf dem Heimweg; der Skat findet verspätet statt und so weiter. Dies sind aber alles Dinge, die sich mittelfristig regeln lassen, auch soweit es die finanzielle Seite berührt.

Was die Umsteuerung der Industriegesellschaft betrifft, so kann die Bundesrepublik nicht isoliert gesehen werden, sondern wir müssen unseren Blick auf die EG, auf den erweiterten Wirtschaftsraum richten. Die Mentalität der Völker ist hier sehr verschieden. Wir können uns also mit dem neuen Umweltgedanken nur global vertraut machen.

Wie reagiert der Mitteleuropäer auf den saturierten Zustand, den er erreicht hat? Was erwartet er noch in den nächsten zwanzig, dreißig Jahren des industriellen Zeitalters? Will er weitere Erfolge auf dem Mond, auf dem Mars? Oder sieht er aus christlicher Verbundenheit mehr seinen Nachbarn oder den Hungernden in Pakistan und in Indien? Auch diesem Problem haben wir uns als hochindustrialisierte Nation gewiß zu stellen: Wie können wir mehr Gerechtigkeit schlechthin walten lassen?

Meine Kritik an dieser Diskussion ist: Wir sehen uns zu sehr in unsere eigene kleine Welt eingekapselt. Wenn es allen Menschen auf der Welt so gut ginge wie uns heute in Deutschland, könnte auch Papst Johannes zufrieden sein.

Es zeigt sich in der Bundesrepublik eine gewisse Selbstzufriedenheit: Der Wiederaufbau ist geschafft, der Frieden ist weitgehend gesichert, ohne daß man weiß wie lange. Nun kommt eine politische Richtung, die fragt: Wo fehlt noch irgendwo etwas? Wo ist eine Marktnische für meine politische Betätigung oder besser gesagt für meine Partei? Hier greift man gerne auf den Begriff Lebensqualität zurück.

Man sollte allen Politikern sagen: Ihr habt diesen Begriff geprägt, er kann aber nicht nur bei uns in der Bundesrepublik, sondern muß weltweit gelten. Dafür fehlen uns allerdings die Methoden und auch die Mittel.

Friedrichs

Wenn Herr von Waldthausen versucht, durch den Hinweis auf die Entwicklungsländer und deren berechnete Nöte unsere eigenen Probleme vom Tisch zu fegen, dann halte ich das für äußerst gefährlich.

von Waldthausen

Das ist keineswegs meine Absicht. Ich sagte ja: Wir können egoistisch den Wohlstand in der Bundesrepublik immer noch mehr verbreitern. Dafür bin ich sogar. Aber wir sollten auch dem hungernden Nächsten helfen. Das kann aber die Bundesrepublik nicht allein schaffen, das ist vielmehr eine Aufgabe für alle Industrieländer.

Graf Lambsdorff

Der Anteil der Entwicklungshilfe am Bundeshaushalt beträgt heute 0,3 Prozent, obwohl wir 0,7 Prozent zugesagt haben.

Blum

Um einen Beitrag zum Problem des qualitativen Wachstums zu leisten, ist zu fragen: Wie muß man produzieren, das heißt, wie können die materiellen Ansprüche der Menschen, die in der Produktion tätig sind, in einer Weise befriedigt werden, daß man die Qualität ihres Lebens fördert und nicht vermindert?

Herr von Waldthausen sagt, daß in der Industrie die meisten Menschen eigentlich ganz zufrieden sind. Ich habe in Amerika und in England Forschungen durchgeführt und den Arbeitern die Frage gestellt: Wie gefällt Ihnen Ihre Arbeit in dieser Firma? Die Antwort war zu 90 Prozent: Sehr gut; das Betriebsklima ist recht ordentlich, vielleicht könnte es noch etwas besser sein. Auf die Frage aber: Können Sie in Ihrer Arbeit Ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten verwirklichen? lautete die Antwort: Es

ist mir nie der Gedanke gekommen, daß man in der Arbeit seine Fähigkeiten und Möglichkeiten verwirklichen kann. Ein Job ist ein Job. Ich bin hier, um Geld zu verdienen.

Es ist unmöglich, die Wachstumsentwicklung qualitativ zu beeinflussen, ganz gleich welche politischen und sozialen Methoden man wählt, solange dieser Zustand in den Betrieben anhält. Denn solange diese Situation besteht, wird der Mensch immer nach mehr materiellen Gütern, das heißt nach mehr Geld streben müssen. Von den tieferen Befriedigungen ist er heute vollständig abgeschnitten. Erst wenn wir in die Tiefe gehen, können wir eine Änderung des Bewußtseins erreichen und dadurch ein qualitatives Moment erhalten, das sich auf den ganzen Wirtschaftsprozeß übertragen läßt. Ohne eine solche Bewußtseinsänderung kann keine Gesellschaftsordnung in einem demokratisch-freien Sinne geändert werden.

Friedrichs

Ich begrüße es, daß Herr Blum auf die Entfremdung des Menschen in der Arbeit hinweist. Die Humanisierung der Arbeit gehört natürlich auch zur Verbesserung der Qualität des Lebens. Aber der Mensch lebt nicht nur am Arbeitsplatz. Das wurde in der Vergangenheit von den Gewerkschaften etwas übersehen. Die Forderung nach mehr Qualität des Lebens ist auch als Aufforderung an die Gewerkschaften zu verstehen, den Wohn-, Bildungs- oder Gesundheitsproblemen ihrer Mitglieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Heigert

In keinem Beruf würde man auf die Frage: Sind Sie mit Ihrer Arbeit wirklich zufrieden? mit ja antworten. Jeder wird sagen: So zufrieden sei er nun auch wieder nicht; eigentlich könne er sich in seinen Träumen etwas anderes vorstellen.

Friedrichs

Das ist zu einfach, Herr Heigert.

Bombach

Sie sprechen mir aus dem Herzen, Herr Heigert. Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz? Darauf sind die Menschen doch erst gekommen, nachdem Soziologen den Begriff erfunden haben. In welchen Berufen kann jemand denn überhaupt Selbstverwirklichung finden? Sind wir hier nicht auf dem falschen Wege? Arbeit ist im wesentlichen eine Last, und das wird auch immer so bleiben. Wir sollten vielmehr danach streben, einen Produktivitätsfortschritt zu erreichen, um die Arbeitszeit ständig weiter zu verkürzen. Selbstverwirklichung sollten wir in der Freizeit suchen.

Mestmäcker

Sie sollten nicht übersehen, Herr Blum und Herr Friedrichs, daß in unserer Gesellschaft die pauschal so genannte Entfremdung zugleich eine der wichtigsten Freiheitsgarantien ist. Ich werde nur auf meine Arbeit angesprochen und brauche mich nicht über meine Ehe, meine Freizeit, meine Neigungen und meine Motive zu äußern. Die Frage ist allerdings legitim, wieweit die reine Funktionalität der Arbeit im Hinblick auf die Gemeinsamkeit der Arbeitsleistung, die allem zugrunde liegt, aufgelöst werden kann.

Rieger

Die Entfremdung gefährdet die Freiheit, weil sie die politische Manipulierbarkeit verstärkt. Einen entfremdeten Menschen kann man zum Stimmvieh machen.

Mestmäcker

Der Mensch ist nicht deshalb manipulierbar, weil er von Staat oder Gesellschaft grundsätzlich nur bezüglich seiner Arbeit in Anspruch genommen werden darf. Diese Art der "Entfremdung" kann von der Gesellschaft nicht aufgehoben werden, ohne den Schutz der Persönlichkeit zu gefährden.

Friedrichs

Das gilt doch aber nicht für den Arbeiter am Fließband oder für ähnliche sich ständig wiederholende Tätigkeiten. Selbstverständlich sind weder Pressenoch Wissenschafts- oder Gewerkschaftsfunktionäre mit ihrer Arbeit voll zufrieden. Jeder von ihnen könnte sich in seinen

Träumen etwas anderes vorstellen. Aber keiner wäre bereit, sich freiwillig auch nur drei Monate an ein Fließband zu stellen, um eine Tätigkeit zu verrichten, die einem dressierten Affen gleicht, aber eines Menschen unwürdig ist.

Heintzeler

Wenn man über die Grenzen des Wachstums diskutiert, befindet man sich in einer ähnlichen Situation wie das einzelne Unternehmen in der Marktwirtschaft: Man muß eine Rechnung mit mehreren Unbekannten ausführen. Als Pragmatiker fragt man zunächst, was das Vordringlichste ist.

Die Schlüsselfrage ist zweifellos das Wachstum der Bevölkerung. Wenn die Erdbevölkerung so weiterwächst wie zur Zeit, stehen wir zweifellos vor sehr ernsten Problemen. Aber diese Frage wollen wir ja heute ausklammern.

Ist weiteres Wirtschaftswachstum wünschenswert? Ich persönlich gehöre nicht zu denen, die die Wohlstandsmüdigkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben. Diese Einstellung rührt nicht aus der Betrachtung meiner eigenen Lebensverhältnisse her, sondern aus dem Kontakt mit den Menschen, die in unseren Fabriken arbeiten. Wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß in den letzten fünfzig Jahren eine Entwicklung stattgefunden hat, die noch vor hundert Jahren kein Wissenschaftler für möglich hielt. Das heißt, die Masse der Bevölkerung hat einen Lebensstandard erreicht, der zur Zeit Goethes selbst mittleren Schichten versagt war.

Vom Standpunkt der arbeitenden Menschen aus ist diese Entwicklung aber noch nicht an dem Punkt angelangt, wo man aufhören könnte. Es ist zwar richtig, daß selbst ein ungelernter Arbeiter heute in seinem Urlaub gelegentlich mit dem Volkswagen nach Italien fährt, nachdem er sich zunächst das Eigenheim geschaffen hat. Diese paradiesischen Zustände sind aber meist nur bei denjenigen Arbeiterfamilien gegeben, wo mehr als eine Person verdient, nicht dagegen bei der großen Zahl von Arbeitnehmerhaushalten, wo nur einer arbeiten kann, weil die Frau zum Beispiel noch für die Kinder zu sorgen hat. Auch diese Familien haben aber die berechtigte Erwartung, daß das, was die technische Entwicklung in unserer Zeit möglich gemacht hat, ihnen ebenfalls zugute kommt. Das ist ohne weiteres möglich, wenn die Wachstumsentwicklung so weitergeht wie in den letzten zehn Jahren.

In dieser Zeit hat sich der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung verdoppelt. In weiteren zehn Jahren wird noch einmal eine Verdoppelung eintreten; damit haben dann praktisch die meisten Arbeiterfamilien den Lebensstandard erreicht, der ihnen Freude macht. Auch sie können dann mit ihrem Wagen nach Griechenland, Spanien oder Italien fahren und dabei vom Eigenheim aus starten. Deshalb dürfen wir nicht von den Verhältnissen des Mittelstandes und der darüberstehenden Bevölkerungsschichten ausgehen, sondern müssen an alle Arbeitnehmer denken. Aus dieser Sicht ist weiteres Wachstum vorbehaltlos zu bejahen.

Ich möchte auch unter einem anderen Gesichtspunkt vor einem stagnierenden Zustand in der Wirtschaft warnen. Ich befürchte, daß die Stagnation der menschlichen Natur außerordentlich schlecht bekommt. Damit würden psychische Kräfte in einem Maße auf Abwege gelenkt, wie wir es uns heute selbst in einer Universitätsstadt wie Heidelberg noch nicht vorstellen können. Der Mensch ist von Natur aus dafür konstruiert, im Kampf ums Dasein zu bestehen. Die technische Entwicklung hat dazu geführt, daß er von den Kräften, die ihm die Natur gegeben hat, nur noch einen gewissen Prozentsatz braucht, um zu überleben und sogar sehr anständig zu überleben. Vor allem bei den intelligenteren Menschen würde ein gewisser Leerlauf entstehen. Ein großer Teil der problematischen Erscheinungen speziell in unserer studierenden Jugend ist darauf zurückzuführen.

Bei einem stagnierenden Zustand der wirtschaftlichen Entwicklung würden viele Menschen eine natürliche Möglichkeit verlieren, ihre Aggression loszuwerden oder - freundlicher gesagt - ihre überschüssigen Kräfte auszutoben. Ein Lehrer der Volkswirtschaft hat das schöne Wort geprägt, der größte Vorteil der Wettbewerbsordnung bestehe darin, daß der Wettbewerb die einzige Möglichkeit sei, menschliche Aggression auf friedliche Weise in Fortschritt umzusetzen. Eine Stagnation der Wirtschaft würde diese schöpferische Betätigung und Bewährung im Wettbewerb ausschließen.

Das gilt vor allem dann, wenn man dazu übergeht, das wirtschaftliche Geschehen nicht mehr vom relativ freien Spiel der Kräfte steuern zu lassen. Die Folge wäre, daß eine ungeheuerere Bürokratie notwendig ist, um das wirtschaftliche Geschehen zu steuern. Eine solche Bürokratie würde bei denen, die keine Bürokraten sind, das Gefühl verstärken, manipuliert zu werden.

Bombach

Ich stimme Ihnen weitgehend zu, Herr Heintzeler, allerdings mit einer Einschränkung. Sie sagen, wenn sich das heutige Einkommen des Arbeiters in zehn Jahren verdoppelt und in zwanzig Jahren vervierfacht, dann wird er ungefähr das haben, was er braucht, um zufrieden zu sein. Die gleiche Betrachtung hätten Sie 1870 anstellen können. 1890 war auch der Zustand erreicht, wo der Arbeiter viermal so viel hatte wie 1870. Aber er war keineswegs zufrieden. Er wird nie zufrieden sein.

Vergessen Sie nicht: Die oberen Einkommensgruppen wachsen immer mit. Jede Gruppe ist stets bestrebt, die nächsthöhere zu erreichen. Das würde sich erst ändern, wenn die Einkommensverteilung egalisiert ist, oder wenn der Mensch sich mit dem zufrieden gibt, was einst "standesgemäßer Konsum" hieß. Das ist aber Utopie.

Heintzeler

Ein Aspekt scheint mir in der MIT-Studie zu kurz gekommen zu sein. So halte ich die Möglichkeiten der Naturwissenschaften, insbesondere der Chemie und der Physik, mit den Grenzen des Wachstums noch über eine sehr lange Zeit fertig zu werden, für größer, als sie in dieser Studie angenommen werden. Es kann sein, daß Chrom oder Molybdän ausgehen. Das bedeutet aber nicht, daß dann die Dinge, die von Chrom und Molybdän abhängen, nicht mehr produziert werden können. Dafür wird man irgendwelche Ersatzlösungen finden.

Im übrigen wird sich in fernerer Zukunft sicher auch die technische Möglichkeit auftun, Elemente umzuwandeln - theoretisch ist sie heute schon gegeben. Das Buch von Hoimar von Ditfurth "Am Anfang war der Wasserstoff" läßt nach dem heutigen Stand der Naturwissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, daß alles Existierende, das ganze periodische System der Elemente, aus dem Wasserstoff entstanden ist. Was die Natur zustande gebracht hat, nämlich aus dem einfachen Wasserstoffatom andere Atome komplizierterer Art zu schaffen, wird im Laufe der Zeit, in hundert oder hundertfünfzig Jahren, auch dem Menschen gelingen. Von der Technik her sind also die Möglichkeiten für ein weiteres Wachstum durchaus gegeben.

Siebker

Vor kurzem hat ein scharfsinniger Kritiker gegen die MIT-Studie den Erhaltungssatz der Materie ins Feld geführt. Die Materie werde zwar verwandelt, sei aber immer noch vorhanden. Wenn man Petroleum verbrennt, dann gibt es natürlich nach wie vor CO₂ und H₂O, aus denen man im Prinzip wieder Petroleum herstellen kann. Dafür ist aber Energie notwendig, so daß insgesamt gesehen die Entropie erheblich ansteigt, was eventuell - im Weltmaßstab gesehen - negative Auswirkungen haben kann.

von Kortzfleisch

In der MIT-Studie ist nirgendwo von Stagnation die Rede, sondern von einem dynamischen Gleichgewicht, das zu erreichen wesentlich mehr Kräfte erfordert als ein normales Wachstum des Sozialprodukts. Es erfordert schöpferische, insbesondere geistige Kräfte. Ebensovienig spricht die Studie von Nullwachstum.

Jeder, der sich nur ein wenig über das hinaus interessiert, was die normale Ökonometrie heute zu bieten vermag, kann dieses Modell in einen Rechner eingeben und die Annahmen, von denen er glaubt, daß sie vergessen wurden, zum Beispiel den technischen Fortschritt, etwa die Möglichkeit, Molybdän oder Chrom zu ersetzen, durchspielen.

Bombach

Das ist alles schon gemacht worden, Herr von Kortzfleisch; dabei kommt aber etwas völlig anderes heraus.

von Kortzfleisch

Wenn Sie, wie es bei dynamischen Modellen üblich ist, den Zeitablauf Schritt für Schritt berücksichtigen, kommt immer dasselbe heraus.

Jochimsen

Soll man administrativ oder mit Hilfe des Preissystems vorgehen, also alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen? Ich halte von einer zentraüistischen Entscheidung, die die Umsteuerung administrativ durchsetzt, gar nichts. Die Frage ist vielmehr: Wie können wir dezentral überall dort, wo

entsprechende Entscheidungen anstehen, die Motivation stärken, damit in der richtigen Richtung umgesteuert wird? Nur scheint es mir ein Mißverständnis zu sein, Herr Heintzeler, wenn man dies als freies Spiel der Kräfte bezeichnet. Freies Spiel der Kräfte heißt *laissez faire*, und das ist mit Umsteuerung gewiß nicht gemeint. Es ist sogar das Gegenteil erforderlich. Hier geht es um die Rahmensetzung.

Die administrative Lösung, Herr Bombach, hat den Vorteil, daß überhaupt etwas geschieht. Es wird eine Behörde eingesetzt, die darüber nachdenkt, wie man vorgeht und die Forschungsaufgaben verteilt. Mir kommt es darauf an, daß die Rahmenbedingungen präzise gesetzt werden. Sie dürfen aber nicht jede Innovations- und Revisionschance ausschließen, sondern müssen von einem relativ begrenzten Erkenntnishorizont ausgehen.

Nach den Erfahrungen, die man in London und auch anderswo mit verschiedenen Instrumenten gemacht hat, sind in relativ kurzer Zeit, nämlich in der mittleren Frist von fünf bis acht Jahren, bereits erhebliche Auswirkungen möglich, die man früher erst innerhalb von zwanzig Jahren für erreichbar hielt. Dagegen setzt man in der politischen Erwartung, was die Wirksamkeit der Instrumente der Umsteuerung angeht, viel zu kurzfristig an. Hier muß man die dynamischen Verläufe und Wirkungen auf Verhaltensänderungen miteinbeziehen, was allerdings zu großen Unsicherheiten führt. Quoten, Kontingente, Lizenzen können allenfalls als *ultima ratio* gebraucht werden und auch nur in Ausnahmesituationen, zum Beispiel in Ballungsgebieten. So wurden in London Feuerstellen mit fossilen Brennstoffen verboten; es darf dort nur Elektrizität verwendet werden.

Entscheidend ist, daß die Umsteuerung nicht erst unter dem Druck der Ereignisse in Gang kommen, sondern möglichst bald einsetzen muß. Dann könnte sie viel geringfügiger dosiert werden. Wir können dann auch mehr experimentieren und dazulernen, was ich für wichtig halte.

Zweitens sollten wir das Bezugssystem nicht vergessen. Wir haben vom Betriebsklima, Eigenheim und vom Glück des einzelnen gesprochen. Diese Dinge stehen in einer regionalen, sektoralen, gesamtwirtschaftlichen, gesamtgesellschaftlichen Relation, die unüberschaubar geworden ist. Die wesentliche Erkenntnis der MIT-Studie ist, daß man die absoluten Grenzen unserer Ressourcenausstattung nicht mehr übersehen kann. Dies zwingt uns dazu, die Interdependenz der verschiedenen Gestaltungs- und Bezugssysteme stärker zu beachten.

Nun wird hier von seiten der Wissenschaft gesagt, das müsse man eben koordinieren. Die Koordination muß aber organisiert werden. Dazu werden wir uns einiges einfallen lassen müssen, was die Perspektive der Planungs- und Sozialindikatoren angeht. Es ist erforderlich, daß man sich auf wesentliche Querschnittsaspekte konzentriert. Ein Aspekt ist die räumlich-strukturelle Komponente. Eine andere hat Herr Heigert klagend erwähnt, nämlich die Ressourcen der öffentlichen Finanzmittel, auch der man power, der Personalstellen. Ich füge zwei weitere hinzu: Einmal die kritischen Innovationen, die wir durchsetzen und für die wir überall Vorkehrungen schaffen müssen. Zweitens die Dimension der Sozialchancen. Wie wirken sich die verschiedenen Gestaltungsräume kumulativ auf die Qualität des Lebens des einzelnen, seine Versorgung mit öffentlichen Gütern und seinen privaten Lebensstandard aus?

Schließlich sollten wir die Erfahrungen mit dem Staatsinterventionismus der letzten dreißig oder fünfzig Jahre nützen und die Organisation der öffentlichen Aufgabenerledigung ideologiefrei und systematisch überprüfen. Hier werden heute Fehlentscheidungen getroffen, ohne daß das, was wir zwanzig, dreißig oder vierzig Jahre lang getan haben, überhaupt in Frage gestellt wird. Das geht natürlich gegen die *vested interests*. Nur so werden wir aber den Spielraum gewinnen können, den wir auf der Seite der Ressourcen brauchen. Wichtig scheint mir zu sein, die ordnungspolitische neben der strukturpolitischen Dimension klar zu sehen.

Mestmäcker

Die Möglichkeiten zentraler oder dezentraler Umsteuerung, die Herr Jochimsen nennt, sind in der Tat das Kernproblem. Bisher kennen wir nur die dezentrale Umsteuerung. Gerade wenn wir auf die Qualität des Lebens abheben, sind wir auf individuelle Reaktionen, auf wie immer geartete Maßnahmen angewiesen.

Man kann über die Motivation der Menschen sicher verschiedener Meinung sein. Die einen glauben, die Menschen seien Haifische, die anderen halten sie für Lämmer, die einträchtig auf der Weide grasen. Ein Mindestmaß an materieller Interessiertheit, das heißt die Minimierung des Aufwandes im Hinblick auf einen Ertrag, der mich selbst betrifft, scheint mir in jedem Falle eine *Maxime* menschlichen Handelns zu sein, die sogar vom Wirtschaftssystem weitgehend unabhängig ist. Die Frage ist nur, in welcher Weise man sie in das System einbaut.

Das Preissystem ist, wie ich meine, das bisher einzig konsistente System, diese Dinge in einen berechenbaren Zusammenhang zu bringen. Dabei verstehe ich unter Preissystem nicht nur die Reaktion auf Marktdaten, sondern auch auf Daten, die der Gesetzgeber vorgibt. Ich stimme Herrn Jochimsen zu, daß es im Bereich des Umweltschutzes die vordringliche Aufgabe ist, Daten so zu setzen, daß gesellschaftlich nichtgewollte Handlungen von den Adressaten - also den Unternehmen und den Bürgern - vermieden werden können.

Das steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Analyse der öffentlichen Aufgaben und ihrer Reform. Uns fehlt ein Effizienzkriterium für den öffentlichen Sektor. Was das bedeutet, kann man heute an den politischen Bewegungen in Skandinavien schon genau erkennen.

Herr Friedrichs hat von der Notwendigkeit gesprochen, den öffentlichen Sektor auszudehnen. Dabei scheint mir die Frage nach den Bewertungskriterien für die Ausweitung dieses Sektors und für die Inanspruchnahme der Leistungen - vor allem, was wir als Leistungen bezeichnen - eine zumindest gleichrangige Aufgabe zu sein.

Friedrichs

Uns fehlt eine Ökonomie der kollektiven Güter. 48

Mestmäcker

Im Bereich des Umweltschutzes sind wir für alle korrigierenden Maßnahmen ohne Zweifel auf die Rationalität des marktwirtschaftlichen Systems angewiesen. Ich formuliere es so überspitzt nicht deshalb, weil ich glaube, daß die Aufgaben im marktwirtschaftlichen System gelöst werden könnten, wohl aber, weil ich meine, daß die Rationalitätskriterien, die Berechnung von Aufwand und Ertrag im Hinblick auf ein gewelltes Ziel, ein unverzichtbarer Bestandteil auch dieser Maßnahmen sein müssen.

Graf Lambsdorff

Wenn Herr Jochimsen sagt, daß wir die Ressourcen, die dem Staat zur Verfügung stehen, nicht so einsetzen, wie das der Fall sein müßte, dann kann ich das nur nachhaltig unterstreichen. So entschließt sich der Staat gelegentlich durchaus zu Recht zu Maßnahmen, die zum Zeitpunkt ihrer Entstehung begründet waren. Er ist aber nicht in der Lage, sie nach zwanzig, dreißig Jahren wieder abzubauen. Das ist nicht nur eine Frage der sachlichen Verquickung, sondern vor allem auch der personellen Verfilzung, die kaum zu überwinden ist.

Ich nenne als Beispiele nur die Steuerprivilegien der Sparkassen und die Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften. Vor 25 Jahren war das sicher notwendig. Wenn Sie heute nach der Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften fragen, dann springen Ihnen der halbe Bundestag, sämtliche Länderminister und Oberbürgermeister an den Hals.

Narjes

Das Beharrungsvermögen im öffentlichen Bereich ist sicher außerordentlich groß, Graf Lambsdorff. Je mehr Bereiche wir in den öffentlichen Dunstkreis überführen, desto mehr fördern wir die Immobilität. Denken Sie nur an Post, Bahn und Universitäten. Es ist unvertretbar, was wir uns dort an Verschwendung leisten. Es ist kürzlich in einer Studie nachgewiesen worden, daß 1995 jeder zweite Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst beschäftigt sein wird, wenn die gegenwärtige Tendenz anhält.

Zunächst muß festgestellt werden, worauf die Immobilität im einzelnen beruht. Warum helfen die bisherigen Kontrollmechanismen nicht? Unsere Rechnungshöfe, die die Aufgabe hätten, so etwas abzustellen, sind diesen Problemen gegenüber funktionsunfähig. Sie rechnen auf den Pfennig, aber Summen über einige 10000 DM haben sie schon nicht mehr recht im Griff. Das Urteilsvermögen über noch größere Beträge ist bisher nicht entwickelt.

Angesetzt werden muß bei den großen Organisationsentscheidungen des Gesetzgebers, die den Personalaufwand und die Aufgaben bestimmen. Dabei fehlt es einmal an Verfahren, um mit hinreichender Autorität die Besitzstände zu überwinden. Zum anderen fehlt es auch an Phantasie.

Wenn wir unterstellen, daß sich in Deutschland vielleicht in fünfzehn Jahren die Realeinkommen bei noch weiter steigender Tendenz verdoppelt haben werden, sollten wir dann nicht weit mehr Freiheit und Selbstbestimmungsmöglichkeiten dadurch schaffen, daß wir das Prinzip der Subsidiarität wieder einführen? Dann käme man auch zu einem ganz anderen Verständnis der Staatsaufgaben. In den skandinavischen Ländern spürt man bereits wieder deutlich das Defizit an privaten Entwicklungsmöglichkeiten und möchte gerne die staatlichen Einwirkungen verringern.

Glastetter

Man pendelt in dieser Diskussion zwischen den Extremen immer hin und her. Einerseits erkennt man die Notwendigkeit, daß dringend etwas getan werden muß. Andererseits wird dagegen eine Vielzahl von Vorbehalten ausgesprochen. Dann ist wiederum die Rede davon, es müßten Strukturen geändert werden. Schließlich wird gesagt, das Ganze wäre nicht aufgrund kollektiver Entscheidungen möglich, sondern müsse dem Markt- und Preismechanismus anvertraut werden.

Dahinter scheint sich die bewußte oder unbewußte Angst zu verbergen, heiße Eisen wirklich anzupakken. Lassen Sie mich auf die harte Realität zurückkommen: die Preissteigerungsraten. Da zeigen sich für mich eine ganze Reihe von Widersprüchen. Nach den Rezepten, die uns angeboten werden, sollen wir einerseits, und dies völlig zu Recht, die Existenz des einzelnen, sein Einkommen und so weiter sicherstellen; andererseits empfiehlt man aber eine Drosselung der Konjunktur, die durchaus einen Anstieg der Arbeitslosenquote einschließt. Man sieht einerseits die Notwendigkeit, daß der Staat mehr für Kindergärten, Schulen und so weiter ausgibt; aber in der konkreten Situation soll er andererseits möglichst sparen. Man spricht seit 25 Jahren von einer sozialen Marktwirtschaft mit Verteilungsgerechtigkeit, aber in der aktuellen Situation wird verlangt, daß sich insbesondere die Gewerkschaften in ihren Forderungen zurückhalten, damit man den Wirtschaftsprozeß wieder über eine weitere Runde bringt.

Wenn man von der Notwendigkeit zu steuern spricht, dann muß man auch Ernst damit machen und sagen, wo gesteuert werden soll. Hier besteht ein Mißverhältnis zwischen dem Ideal der Wettbewerbsmentalität und der Realität. Ich habe zehn Jahre in Mannheim gelebt, Herr Heintzeler, und den Output von BASF mitbekommen - nicht in Form von Gütern, sondern das, was aus dem Kamin kam. Bedarf es da noch anthropologischer Kriterien, um einzusehen, daß hier etwas getan werden muß?

Der neuralgische Punkt ist zweifellos die Frage der Systemkonformität, wobei der Begriff "System" inzwischen sicher ideologisch verzerrt ist. Man kann kaum mehr nüchtern darüber diskutieren. Reagiert das System so auf die Anstöße, wie man es von seilen einer gesamtwirtschaftlichen Planung erwartet? Die ökonomische Gesetzmäßigkeit, die man hinter jener berühmten invisible hand vermutet, funktioniert offensichtlich nicht so, wie man es gerne hätte, um sie entsprechend beschwören zu können. Hier spielen andere Kategorien eine Rolle, die in die Diskussion miteinbezogen werden müssen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel darstellen: Wir haben seit einigen Wochen eine Experimentierphase hinter uns, in der versucht wurde, in die internationalen Kapitalströme dirigistisch einzugreifen. Das ist gescheitert. Viele sehen darin eine Bestätigung ihrer These, daß es doch keine sinnvolle Alternative zum anonymen Marktmechanismus gäbe. Aber ist das Scheitern dieser Maßnahmen darauf zurückzuführen, daß man bisher einen Komplex von der Größe einer Volkswirtschaft nicht in den Griff bekommen hat? Ich könnte mir Computer vorstellen, die das durchaus möglich machen. Die Maßnahmen haben nicht gewirkt, weil man den Wirtschaftsprozeß mit den bisher entwickelten Kategorien nicht steuern kann, das heißt, weil die Maßnahmen wegen bestehender Machtkonstellationen unterlaufen werden konnten.

Wenn dem so ist, dann stellt sich das Problem systemkonform oder systeminkonform qualitativ neu. Die Bundesrepublik hat doch den konkreten Verfassungsauftrag, den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen. Die bisherige Interpretation ging dahin, das Soziale gewissermaßen als ein Ergänzungs- und Hilfskriterium aufzufassen. Herr Narjes spricht sogar schon wieder von Subsidiarität. Der Vorschlag der Subsidiarität erinnert mich angesichts der vor uns liegenden Probleme daran, daß es einmal eine Empfehlung gab, sich gegen Atombomben mit der Aktentasche zu schützen. Man sollte also die Frage der Systemkonformität nicht als Tabu behandeln.

Niemand wird so naiv sein zu glauben, daß man einen Komplex wie eine Volkswirtschaft dirigistisch detailliert planen kann. Das wäre sicher ineffizient. Es wurde hier die Verschwendung im öffentlichen Bereich beanstandet, aber niemand sprach von der Verschwendung durch Werbekampagnen, wo man Millionen ausgibt, nur um ein Produkt loszuwerden, bei dem der Bedienungsknopf rechts unten, statt links oben sitzt. Was Verschwendung und Effizienz angeht, scheinen mir hier gewisse Mißverhältnisse zu bestehen.

Unter Berücksichtigung aller Kategorien stellt sich die Frage der Systemkonformität anders. Es gibt durchaus eine Interpretation, derzufolge der Marktwirtschaftsmechanismus keineswegs zwingend aus dem Grundgesetz abzuleiten ist; daraus können auch andere Wirtschaftsformen abgeleitet werden. Der Verfassungsauftrag zielt auf einen sozialen Rechtsstaat.

Narjes

Mit dem Wort systemkonform wollte ich nur andeuten, wo ich Grenzen sehe.

Was den Verfassungsauftrag angeht, Herr Glastetter, so werden in der Diskussion oft verschiedene Inhalte des Grundgesetzes vermengt. Sicher enthält das Grundgesetz den Begriff soziale Marktwirtschaft nicht, aber es enthält eine Reihe von nicht änderbaren verfassungssicheren Grundrechten, die jeder Wirtschaftsordnung Grenzen setzt. Zu den Geboten des Grundgesetzes gehört es, daß wir einen sozialen Rechtsstaat haben wollen. Es gehört aber nicht dazu, daß wir das auf dem Wege der Nationalisierung erreichen müssen.

Mit den Artikeln 14 und 15 bietet das Grundgesetz Möglichkeiten, die eingeführt wurden, weil man 1948/ 49 nicht wußte, was man erreichen konnte. Sie stellen aber keinesfalls ein Gebot an den Gesetzgeber dar, welches bis heute nicht ausgeführt ist. So wird es zuweilen interpretiert, und dem muß ich widersprechen. Denn das könnte dazu führen, daß das Grundgesetz in ein noch nicht verwirklichtes sozialistisches Verfassungsgebot umfunktioniert wird, wie es Abendroth und seine Schüler formulieren.

Noch ein Hinweis zur Klarstellung: Ich habe den Übergang zur Subsidiarität ausdrücklich als eine Möglichkeit auf zwanzig Jahre hin angeführt unter der Voraussetzung, daß die Realeinkünfte sich bis dahin verdoppelt oder noch weiter vervielfacht haben. Könnte sich dann nicht im Interesse des Freiheitsgebotes des Grundgesetzes die Frage stellen, ob man wieder mehr Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung schaffen soll, die unter den heutigen Umständen nicht gegeben sind? Das muß zumindest erörtert werden, wenn man über die Zukunft nachdenkt.

Altmann

Wenn wir von Umsteuerung sprechen, zeigt sich erstens, daß das Subjekt der Umsteuerung, also der Staat, selbst erst reformiert und modernisiert werden muß, bevor er umsteuern kann. Zweitens sind auch die Steuermöglichkeiten heute noch sehr gering. Die Regierungen können weder die Konjunktur steuern noch die Stabilität erreichen, und sie haben die Dispositionen für die Haushalte fast verloren. Unter diesen Umständen ist es natürlich problematisch, von Umsteuerung zu sprechen.

In der Umsteuerung ist aber auch, wenn man Herrn Glastetter zuhört, der Versuch zu sehen, zu einer anderen Form von Gesellschaft zu gelangen. Wenn das zutrifft, dann ist die These von der Umsteuerung irrational, weil sich hinter ihr das Motiv versteckt, die Gesellschaft selbst verändern zu wollen.

Graf Lambsdorff

Herr Glastetter zeichnet ein bedauerliches Bild unserer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit. Er sagt aber im Grunde nur, was er alles nicht will. Was soll denn anstelle dessen getan werden? Es kommt gar nicht darauf an, ob man das systemkonform oder marktkonform nennt, sondern ob es wirksam ist.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen. Diejenigen, die sich in Bonn die Kapitalverkehrskontrollen ausgedacht haben, sind sich alle darüber im klaren gewesen, daß die Maßnahmen in diesem System nicht wirken können. Wenn Sie nun sagen, sie seien nicht wirksam, weil sie nicht systemkonform sind, so ist das eine Wortspielerei. Wir haben es alle gewußt und haben sie nur aus psychologischen Gründen eingeführt, um Entschlossenheit zu demonstrieren. Niemand hat geglaubt, durch das Aufstellen von Computern oder von Polizisten an Grenzübergängen und Bankschaltern wirksame Kapitalverkehrskontrollen zu erreichen.

Sie können dieses Land abschotten, wie sie wollen; in einer weltweiten Wirtschaftsordnung bleibt dann immer noch in Hongkong, in Malaysia und auf den Bahamas der Kapitalverkehr frei. Wir können uns von der übrigen Welt nicht abschneiden. Sonst würden wir nämlich an den Volkswagen, die ihre Kollegen, Herr Glastetter, in Wolfsburg produzieren, ersticken, weil sie genauso auf Halden kämen, wie die Ruhrkohle.

Gysin

Wie steuert man die Industriegesellschaft? Es würde einem Schweizer nicht liegen, diktatorische Maßnahmen vorzuschlagen. Der Staat ist dafür offensichtlich nicht geeignet. Entweder begreift er es nicht, oder er hat nicht das nötige Geld. Wenn der Staat dazu nicht in der Lage ist, dann könnte doch die Industrie von sich aus eine Menge tun, auch wenn sie nicht dazu verpflichtet ist. Wir können zum

Beispiel Kläranlagen für den Umweltschutz bauen. Hätten wir das schon 1920 getan, brauchten wir heute nicht mehr darüber zu diskutieren.

Die Amerikaner unterscheiden zwischen "available technology" und "practical technology". In vielen Fällen müssen wir erst einmal die available technology schaffen, um dann zu sehen, was praktisch möglich ist. Wir haben für unsere Schweizer Werke zum Beispiel das Ziel gesetzt, das Ausmaß der verschmutzenden Abwässer bis 1985 konstant zu halten. Das bedeutet für den einzelnen Betrieb, daß er entweder seine Verfahren verbessern, neue Technologien schaffen oder seine Produktion konstant halten muß. Die freie Marktwirtschaft können wir nur erhalten, wenn die Industrie beginnt, sich selbst zu kontrollieren. Dann werden auch wir als Bürger kaum etwas anderes tun können. Die Industrie kann hier bahnbrechend wirken.

Schaefer

Vom Energiesektor aus gesehen, ergeben sich drei Grenzen des Wachstums. Die eine Grenze ist die Verfügbarkeit von Energieträgern. Die fossilen Energieträger, die vor 500 Millionen bis etwa vor 50 Millionen Jahren aus pflanzlicher und tierischer Materie entstanden, sind nicht reproduzierbar. Die auf der Erde vorhandenen Reserven stellen bislang nicht nur die dominierende Stütze des anthropogenen Energieverbrauchs dar, sie sind auch eine sehr wichtige Basis für die Stoffgewinnung. Die Vorräte werden innerhalb einer Nutzungszeit von 250 bis 300 Jahren "verheizt" sein, wenn nicht zunehmend andere Energiequellen herangezogen werden, wie zum Beispiel die Kernenergie, die heute auf dem Wege der Kernspaltung und vielleicht in ferner Zukunft auf dem Wege über die Kernfusion genutzt wird. Außerdem bietet sich langfristig die Sonnenenergie zur anthropogenen Nutzung an. Im Hinblick auf die Energiequellen dürfte es möglich sein, die Energieversorgung der Menschheit auf lange Sicht sicherzustellen, obwohl es aus mannigfaltigen Gründen zeitweilig - wie zum Beispiel im Augenblick in den USA - zu erheblichen Engpässen kommen kann.

Die zweite Grenze liegt in der Schadstoffemission, die beim Einsatz fossiler Energieträger auftritt. Es handelt sich dabei um gasförmige und auch feste Bestandteile, die als Verbrennungsrückstände an die Atmosphäre abgegeben werden. Eine weitgehende Verhinderung der Emission toxischer Schadstoffe durch technische Mittel ist denkbar, wird jedoch hohen finanziellen Aufwand fordern und verlangt noch erhebliche Entwicklungsarbeit. Dabei muß berücksichtigt werden, daß auch die Emissionen von Kohlendioxyd und Wasserdampf, beides nichttoxische Stoffe, ökologische Wirkungen zeitigen. Sowohl Wasserdampf als auch Kohlendioxyd bewirken einen Treibhauseffekt, und zwar durch die gegenüber Luft höhere Absorptionsrate für die langwellige Wärmestrahlung, die von der Erde abgegeben wird, und die daraus resultierende Erwärmung der Atmosphäre.

Die dritte Grenze besteht in der schon erwähnten thermischen Belastung. Bei der Deckung des Energiebedarfs wird die dafür eingesetzte Primärenergie als Wärme an die Umgebung abgegeben, wenn man von den anteilmäßig geringen Beträgen absieht, die bei der Stoffgewinnung in chemische Bindungsenergie überführt und nicht durch den Verbrauch dieser Stoffe - wenn auch mit zeitlicher Verschiebung - wieder in Wärme umgesetzt werden. So wird etwa die elektrische Energie, die von Lampen verbraucht wird, zum überwiegenden Teil ohnehin als Wärme abgegeben und selbst der Teil der Strahlung, der im sichtbaren Bereich liegt, wird letztlich durch Absorption auch in Wärme umgesetzt.

Die thermische Belastung durch den anthropogenen Energieumsatz ist also dem Einsatz an Primärenergie direkt proportional. Abgesehen von einer Verringerung dieses Primäreinsatzes gibt es keine technischen Möglichkeiten, die thermische Belastung zu vermindern. Sie kann deshalb eine echte Grenze für den Energieeinsatz werden. Allerdings liegen die Zeiten bis zum Abschmelzen des Eises an den Polkappen noch in weiter Ferne; denn im Augenblick entspricht der anthropogene Energieumsatz erst 0,07 Prozent der Sonneneinstrahlung, die auf die Erdoberfläche auftrifft.

Anders ist die Situation in Verdichtungsräumen, in denen sich das Kleinklima nicht nur durch die Existenz der Städte als solche erheblich ändert, sondern auch durch den Energieumsatz in diesen Gebieten. Durch die hohen Lastdichten des Energiebedarfs entspricht zum Beispiel schon heute in München die thermische Belastung durch den anthropogenen Energieumsatz fast zwanzig Prozent der Sonneneinstrahlung auf das Stadtgebiet.

In der Bundesrepublik beträgt gegenwärtig die Verdoppelungszeit des Gesamtverbrauchs an Energie rund sechzehn Jahre. An diesem Anstieg sind die einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich beteiligt. Während sich der Energieverbrauch der Industrie innerhalb von dreißig Jahren verdoppelt, ist das beim Haushalt und Kleinverbrauch schon innerhalb von elf Jahren und beim Straßenverkehr in weniger als acht Jahren der Fall. Aus diesem Verhalten ergibt sich ein sinkender Anteil der Industrie am gesamten Endenergieverbrauch, der heute bei 38 Prozent liegt, gegenüber einem Anteil von

Haushalt und Kleinverbrauch mit 43 Prozent und einem Anteil des Verkehrs mit 19 Prozent. Auch für die Zukunft ist mit einem weiteren Steigen des Anteils von Haushalt und Kleinverbrauch und auch des Verkehrs zu rechnen.

Vom derzeitigen Primärenergieeinsatz in der BRD gehen bei der Umwandlung im Energiesektor, also den Kraftwerken, den Raffinerien, den Kokereien und so weiter, rund 20 Prozent des Einsatzes als Verluste und Eigenbedarf verloren. Der Sektor Energiewirtschaft kann also dem Endverbraucher nur 80 Prozent seines Einsatzes als Endenergie anbieten. Bei der Anwendung dieser Endenergie zur Deckung des Bedarfs an Wärme, mechanischer Energie, Licht, Schall und so weiter nutzt der Endkonsument etwa ein Drittel, während zwei Drittel als Verluste abgeführt werden. Vom gesamten primären Aufkommen werden also nur rund 35 Prozent genutzt. Hier eröffnen sich Möglichkeiten, durch rationelleres Einsetzen der Energie das Wachsen des Energiebedarfs zu verringern.

Dazu ein Beispiel: Der Individualverkehr, von dem 80 Prozent auf Pkw, Motorräder und Mopeds entfallen, verbraucht über 50 Prozent des gesamten Energieeinsatzes im Sektor Verkehr und setzt diese Energiemenge mit einem Wirkungsgrad von nur rund 10 Prozent ein. Für eine Verbesserung der Nutzungsgrade und eine damit gleichzeitig erreichte Verminderung der Schadstoffzeugung gibt es eine Reihe von Ansätzen. Genannt seien nur: bessere Brennstoffzuteilung, Spaltvergaser, Benzineinspritzung, bessere Zündsysteme, besserer Verbrennungsvorgang im Motor und auch vernünftiger Verkehrsplanung. So würde man zum Beispiel allein beim Anheben der effektiven Durchschnittsgeschwindigkeit in Städten auf etwa 40 km/h den Brennstoffverbrauch auf etwa 30 Prozent und den Schadstoffauswurf auf etwa 50 Prozent senken können. Andererseits könnte man allein durch eine Formgebung, die die Luftwiderstandsbeiwerte kleinhält, den Leistungsbedarf und damit auch den Benzinverbrauch auf zwei Drittel des bisherigen senken, wie sich schon beim Vergleich der Fahrzeuge zeigt, die sich heute auf dem Markt befinden.

Wie man allerdings durch zu forcierte staatliche Auflagen auch das Gegenteil des Gewünschten erreichen kann, hat Herr Thiemann am Beispiel der katalytischen Nachverbrennung in den USA erwähnt. Die dort gemachten Auflagen führten zu Lösungen, bei denen zwar der relative Schadstoffauswurf vermindert, aber gleichzeitig der Brennstoffbedarf erhöht wird, die absoluten Schadstoffmengen also unter Umständen gleichbleiben.

Bombach

Denken Sie auch an die unökonomischen Bauweisen. Die Architekten lieben es, alles aus Glas zu machen, so daß man im Winter viel heizen muß und im Sommer Klimaanlage braucht. Man kann Häuser bauen, die zum Heizen nur die Hälfte an Energie benötigen.

Schaefer

Unsere Bauvorschriften berücksichtigen in bezug auf Wärmedämmung überhaupt nicht die Belange eines wirtschaftlichen Energieeinsatzes.

Bombach

Sie können Bauvorschriften erlassen oder den Strom verteuern. Beides würde helfen.

Schaefer

Herr Thiemann sagte in seinem Referat, wir verwendeten bei der Kerntechnik zur Zeit noch Reaktoren, wie sie für U-Boote typisch sind. Wir sind gerade in der Bundesrepublik dabei, Reaktoren zu entwickeln, die den Brennstoff besser ausnutzen. Ich nenne den Schnellen Brüter und vor allem den Hochtemperaturreaktor.

Glastetter

Wenn Sie sagen, Herr Schaefer, daß die Haushalte und der Individualverkehr die Energie unrationell verbrauchen, dann muß man aus dieser Feststellung auch Folgerungen ziehen. Was bedeutet es konkret, daß dann umweltgefährdende Energieträger gesteuert und zurückgeschraubt werden müssen?

Siebker

Wenn hier von neuen Technologien gesprochen wurde, so muß ich darauf hinweisen, daß es häufig sehr lange dauert, sie einzuführen. Nehmen Sie das Beispiel der Kernenergie. 1939 wurde das Patent

für Reaktoren angemeldet und 1942 der erste Reaktor betrieben. Heute, über dreißig Jahre danach, ist erst weniger als ein Prozent der Primärenergie durch Kernenergie ersetzt worden, obwohl schon einige Hundert Milliarden Dollar dafür ausgegeben wurden, zum Teil im militärischen, zum Teil im zivilen Bereich. Selbst die Optimisten nehmen nicht an, daß 1990 mehr als vielleicht 15 Prozent der Primärenergie durch Kernenergie substituiert werden kann.

Selbst wenn die kontrollierte Kernfusion machbar ist, bedeutet es keineswegs, daß damit die Umweltprobleme behoben sind. Es gibt auch in diesem Falle radioaktive Folgeprodukte.

Um aber nicht nur einen skeptischen Beitrag zu geben, möchte ich hier auf eine bisher noch nicht erwähnte technische Möglichkeit hinweisen, nämlich den Einsatz von Wasserstoff als "zweitem Energiereaktor" parallel zur Elektrizität mit vielfältigem Einsatzpotential in Industrie und Haushaltungen und energetischen Vorteilen bei gleicher Umweltfreundlichkeit.

Schaefer

Wie stellen Sie den Wasserstoff her, wenn Sie keine Kraftwerke haben, die den Strom erzeugen? Der Wasserstoff bietet uns nur die Möglichkeit, Energie mit hoher Dichte zu transportieren. Die Frage der Energieverfügbarkeit wird davon überhaupt nicht berührt.

Siebker

Doch. Es sind Verfahren in der Entwicklung (mehrstufige endothermische chemische Kreisprozesse in Verbindung mit Hochtemperatur-Kernreaktoren), die den Umweg über die Elektrolyse vermeiden und damit eine erhebliche Primärenergieersparnis und Verringerung der relativen Wärmebelastung bedeuten können. Außerdem kann die Energiedarbietung durch eine Wasserstoffwirtschaft dadurch verbessert werden, daß die Energiefortleitung und -speicherung mit wesentlich geringeren Verlusten verbunden ist.

Durch die Benutzung von Brennstoffzellen könnte In manchen Anwendungsfällen sogar die Elektrizitätserzeugung aus Wasserstoff wirtschaftlich sein.

Die von Ihnen erwähnte, durch die Wärmebelastung gegebene absolute Grenze der Energieversorgung würde allerdings auch durch eine allgemeine Einführung der Wasserstoffwirtschaft nicht um mehr als einen Faktor 2 beeinflußt werden können.

Meyer-Abich

Erstens geht es um die Feststellung von Grenzen des derzeitigen, also nicht jeglichen, sondern des herkömmlichen Wachstums. Man kann davon ausgehen, daß auch eine andere wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Nachdem Grenzen festgestellt sind, ist zweitens die Frage, ob es überhaupt Möglichkeiten gibt, darauf irgendwie zu reagieren. Dazu hat sich Herr Heintzeler sehr optimistisch geäußert. Ich teile diesen Optimismus bis zu einem gewissen Grade durchaus; denn es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, auf die Feststellung von solchen Grenzen zu reagieren.

Das eigentliche Problem kommt jetzt aber erst. Es lautet: Wenn es Wachstumsgrenzen gibt und wenn die Katastrophe nicht unvermeidlich ist - welcher wirtschaftspolitischen Steuerungsmaßnahmen bedarf es, um sie zu vermeiden? Demgegenüber bleiben die meisten Diskussionen dabei stehen, ob es überhaupt Grenzen gibt und ob es überhaupt Möglichkeiten gibt, um sie zu vermeiden.

Ich sehe zum Beispiel die folgenden Grenzen, an die wir nicht stoßen sollten: Vergiftung der Umwelt, Erschöpfung der Ressourcen, Klimaveränderungen durch Energieumwandlungsprozesse, negativvergrenznutzen des Wachstums.

Bei Schadstoffbelastungen ist ziemlich klar, welches ökonomische Instrumentarium angewendet werden muß: Einführung von Abgaben, gegebenenfalls Subventionen für Übergangszeiten und dergleichen mehr. Es gibt einige Scheinprobleme, die die akademische Diskussion verwirren, etwa die genaue Festlegung von Sozialkosten oder die Ermittlung des Verursachers. Das ist im Prinzip aber lösbar. Die Konsequenzen sind wahrscheinlich nicht sehr weitreichend und gewisse Preissteigerungen müssen wir mit Recht tragen. Denn jetzt leben wir auf Kosten der Umwelt, der Nachbarn, der Zukunft. Das sollten wir nicht tun, sondern entsprechend mehr bezahlen.

Da sind zweitens die Ressourcenprobleme. Sicher kann man viele Materialien regenerieren beziehungsweise durch Substitution ersetzen. Das ist heute schon bei Schrott, Kupfer und anderen Dingen der Fall. Die Aufgabe ist, mit den Ressourcen ökonomisch umzugehen, die im Augenblick wirklich verschwendet werden. Hier gibt es bereits weitreichende Konsequenzen. Eine Konsequenz wäre die Einführung langlebiger Produkte. So ist die Herstellung eines Autos, das doppelt so lange

hält wie das heutige, ohne weiteres möglich. Es erfordert aber nicht die doppelte Menge an Arbeit wie das heutige Auto. So entstehen also Arbeitsplatzprobleme. Wie wir darauf reagieren, muß man im einzelnen durchspielen.

Drittens gibt es das Energieproblem. Wie Herr Schaefer eben sagte, ist es nicht ein Problem der Verfügbarkeit von Energie. Wir sind auf Jahrtausende hinaus - also praktisch unbegrenzt - mit Energie versorgt. Die Schadstoffbelastungen halte ich im Einklang mit Herrn Schaefer ebenfalls für vermeidbar. Auf längere Sicht dürfte das eigentliche Problem die thermische Belastung der Umwelt sein. Welches sind hier die anstehenden Konsequenzen? Es geht sicher nicht nur um die Erhöhung des Wirkungsgrades; denn auch die Nutzenergie wirkt sich ja als Wärmebelastung der Umwelt aus. Wir haben von Starnberg aus eine Studiengruppe gebildet, um das zu untersuchen. Wahrscheinlich wird das Resultat sein, daß gewisse Steigerungen des Energieverbrauchs zu klimatischen Beeinträchtigungen führen, die wir nicht wünschen können.

Rein statistisch gesehen - nicht kausal verstanden - besteht eine Korrelation zwischen dem bisherigen Erfolgsmaß wirtschaftlicher Entwicklung, dem Bruttosozialprodukt und dem Energieverbrauch. Beide Entwicklungen laufen ungefähr parallel. Daraus ergibt sich die sehr weitreichende Frage: Wie läßt sich eine wirtschaftliche Entwicklung konzipieren, bei der der Fortschritt, wie auch immer er dann gemessen wird, bei einem stationären Energieverbrauch stattfindet? Hier muß man voraussichtlich mit einem vor Erreichen der Grenze verbleibenden Zeithorizont von fünfzig oder sechzig Jahren rechnen, je nachdem, wann die regionalen Belastungen relevant werden. Wenn wir einmal von sechzig Jahren ausgehen, dann haben wir zwar noch etwas Zeit. Wir müssen aber allmählich anfangen, die Sättigungskurve des Energieverbrauchs einzusteuern, ohne den wirtschaftlichen Fortschritt aufzugeben.

Schließlich hat Herr Heigert die Frage aufgeworfen, ob nicht bei der derzeitigen Entwicklung die Kosten des Wachstums allmählich größer werden als die Erträge. In einer Studie für die öffentlichen Haushalte wird nachgewiesen, daß der öffentliche Bedarf auf zehn oder fünfzehn Jahre voraus immer um einige Prozente stärker wächst als die Staatseinnahmen. Die Frage ist, ob sich das derzeitige Wachstum, gesamtwirtschaftlich gerechnet, überhaupt bezahlt macht, oder ob die Grenzkosten dieser wirtschaftlichen Entwicklung allmählich größer werden als die Grenzerträge. Ich übersehe nicht, ob und wie diese Frage zu entscheiden ist.

Bombach

Die Feststellung der Wachstumsgrenzen stützt sich auf die Beobachtung der Vergangenheit. So hat man etwa errechnet, daß bei einer Zunahme des Sozialproduktes um 10 Prozent der Bedarf an elektrischem Strom um 16 Prozent gewachsen ist. Man geht dann davon aus - mit einigen Modifikationen, wie es MIT tut;- , daß es auch in Zukunft so sein wird, so aber nicht weitergehen könne.

Erstens stammen die Parameter dieser Schätzung aus Zeiten der Verschwendung, als elektrischer Strom billig war. Wendet man sie für die Zukunft an, wo er teuer sein wird, ist die Rechnung falsch.

Wenn man zweitens daraus folgert, man solle das Wachstum stoppen, weil es so nicht weitergehen könne, dann wackelt der Schwanz mit dem Hund. Sollen wir das Wachstum des Sozialprodukts aufgeben, weil mit ihm der Stromkonsum wächst? Warum gehen wir nicht den umgekehrten Weg, den Herr Schaefer uns vorzeichnet, und fragen: Wo wird eigentlich die meiste Energie verbraucht? Wir stellen dann plötzlich fest, daß es die privaten Haushalte sind und nicht der Produktionsprozeß, der das Sozialprodukt schafft. Wie können wir also die Haushalte dazu bringen, daß sie mit dem Strom sparsamer umgehen? Sollen wir auf das Wachstum verzichten, weil alle Haushalte geheizte Schwimmbäder, Heimsaunen und Trockenkammern haben wollen? Wäre es nicht besser, auf diese Dinge zu verzichten, damit die Wirtschaft weiter wachsen kann?

Die Aufteilung in Haushalte und Industrie reicht freilich noch nicht aus. Wenn Sie im Bereich Industrie weiter differenzieren, dann stellen Sie fest, daß der Strombedarf der großen Verwaltungsgebäude den höchsten Zuwachs hat. Wenn in den amerikanischen Städten die Stromversorgung zusammenbricht, liegt das an den großen Verwaltungs- und Bürogebäuden, nicht am Prozeß-Strom.

Heißt die Schlußfolgerung also: Verzicht auf Wachstum? Auch müssen wir bedenken, daß das, was in den Haushalten geschieht, nicht nur ein Reflex des zunehmenden Einkommens, sondern eine Folge der ungleichmäßigen Einkommensverteilung ist.

Friedrichs

Es sind doch Produzenten, die den Haushalten das verkaufen, was den Stromkonsum so außerordentlich steigert. Die Frage ist zum Beispiel: Wieviel Strom muß ein Kühlschrank verbrauchen, damit er das leistet, was der normale Konsument von ihm erwartet. Viele Geräte - und das gilt nicht nur für Kühlschränke - haben aber Eigenschaften, die vom Normalverbraucher gar nicht genutzt werden können.

Heigert

Es sind die privaten Haushalte, die diese Dinge kaufen - wer sonst?

Friedrichs

Nein, die Haushalte machen nur Gebrauch von den Angeboten, die ihnen vorwiegend durch Werbung angepriesen werden. Es sind die Produzenten, die anregen, ihre Produkte zu kaufen. Es ist die Frage, ob das immer in der angebotenen Qualität erforderlich ist.

Narjes

Wer trifft die freie Konsumententscheidung?

Friedrichs

Sicherlich nicht der Konsument allein. Daran wird gedreht.

Körper

Das Drehen kann darin bestehen, daß durch Konsumanreize schlummernde Bedürfnisse geweckt werden. Sind derartige Bedürfnisse nicht vorhanden, kann der Produzent mit noch soviel Werbung nichts absetzen.

Friedrichs

Das nehme ich Ihnen nicht ab, Herr Körper. Richtig ist lediglich, daß auch mit bester Werbung auf die Dauer schlechte oder absurde Produkte nicht verkauft werden können. Die Werbung wirkt aber bei Ausnutzung gegebener Verhaltensweisen und -trends außerordentlich manipulativ und preiserhöhend. Nur bekannte und teure Produkte gelten als gut. Billige Waren haben nur als Lockvögel eine Chance, wenn sie gleichzeitig bekannte Markenartikel sind. Selbst preisgünstige Handelsmarken bringen den Gesamtmarkt nicht ins Wanken. Andererseits suggeriert die Werbung Qualitätswünsche, die weit über die Bedürfnisse der Normalverbraucher hinausgehen. Welcher Amateurfotograf kann tatsächlich die technischen Möglichkeiten der ihm angepriesenen Fotoapparate oder Filmkameras sinnvoll nutzen?

Binder

Wir haben eine Produzentensouveränität, aber nicht unbedingt eine Verbrauchersouveränität.

Friedrichs

Das bisher übliche quantitative Wachstum schafft Probleme. Deshalb wurde auf dem IG Metall-Kongreß 1972 über die Qualität des Lebens der Vorschlag diskutiert, zum qualitativen Wachstum überzugehen. Das heißt nicht Wachstumsverzicht oder Nullwachstum, sondern eine andere Struktur des Wachstums. Die Verwirklichung kann auf unterschiedliche Weise geschehen und braucht keineswegs immer mit hohen Kosten verbunden zu sein. So könnte mehr Demokratisierung durch Mitbestimmung auf verschiedenen Ebenen gewisse Steuerungsimpulse auslösen. Man kann auch administrativ vorgehen, das heißt mit Ge- und Verboten.

Ein privater Haushalt konsumiert sowohl private Konsumgüter, die er auf dem Markt kauft, wie auch kollektive Konsumgüter, die er teilweise umsonst, teilweise gegen Gebühren erhält, in aller Regel aber nicht voll zu bezahlen hat. Unter qualitativem Wachstum verstehe ich, daß der private Konsum zwar weiter wächst, daß aber gleichzeitig die Bereiche des kollektiven Konsums, also die öffentlichen Dienstleistungen, stärker wachsen.

Dafür sind mehrere Voraussetzungen erforderlich. Einerseits müssen die vorhandenen öffentlichen Mittel rationeller verwendet werden. Das betrifft die fehlende Ökonomie der kollektiven Güter. Außerdem muß die Staatsquote erhöht werden, wenn wir wirklich qualitatives Wachstum, das heißt bessere Verkehrsmittel, mehr Kindergärten, Schulen, Umweltschutz und dergleichen wollen.

Höhere Staatsquote erfordert zunächst mehr Steuergerechtigkeit. Wenn Sie einfach jeden gleichmäßig mit mehr Steuern belasten, werden Sie kaum erwarten können, daß die Gewerkschaften das akzeptieren. Nach einer Steuerreform, die einen höheren Grad an Gerechtigkeit bringt, läßt sich wahrscheinlich auch mit Arbeitnehmerhaushalten darüber diskutieren, daß zusätzliche öffentliche Güter einen verringerten Zuwachs an privaten Gütern ergeben.

Heigert

Also mehr Dienstleistungen, weniger private Produktion und Konsumtion.

Friedrichs

Ja.

Narjes

Muß das immer so bleiben, oder ist das ein gegenwärtiger Engpaß, den Sie überwinden wollen?

Friedrichs

Es besteht ein Mißverhältnis zwischen dem Bedarf an kollektiven Gütern und dem Angebot. Wenn dies bewältigt ist, kann man vielleicht wieder anders planen. Für die nächsten zehn oder fünfzehn Jahre wird man sich aber daran halten müssen.

Bombach

Aber der Transfer von Produktionsfaktoren vom privaten zum öffentlichen Sektor setzt die globale Zuwachsrate herab, weil im öffentlichen Bereich der Produktivitätsfortschritt geringer ist. Wir dürfen bei gleichen Wachstumsraten nicht einfach trotz entscheidender Schwerpunktverlagerungen einen konstanten Kuchen verteilen. Das gleiche gilt für das Umschalten von Export auf Binnenwirtschaft. Der Produktivitätsfortschritt der Exportwirtschaft ist ungleich größer als der der Binnenwirtschaft.

Friedrichs

Es ist mir klar, daß durch eine Umstrukturierung auf qualitatives Wachstum eine ganze Reihe sektoraler und regionaler Probleme entsteht. Wenn man solche Überlegungen anstellt, muß man die Konsequenzen miteinbeziehen.

Glastetter

Bei Ihrer Vorstellung, Herr Bombach, habe ich gewisse Verständnisschwierigkeiten. Sie wollen also den Wachstumsprozeß weiterlaufen lassen und nur den Energiebedarf etwas zurückschrauben.

Bombach

Ganz gezielt dort, wo der Zuwachs am höchsten ist.

Glastetter

Ich habe mich heute belehren lassen, daß der größte Zuwachs im privaten Bereich, bei den Haushaltsgeräten, liegt. Ihre Forderung würde konkret bedeuten: Produzieren wir weiter Haushaltsgeräte, Waschmaschinen, Kühltruhen, und verkaufen wir sie mit der Auflage, sie nicht zu benutzen! Die andere Alternative wäre, eine sparsamere Verwendung anzustreben.

Eine weitere Möglichkeit könnte darin liegen, die Produktion dieser Geräte nicht einzuschränken, aber immerhin ihre Wachstumsraten zu drosseln, um einen Umschalteffekt zu erzielen. Das wirkt in jedem Fall, unabhängig von den Instrumenten, auf die Konsumgüterproduktion zurück, von dort auf die Investitionsgüterproduktion und damit auf die Wachstumsrate. Wie man aber den Wachstumspfad unverändert lassen und gleichzeitig etwas gezielt steuern will, das verstehe ich nicht.

Noch ein Wort zu den Instrumenten. Sobald man die Forderung nach Steuererhöhung im Interesse des höheren Staatsanteils auch nur andeutet, wird sofort - abgesehen von der Frage nach der Steuergerechtigkeit - vor konfiskatorischen Elementen, vor schleichender Sozialisierung gewarnt. Hinzu kommt, daß die Steuern ein Bestandteil der Kalkulation sind und sich in den Preisen niederschlagen. Das steht aber im Widerspruch zu unserem Ziel der Preisstabilität. Hier sehe ich die Grenze der sogenannten systemkonformen incentives.

Bombach

Wenn man die Geräte besteuert oder den elektrischen Strom verteuert, wird weniger gekauft. Das wirkt konjunktdämpfend, da nicht mehr so viele solcher Geräte gebaut werden. Darauf warten wir doch schon lange, Herr Glastetter. Dann würden Produktionsfaktoren frei für die Dinge, die Herrn Friedrichs mehr am Herzen liegen.

Glastetter

Das hat aber entsprechende Rückwirkungen.

Bombach

Natürlich sehe ich den Konflikt: Wir reden von der Qualität des Wachstums; einen geheizten Swimmingpool zu haben, ist hohe Qualität, die uns aber möglicherweise an Grenzen führt.

Schmidt

Damit macht man es sich doch etwas zu einfach, Herr Bombach. Sie setzen immer am Ende der Verursacherkette an und wollen dem Endverbraucher, dem letzten Nachfrager, Preiserhöhungen auferlegen, damit er auf andere Produkte ausweicht. Oder man unterstellt, daß die zusätzliche Besteuerung der Produktion auf den Endverbraucher überwältigt wird. Bei preisunelastischer Nachfrage, vielleicht auch beim Hausbrand oder bei elektrischen Geräten, bereitet das dann keine Schwierigkeiten. Denn es ist zweifelhaft, ob wegen einer Verteuerung des Hausbrandes weniger Strom verbraucht wird. Dann ergibt sich aber überhaupt kein positiver Effekt für die Erhaltung von Rohstoffen oder für den Umweltschutz.

Können wir es uns angesichts der aufgezeigten Probleme im Energie-, im Rohstoff- und im ökologischen Bereich leisten, den bequemsten Weg der Konfliktminimierung zu gehen und am Ende der Verursacherkette anzusetzen und zu hoffen, daß die Produktion sich allein dadurch langfristig umstrukturieren werde, wenn der Verbraucher zusätzlich belastet wird?

Ich warne davor, das marktwirtschaftliche Verursacherprinzip zum Dogma zu erheben und für besonders kritische Bereiche administrative Maßnahmen zu verteuern. Damit würde man politisch ein unhaltbares Klima erzeugen. Denn bestimmte Eingriffe, die sich in Verdichtungsräumen mittelfristig sowieso nicht ausschließen lassen, werden sofort in die ideologisch aufgeladene ordnungspolitische Debatte hineingezogen. Hier sollte man mehr differenzieren und weniger kritiklos Patentrezepte anbieten.

Das Abfallbeseitigungsgesetz ist nach meiner Ansicht ein typisches Beispiel dafür, wie etwas falsch angelegt ist, weil man am Ende der Verursacherkette ansetzte. Man hat, übertrieben gesagt, die Mülltonnen beziehungsweise deren Transport verteuert, die Abfallproduktion aber kaum berührt.

Haseloff

Alle diese Steuerungsmechanismen funktionieren nur, wenn der Staatsbürger sie in seine eigene Verhaltensorientierung miteinbezieht. Wir dürfen auch hier nicht von den Menschen absehen, deren Verhalten und deren Ziele gesteuert werden, die also betroffen sind. Was bedeutet aber ein Programm der Festlegung von Wachstumsgrenzen für das Verhalten des einzelnen Menschen und für seine Bedürfnisse?

Ich stimme Herrn Friedrichs selbstverständlich zu, wenn er sagt, daß die Qualität des Lebens auch von kollektiven Leistungen abhängt. Ein Teil unserer Probleme hängt aber damit zusammen, daß gerade die institutionelle Apparatur, die diese kollektiven Leistungen erbringt, mit sehr viel geringerer Effizienz arbeitet als andere Organisationen, wie etwa Wirtschaftsunternehmen, die unter dem Gesetz des Wettbewerbs und der rationalen Optimierung von Nutzenfunktionen stehen. Das konventionelle Instrument der Steuer- oder Gebührenerhöhung dürfte hier kaum ausreichen. So hat beispielsweise die Post die Gebühren schon mehrfach erhöht, ihre Leistungen werden dennoch immer bescheidener.

Wenn es nicht gelingt, die Menschen zu veranlassen, sich so zu verhalten, wie es den Zielen der modest society entspricht, ist keinerlei Erfolg in Richtung auf eine erwünschte Wachstumsbegrenzung zu erwarten. Nicht einmal ein erheblicher Zwang, wie er bestimmte Sozialsysteme kennzeichnet, kann beispielsweise bewirken, daß über längere Zeit hinweg mehr geleistet wird, als es den Motivationen der Beteiligten entspricht. In diesen Sozialsystemen ist ja das Problem des Leistungsunwillens noch größer als bei uns, wenn es auch nicht zugegeben wird.

Es wird heute gern unter Bezugnahme auf die Wirtschaftswerbung von einer nahezu beliebigen Manipulierbarkeit des Menschen gesprochen. Abgesehen davon, daß die Polemik gegen Werbung den zentralen Motivierungsmechanismus einer Wettbewerbsgesellschaft trifft und daher das marktwirtschaftliche System selbst meint, ist hier nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß beispielsweise von hundert neuen, durch Werbung eingeführten Produkten mehr als neunzig vom Nachfrager zurückgewiesen werden. Die Manipulierbarkeit menschlicher Motivationen hat also sehr viel engere Grenzen, als die Systemkritiker tendenziös voraussetzen. Ebenso wie neue Produkte aber könnten die "Nachfrager" auch die Angebote oder Versprechungen zurückweisen, die ihnen im Sinne der Qualität des Lebens gemacht werden.

Wir sollten also die Urteilsfähigkeit der Nachfrager und Staatsbürger nicht immer dann unterschätzen, wenn dies gerade ins Konzept paßt. Wollen wir nämlich die Qualität des Lebens steigern, fordern gleichzeitig aber den Verzicht auf Haushaltsgeräte, so wird dies kaum akzeptiert werden. Damit würde ja ein Verzicht auf reale Bedürfnisbefriedigung zugunsten dem einzelnen weitgehend fernliegender Zielvorstellungen gefordert. Gerade die Haushaltsgeräte - Geschirrspülmaschinen, Waschmaschinen und so weiter - heben die Qualität des Lebens besonders von Hausfrauen entscheidend an.

Schaefer

Natürlich will auch ich - im Interesse meiner Frau auf Wasch- und Spülmaschine nicht verzichten. Die Frage ist nur, ob es nicht Möglichkeiten gibt, dabei mit weniger Energie auszukommen.

Die Industrie könnte solche Geräte ohne weiteres bauen, Herr Haseloff, aber sie würden zu teuer sein. Andererseits kann man argumentieren, daß im Vergleich zu den Geräte- und Investitionskosten die Energie noch zu billig ist.

Haseloff

Der Staat sollte nicht nur gewohnheitsmäßig auf Restriktionen und Verbote zurückfallen. Er könnte auch Produkte, die umweltfreundlich und energiesparend sind, dadurch verbilligen, daß er Zuschüsse gibt, zum Beispiel für ein umweltfreundlicheres Auto.

Heigert

Auf diese Weise greifen wir noch unmittelbarer als bisher in die Investitionslenkung ein, damit umweltfreundlichere, menschenfreundlichere, wachstumsfreundlichere Produkte hergestellt werden. Das heißt, wir bauen teurere Autos und subventionieren sie mit Steuergeldern.

Friedrichs

Genau das tun wir in der Landwirtschaft, Herr Heigert. Wenn wir von den Mitteln, die wir heute für die Landwirtschaft recht ungezielt ausgeben - etwa 5 Milliarden im Jahr;-, nur die Hälfte für solche Zwecke freistellen würden, kämen wir einen Schritt weiter.

Heigert

Ja, dann hätten wir nur noch die Hälfte der Bauern - und was machen wir mit den anderen?

Friedrichs

Auch das Problem kann man gezielt lösen. Bei der Landwirtschaft läßt sich die Verwendung öffentlicher Mittel ganz wesentlich rationalisieren, wenn nur solche Betriebe etwas erhalten, bei denen es wirtschaftlich sinnvoll ist. Genauso gezielt lassen sich auch umweltfreundlichere Produkte herstellen.

Heigert

Das ist zwar wirtschaftlich sinnvoll, geht aber noch mehr auf Kosten der kleinen Bauern.

Schmidt

Wenn es darum geht, daß der Staat umweltfreundliche Produktionsverfahren subventionieren soll, ist er in Ordnung. Wenn er dagegen in Erwägung zieht, für bestimmte Produktionsverfahren im Extremfall Verbote auszusprechen, gilt er als ordnungspolitischer Buhmann.

Haseloff

Es würde glaubwürdiger sein, wenn der Staat auch einmal positive Entwicklungen gezielt fördert, anstatt immer nur auf Verbote zu vertrauen.

von Waldthausen

Der Ruf nach dem Staat wird immer dann laut, wenn man glaubt, ihn um Hilfe bitten zu müssen. Wir sollten uns erst einmal selbst helfen und die Schwierigkeiten überwinden - wenn überhaupt Schwierigkeiten vorhanden sind.

Was ich vom Staate her für notwendig halte - sonst lehne ich ihn hier als Dirigenten ab;- , ist, daß er auf die Industriegesellschaft aufklärend wirken sollte. Das heißt, wenn man etwas fordert, muß man gleichzeitig auch Verzicht üben. Man kann nicht alles haben wollen: Wohlstand, Fortschritt, Reichtum, Sicherheit. Irgendwo muß ein Kompromiß gefunden werden, und dazu muß der einzelne beitragen. Wer mehr verdient, sollte durchaus ein wenig mehr für das Allgemeinwohl leisten.

Ich halte es aber für völlig verfehlt, daß wir uns hier in die Vorstellung hineinsteigern, als werde es uns allen im Jahre 2000 fürchterlich schlecht gehen. Der Unternehmer hat sich in der Vergangenheit bewährt, und ich würde in seinem Namen darum bitten, ihm auch für die Gegenwart und für die Zukunft Vertrauen zu schenken. Es wird schon irgendwie gehen. Der Staat soll Empfehlungen aussprechen, aber sich hüten, uns an die Kandare zu nehmen und uns etwas vorzuschreiben. Empfehlen sollte er, wo wir es selbst nicht erkennen.

Rieger

Mit welchen politischen Mechanismen erreichen wir die erforderliche Begrenzung des Wachstums? Herr Haseloff fragt: Wie bringen wir die Menschen dazu, entsprechenden Maßnahmen in ihrem Verhalten Rechnung zu tragen? Andererseits war von auferlegen, machen und verfügen die Rede.

Nun befinden wir uns in einer historisch gewachsenen Situation, die in den westlichen Ländern durch ähnliche Verfassungen fixiert ist. Diese Fixierung unserer Rechte und damit auch der Freiheit des Individuums bezieht sich auf ökonomische Verhältnisse, die zum Teil noch aus der Zeit vor der industriellen Revolution stammen, bevor die wissenschaftliche Forschung zur Explosion der Machbarkeit und der Verfügbarkeit der Mittel geführt hat.

Danach fand eine Emanzipation des Individuums statt, die sich heute in unterschiedlicher Weise zeigt. Die Mobilität ist größer geworden, die Bevölkerung ist gewachsen, die Güterverfügung hat zugenommen. Nun wollen wir innerhalb der Grenzen, die uns durch die Verfassungen gesetzt sind, Entscheidungen fällen, die nicht nur von einer kleinen Gruppe von Experten getroffen werden, sondern die von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt, vielleicht sogar aktiv gewollt werden.

Ich frage mich im Hinblick auf das, was wir hier anstreben: Entspricht das Bewußtsein einer Mehrheit der Bevölkerung dem materiellen Wohlstand, den sie schon erreicht hat? Wie steht es um den Informationsstand des einzelnen und damit um seine Möglichkeiten zu reagieren im Hinblick auf das, was ihm abverlangt werden soll, nämlich das Wachstum zu begrenzen, wenn der Computer es fordert? Wie steht es um die Manipulationsmöglichkeiten der Informierten, den einzelnen dahin zu drängen, daß er so handelt? Hier bestehen in der Realität noch große Widersprüche.

Da ist zum Beispiel das Föderalismusproblem. Sehen Sie sich an, was im Bereich der Bildung in der Auseinandersetzung zwischen den Regional- und den Zentralentscheidungen vor sich geht. Sehen Sie sich an, was zwischen Parlament und Interessenverbänden geschieht. In den Hearings sind die Parlamentarier völlig überfragt. Es besteht eine tiefe Kluft zwischen Wissen und Entscheidung. Was passiert zwischen den organisierten Gruppen selbst, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Industrie und Gewerkschaft? Alles das wirkt auf unsere gesellschaftlichen Zustände zurück.

In der politischen Wirklichkeit besteht eine Fülle von Konflikten. Dabei wird erneut das Machtproblem sichtbar. Das müssen wir in unsere Kalkulation miteinbeziehen, wenn wir zu Entscheidungen kommen wollen, die von einer Mehrheit getragen werden können. Denn sie müssen von einer Mehrheit getragen werden, wenn die Freiheit erhalten bleiben soll.

Mestmäcker

Die Kriterien, nach denen man die erwogenen wirtschaftspolitischen Korrekturen beurteilt, werden notwendigerweise von den voraussichtlichen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse mitbestimmt, Herr Rieger. Diese müssen in eine solche Diskussion miteinbezogen werden.

Gerade weil ich von Ordnungspolitik viel halte, möchte ich betonen, daß die Industrie die Fragen des Umweltschutzes nicht von sich aus aufgrund von Empfehlungen oder aufgrund des Vertrauens, das ihr die Bevölkerung entgegenbringt, lösen kann, Herr von Waldthausen. Wenn Kosten auf die Allgemeinheit abwälzbar sind, können wir nicht erwarten, daß die Industrie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht. Die Notwendigkeit, die Kosten zu internalisieren, muß durch den Gesetzgeber erzwungen werden.

Sonst erhalten wir die Korrekturen nicht, die in diesem Verfahren nötig sind.

Und noch ein Hinweis: Eine Gesetzgebung nach dem Verursachungsprinzip, welche die Wettbewerbsbedingungen verändern soll, ist national wahrscheinlich ebensowenig möglich wie die Stabilitätspolitik. Denn in einem internationalen Markt schlagen die Wettbewerbsbedingungen durch, so daß man zu weiterreichenden politischen Entscheidungen kommen muß.

Friedrichs

Das gilt aber nur für eine beschränkte Zahl von Industrien.

Mestmäcker

Ich will das Problem nicht wegschieben, sondern nur darauf hinweisen, daß wir in einem Raum, der wirtschaftlich groß genug ist - zum Beispiel in Europa;- , solche Entscheidungen unter Umständen auch gegen eine Umwelt treffen müssen, die nicht bereit ist, solche harten Eingriffe zu bejahen.

Bombach

Ich halte Ihren Hinweis für wichtig, Herr Mestmäcker, daß ein Land diese Probleme nicht im Alleingang lösen kann.

Thiemann

Wir sind offensichtlich zu einem gewissen Konsens gekommen: Eine Steuerung der Industriegesellschaft ist schon deshalb nötig, weil in jedem Entscheidungsprozeß Verzögerungen liegen. Wir haben das Gefühl, daß etwas geschehen muß, wir wissen aber nicht, wie und was wir genau tun sollen. Wir benötigen Sozialindikatoren, um die ganze Problematik besser zu verstehen und zu erkennen, welche Veränderungen in unserer Gesellschaft vor sich gehen. Wir sind aber noch weit davon entfernt, über solche Indikatoren zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen.

Wie kommen wir zu einem Bezugssystem, über das wir uns einigen können? In unserem Institut haben wir verschiedene Modelle untersucht und dabei festgestellt, daß uns noch viele Definitionen fehlen, bevor man mit Modellen überhaupt arbeiten kann. Wir haben Problemlisten zusammengestellt und eine Bewertung der Probleme nach ihrer Priorität durchgeführt. Dabei zeigte sich in einem Versuch, daß die Bürokratie sich als wesentliches Problem herauskristallisiert. Die Menschen fühlen sich von der Bürokratie erdrückt. Die Komplexität der politischen Tatbestände führt aber zu einem ständigen Anwachsen der Verwaltung, die auch als solche ein noch ungelöstes Problem darstellt.

Diese Diskussion hat wieder einmal gezeigt, wie schwierig es ist, in Systemzusammenhängen zu denken. Wir haben die Ökonomie mit allen angesprochenen Aspekten noch nicht im Griff. Wir suchen nach Lösungen, sind davon aber noch weit entfernt.

Es ist viel Kritik geübt worden an dem statistischen Material, auf dem die MIT-Studie basiert. Wir haben vor kurzem in Rom mit den besten Experten über Energie, Nahrungsmittel und Rohstoffe diskutiert. Dabei ist es eigenartig: Befragt man die Spezialisten, so hält jeder die Probleme auf seinem Gebiet für lösbar, aber immer unter gewissen Bedingungen. So sind genügend Nahrungsmittel vorhanden, vorausgesetzt wir haben eine Landwirtschaft für tropisches Klima entwickelt und die Meerwasserentsalzung gelöst. Beides ist offensichtlich nicht der Fall. Die Energiefachleute behaupten, es sei nicht ausreichend Energie dafür zur Verfügung, weil, wie wir von Herrn Schaefer gehört haben, ein Wärmeproblem entsteht, dessen Folgen man noch nicht genau kennt. Was die Rohstoffe angeht, so weisen die Experten darauf hin, daß die Erdkruste zweieinhalb Kilometer dick sei und es darin noch so viele Materialien gäbe, daß wir beliebig viel gewinnen können - vorausgesetzt, daß wir genügend Energie und Wasser haben. Lediglich beim Phosphor, der lebensnotwendig ist, sieht man eventuell eine Begrenzung.

Wenn wir also die Fachleute fragen, dann rücken die Grenzen des Wachstums fast in beliebige Ferne. Wahrscheinlich sind das gar nicht die wirklichen Grenzen. Vielleicht stellen, wie Herr Haseloff sagte, die psychologischen und menschlichen Faktoren die eigentliche Begrenzung dar. Auch die

Energiekrise ist nicht eine Frage der absoluten Grenze, sondern sie ist eine Krise unter den Bedingungen der heutigen menschlichen Gesellschaft.

Wir können diese Probleme sicher nicht auf dirigistischem, bürokratischem, administrativem Wege allein lösen. Vielmehr kommt es auf den einzelnen an. Wir müssen wieder lernen, daß Freiheit Selbstbeschränkung bedeutet. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir einen Kompromiß finden werden. Daß Kompromisse nötig sind, wissen wir aus dem Verkehr. Als der Verkehr gering war, hatte jeder die Freiheit zu gehen, wie er wollte. Heute befindet sich an jeder Kreuzung ein rotes Licht, und es bedurfte einer Autorität, die die Verkehrszeichen setzte. Wir werden nicht umhin können, auch in anderen Bereichen rote Lichter zu setzen, und zwar weltweit.

Bombach

Unser heutiges Gespräch hatte zwei sehr unterschiedliche "Halbzeiten". Der erste Teil, der sich mit der operativen Gestaltung des Begriffes "Qualität des Lebens" und insbesondere den Sozialindikatoren befaßte, geriet relativ homogen. Ein Resümee wurde bereits versucht. Der zweite Teil erlaubt kaum eine Zusammenfassung der Meinungen, eher bietet er Anregungen für weitere Bergedorfer Gespräche.

Wir gingen von der Frage aus, ob Grenzen des Wachstums in naher Zukunft abzusehen sind und ob Anlaß besteht, dem Aufruf des Club of Rome Folge zu leisten. Wie zu erwarten, gab es Optimisten und Pessimisten. Manche sahen technologische Grenzen, die allerdings unter den Experten selbst umstritten waren, andere erblickten die Grenzen im Menschen selbst.

Nicht zum ersten Male sprechen Menschen vom Ende des Wachstums. Die klassischen Nationalökonomien konfrontierten uns mit dem Schrecken des Hungertodes angesichts der damaligen Bevölkerungsexplosion in Europa, und sie entwickelten die Theorie der stationären Wirtschaft. In der Weltwirtschaftskrise kommen "moderne" Stagnationstheorien in Mode: der Mangel an Nachfrage setzt der Expansion Grenzen. Im Augenblick erleben wir die Rückkehr zur Klassik, indem wir die Rohstoffengpässe betonen, neu hinzutretend allerdings die Umweltproblematik.

Optimisten argumentieren, daß niemals jene Grenzen wirksam geworden sind, die die Menschheit als Alptraum belastet haben. Dies wäre natürlich absolut kein Grund, die Dinge treiben zu lassen und darauf zu vertrauen, daß es auch in Zukunft so sein werde. Gerade weil man sich wegen der düsteren Prophezeiungen planend auf die Grenzen des Wachstums eingestellt hat, sind sie nicht wirksam geworden.

Ein gewisser, wesentlicher Gegenstandspunkt zur Lehre des Club of Rome scheint in dem Gespräch doch deutlich geworden zu sein. Mit Verweis auf das Modell von Meadows gehen die Befürworter des Wachstumsverzichts davon aus, daß wirtschaftliches Wachstum, das sich immer exponentiell vollzogen hat, stets negative Begleiterscheinungen gehabt hat: Abbau von Rohstoffvorkommen, Zerstörung der Natur und alle anderen Umweltschäden. So nahmen also auch die Schäden exponentiell zu und wurden zum Teil sogar positiv als Wohlstandsmehrung gemessen. Man will nun dem Wachstum Einhalt gebieten, damit diese zerstörerischen Begleiterscheinungen ein Ende finden.

Warum aber nicht umgekehrt eine Wirtschaftspolitik, die unmittelbar auf die Begleiterscheinungen und nicht auf das Wachstum abzielt? Verhindern wir den übermäßigen Rohstoffabbau und bestrafen wir die Umweltverschmutzung, aber freuen wir uns, wenn das Wachstum dennoch weitergeht. Die Marktwirtschaft hat sich als außerordentlich anpassungsfähig erwiesen, und Substitutionsmöglichkeiten sind immer gegeben gewesen, auch wo sie zunächst nie vermutet wurden. Der Club of Rome scheint zu sehr auf das Glaubensbekenntnis des Wachstumsverzichts abzustellen. Dies hilft gar nichts. Alle sind gegen die Inflation, und dennoch beschleunigt sie sich ständig.

Das Gespräch war erfreulich insofern, als es weitgehend frei von ideologischen Standpunkten und dogmatischer Verhärtung war. Wer die Voten liest und die Namen nicht kennt, wird es schwerhaben, den parteipolitischen Standort zu eruieren. Zu wenig zur Sprache gekommen ist wohl die Politik der Wachstumssteuerung: Wo liegen die Grenzen der Marktwirtschaft, um jene Probleme zu bewältigen, die heute zur Diskussion standen?

Körber

Ich denke, es ist uns heute abend mehr gelungen als nur ein Dialog zwischen Wissenschaft und Politik. Es ist uns gelungen, den Zielkonflikt zu verdeutlichen, der sich in der Problematik unseres Themas verbirgt. Erlauben Sie mir als Unternehmer die Vermutung, daß es sich im Kern auch keineswegs nur um einen Konflikt zwischen Wirtschaft und Politik handelt.

Gibt es überhaupt eine Alternative zwischen wachsendem Wohlstand und der Qualität unseres Lebens? Oder tut sich hier ein Dilemma unserer Gesellschaft auf, für das es noch gar keine Alternative gibt?

Obwohl ich mit Minister Vogel in der Überzeugung übereinstimme, daß wir bereit sein müssen, den wachsenden Umweltschwierigkeiten entgegenzutreten, scheint mir doch eines sicher: Ohne Wachstum der Wirtschaft sind die Probleme der Lebensqualität nicht zu lösen. Die Milieuverarmung ist eine durchaus aktuelle Gefahr, und niemand will eine Gesellschaft, die sich nur noch als Produktions- und Dienstleistungsmaschine versteht.

Verzichten wir also auf die Scheinalternative zwischen wirtschaftlich-technologischem Wachstum und Lebensqualität. Es wird uns nicht erspart bleiben, Kompromisse zu schließen, wenn Entscheidungen möglich werden sollen: internationale Kompromisse, gesellschaftliche Kompromisse, im letzten behaupte ich: Kompromisse mit uns selbst. Denn das Dilemma, das wir heute abend beleuchtet haben, ist unser eigenes und persönliches. Unsere Gesellschaft muß nach diesen Jahren unerhörter Leistung wieder mit sich selbst ins Reine kommen. Sie muß in einer neuen veränderten Welt ihre Identität wiederfinden.